

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM **STATISTISCHEN REICHSAMT**, BERLIN, LUTZOW-UFER 6/8
VERLAG VON REIMAR HOBING, BERLIN SW 61, GROSSBEERENSTR. 17

Jahrgang 1

23. Februar 1921

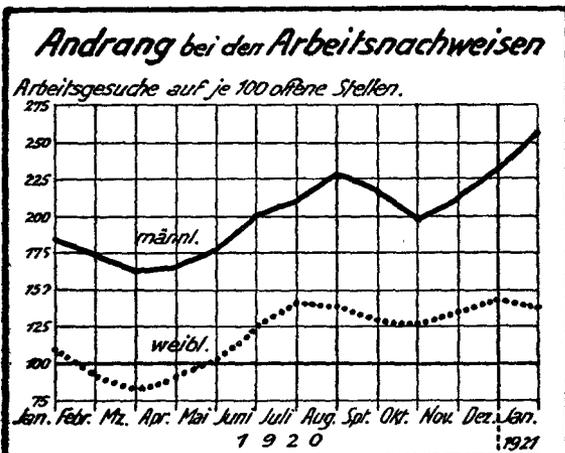
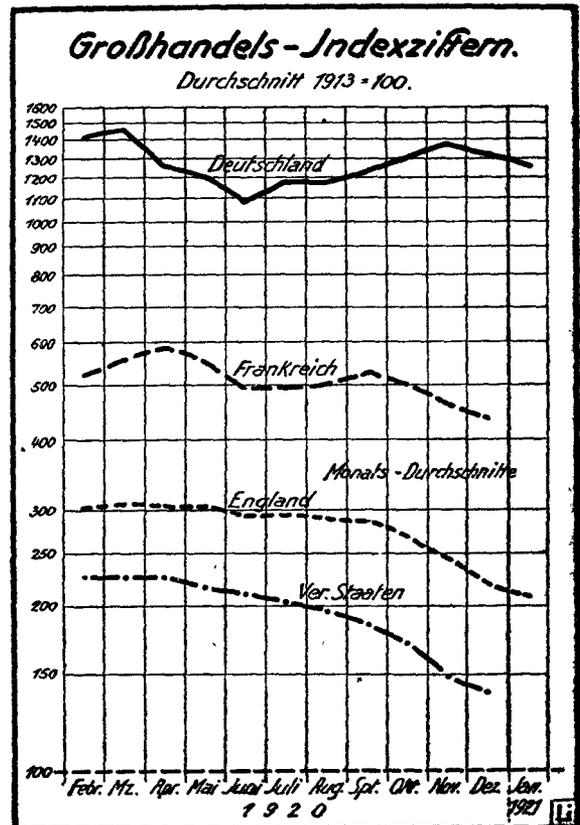
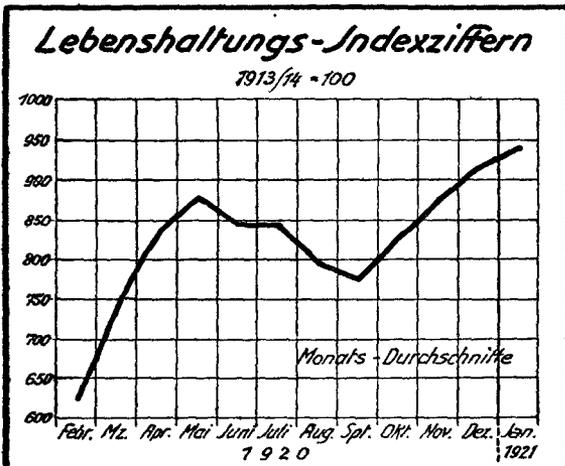
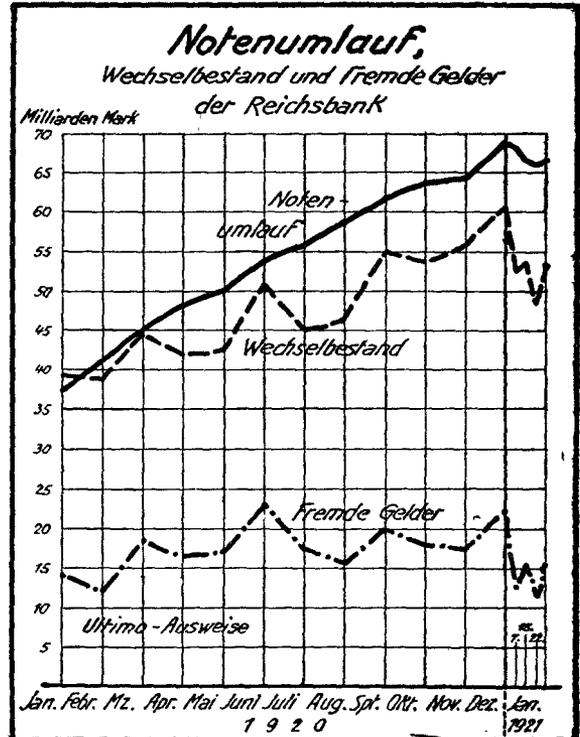
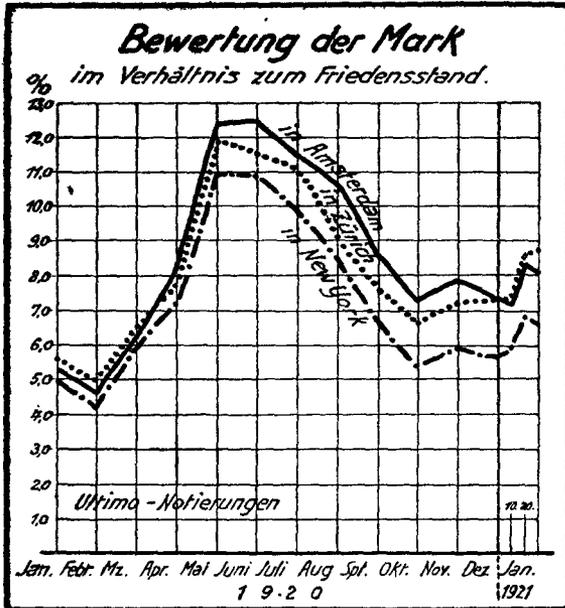
Nummer 2

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
Deutsche Wirtschaftskurven	54	Lohnsteigerung 1913 bis 1920	81
Güterzeugung und Verbrauch		Lohnsteigerung in England	84
Deutschlands Kohlenversorgung	55	Frauenarbeit in Minnesota im Jahre 1918/19	84
Zuckererzeugung und -Verkehr im Deutschen Reich	58	Geld- und Finanzwesen	
Fangergebnisse der deutschen See- und Bodenseefischerei im Dezember 1920	60	Der Finanzbedarf des Reichs nach dem Entwurf des Reichshaushaltsplans für 1920. II. Teil	85
Die Erhöhung der Getreideanbaufläche in der Schweiz	61	Die Entwicklung der europäischen Wechselkurse im Jahre 1920	90
Die dänische Viehzucht	61	Bewegung der Wechselkurse	93
Die Stahl- und Eisenerzeugung Großbritanniens	61	Bewertung fremder Noten in Berlin am 31. I. 1921	93
Der Auftragsbestand des amerikanischen Stahltrusts	61	Die offiziellen Diskontsätze	94
Handel und Verkehr		Kurse deutscher und fremder Staatsanleihen	94
Deutschlands Ein- und Ausfuhr Januar bis August 1920	62	Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. im Januar 1921	94
Deutschlands Absatzmärkte	66	Die Entwicklung des Postscheckverkehrs im Deutschen Reich	94
Entwicklung des internationalen Handels 1920		Zahl der neueröffneten Konkurse im Januar 1921	95
Allgemeine Übersicht	68	Gebiet und Bevölkerung	
Der niederländische Außenhandel	69	Die Verkleinerung des Deutschen Reichs durch den Friedensvertrag v. Versailles	95
Die Ein- und Ausfuhr Großbritanniens	69	Die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich während der Jahre 1913 bis 1918	98
Der Außenhandel Japans	69	Geburten, Heiraten und Sterbefälle in Frankreich	99
Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen	70	Flächeninhalt u. Bevölkerung d. Tschecho-Slowakei	100
Die Betriebsergebnisse der norwegischen Eisenbahnen	70	Verschiedenes	
Preise und Löhne		Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte 1919	100
Die Teuerung im Januar 1921	71	Automobilunfälle in Amerika	103
Teuerungsgebiete in Deutschland	73	Ergebnisse der preussischen Landtagswahlen am 20. Februar 1921	103
Die Preise für Brot, Fleisch und Kartoffeln im Jahre 1920	75	Andrang bei den Arbeitsnachweisen	104
Die Lebenshaltungskosten im Ausland	77	Die Technische Nothilfe	104
Der internationale Preissturz. Ein Beitrag zur Weltwirtschaftskrise	79	Neuerscheinungen	

Deutsche Wirtschafts-Kurven.



GÜTERERZEUGUNG u. VERBRAUCH

Deutschlands Kohlenversorgung.

Deutschlands wichtigste Steinkohlenproduktionsbezirke sind das Ruhrgebiet und Oberschlesien. An dritter Stelle steht das uns vorläufig entzogene Saargebiet. Weiter kommen als kleinere Bezirke noch der niederschlesische, der sächsische, der Aachener und der Wealden-Bezirk bei Hannover in Betracht. Die Produktion ist während der Kriegszeit wesentlich geringer gewesen als vorher, wenn man auch große Anstrengungen machte, den Tiefstand des Jahres 1915 zu überwinden.

gebiet), wie nachstehende Übersicht zeigt, etwa zwei Drittel der Menge des Jahres 1913 gefördert. Auch im Jahre 1920 wurde die Produktion des Jahres 1915 noch nicht wieder erreicht. Ein beträchtlicher Verlust ergibt sich noch daraus, daß die geförderte Kohle wesentlich gesteinhaltiger ist als früher. Die Steinkohlenförderung betrug in 1000 t:

Jahr	Gesamtförderung	Ruhrgebiet	Oberschlesien	Saargebiet ¹⁾
1913	190 109	114 487	43 435	13 217
1914	161 385	98 285	36 996	10 032
1915	146 868	86 778	33 107	8 384
1916	159 170	94 563	41 723	8 903
1917	167 747	99 365	42 752	10 265
1918	158 254 ¹⁾	96 016	39 648	9 989
1919	116 681 ¹⁾	67 926	25 697	8 990
1920	140 757 ¹⁾	84 986	31 686	9 410

Bei den Zahlen für die Gesamtförderung ist zu berücksichtigen, daß die Produktion des Saargebiets uns jetzt entzogen ist. Infolgedessen waren 1920 nur 131,3 Millionen t für Deutschland verfügbar (1917 auf dem gleichen Gebiete 154,8, 1913 173,1 Millionen t).

Die Braunkohlegewinnung hat dagegen während des Krieges zugenommen, hauptsächlich aus Anlaß der auf der Braunkohle errichteten großen chemischen und metallurgischen Betriebe zur Herstellung von Stickstoff, Aluminium und dgl. Da diese Betriebe aber heute noch arbeiten und einen hohen Bedarf haben, so insbesondere das Leunawerk bei Merseburg, das zur Stickstoffherzeugung allein monatlich 160 000 t braucht, so ist durch die Mehrförderung kein Ersatz geschaffen worden. Die bedeutendsten Braunkohlengebiete liegen rechts und links der Elbe, bei Köln und im Westerwald, sowie in Sachsen und Sachsen-Altenburg. Die Gesamtbraunkohlenförderung betrug in 1000 t:

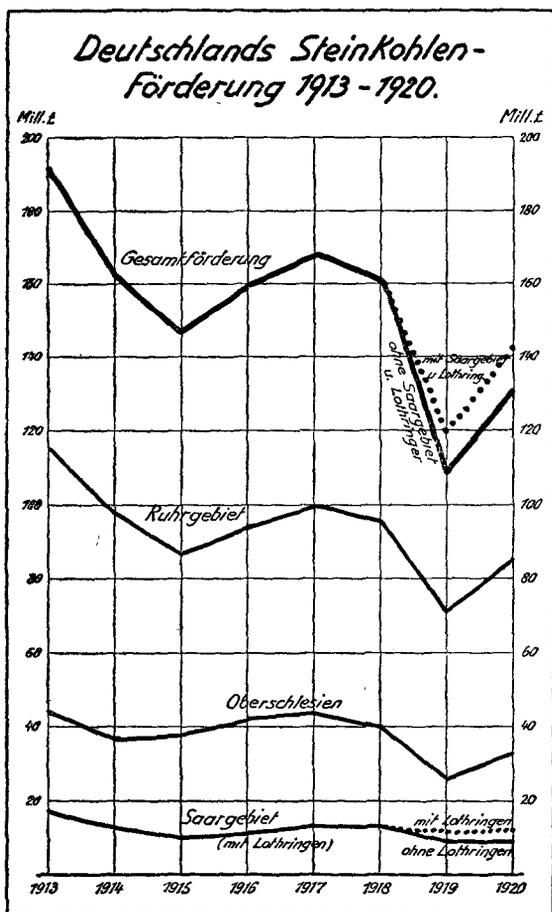
1913	87 233	1917	95 543
1914	83 694	1918	100 599
1915	87 948	1919	93 843
1916	94 180	1920	111 634

Davon entfallen gegen 60 % auf das Gebiet rechts und links der Elbe, 25 % auf das Kölner und Westerwald-Revier und gegen 15 % auf das sächsische Revier.

Daß die Steigerung der Braunkohlenproduktion uns keinen genügenden Ersatz für den Aus-

¹⁾ Ohne Lothringen.

Deutschlands Steinkohlenförderung 1913 - 1920.



Mit Kriegsbeendigung trat hauptsächlich infolge der Verkürzung der Arbeitszeit und längerer Streiks eine neue Verringerung ein, und zwar so stark, daß der Tiefstand des Jahres 1915 noch ganz bedeutend unterschritten wurde. Im Jahre 1919 wurden in Deutschland (einschließlich Saar-

fall an Steinkohle schafft, zeigt sich noch klarer, wenn wir die Produktion von Steinkohlen und Braunkohlen zusammenrechnen (entsprechend dem geringeren Heizwert ist dabei die Braunkohle gleich zwei Neuntel Steinkohle gesetzt). Demgemäß betrug die Gesamtkohlenproduktion einschließlich Saargebiet:

Jahr	1000 t	1913=100	Jahr	1000 t	1913=100
1913	209 494	100	1917	188 979	90
1914	179 984	86	1918 ¹⁾	180 609	86
1915	166 412	79	1919 ¹⁾	137 535	66
1916	180 099	86	1920 ¹⁾	165 564	79

Das gleiche Bild wie die Kohlenförderung zeigt die Entwicklung der Koks- und Briketterzeugung. Es wurden erzeugt in 1000 t:

Jahr	Koks	davon im Ruhrgebiet	Braunkohlenbriketts
1913	34 680	24 737	21 977
1914	28 597	20 779	21 436
1915	27 217	20 433	23 098
1916	34 202	26 282	23 818
1917	34 710	26 867	21 866
1918	34 428 ¹⁾	26 016	23 040
1919	22 015 ¹⁾	17 362	19 716
1920	25 177 ²⁾	19 891	24 282

Die bedeutendsten Koksmengen werden im Ruhrgebiet gewonnen; die übrigen Gebiete treten demgegenüber in den Hintergrund. Die Erzeugung von Braunkohlenbriketts hat dagegen in den einzelnen Revieren die ihrer Förderung entsprechende Bedeutung, und zwar beträgt die Briketterzeugung etwa ein Viertel der Braunkohlenförderung. Neben der Braunkohlenbriketterzeugung nimmt die Bedeutung der Herstellung von Steinkohlenbriketts zu, da man wegen der Kohlenknappheit bei der Verwertung der Steinkohle erheblich sparsamer sein muß (vgl. die Zunahme der Monatsförderung in Tab. S. 58).

Die allmähliche Wiederzunahme der Kohlenförderung wird nicht durch entsprechende Wiedererhöhung der Arbeitsleistungen, sondern durch starke Vermehrung der Belegschaften erzielt. Die Belegschaften sind z. B. im Ruhrgebiet und Oberschlesien folgendermaßen verstärkt worden:

	Stand der Belegschaften	
	Ruhrgebiet	Oberschlesien
Ende 1913	390 647	123 349
Ende September 1918	447 075	158 725
darunter Gefangene	72 620	38 900
Ende Dezember 1918	405 465	143 452
„ Juni 1919	413 930	151 719
„ Dezember 1919	471 359	161 718
„ Juni 1920	484 500	173 900
„ Dezember 1920	532 798	182 255

Trotz der Zunahme der Belegschaften ist aber die arbeitstägliche Förderung der Vorkriegszeit

noch lange nicht erreicht worden, da infolge der ungenügenden Ernährung die Bergarbeiter nicht mehr so leistungsfähig wie früher sind. Die arbeitstägliche Förderung betrug in 1000 t:

	Ruhrgebiet	Oberschlesien	Ruhrgebiet	Oberschlesien
1913	380	145	Mai	302
1918 ¹⁾	329	139	Juni	302
1919	230	86	Juli	280
1920:			August	286
Januar	256	109	Sept.	294
Februar	235	117	Okt.	310
März	236	107	Nov.	328
April	270	101	Dez.	322

Schwere Sorgen verursachten auch die Schwierigkeiten, die Kohlen und Kohlen-erzeugnisse den Verbrauchern zuzuführen. Die nach der Besetzung des linken Rheinufer bis Mitte 1919 andauernde Behinderung der Rheinschiffahrt, die ungeheuren Anforderungen an die Eisenbahn in der Zeit der Demobilisation, die Ablieferung einer großen Anzahl von Lokomotiven und Güterwagen an die Entente, die Streiks der Eisenbahner und Binnenschiffer, niedriger Wasserstand der Wasserstraßen hemmten häufig den Abtransport der geförderten Kohle. Die Haldenbestände nahmen daher in manchen Monaten einen beträchtlichen Umfang an. Im November und Dezember vorigen Jahres sank der Wasserspiegel des Rheins derart, daß die Kohlenschiffahrt eingestellt werden mußte. Im Januar d. J. mußte andererseits die Eisenbahnverwaltung wieder zu bedeutenden Einschränkungen in der Wagenstellung, ja zu Verkehrssperren greifen, und zwar mit Rücksicht auf die durch das Spaer Kohlenabkommen verursachte Knappheit ihrer Kohlenbestände.

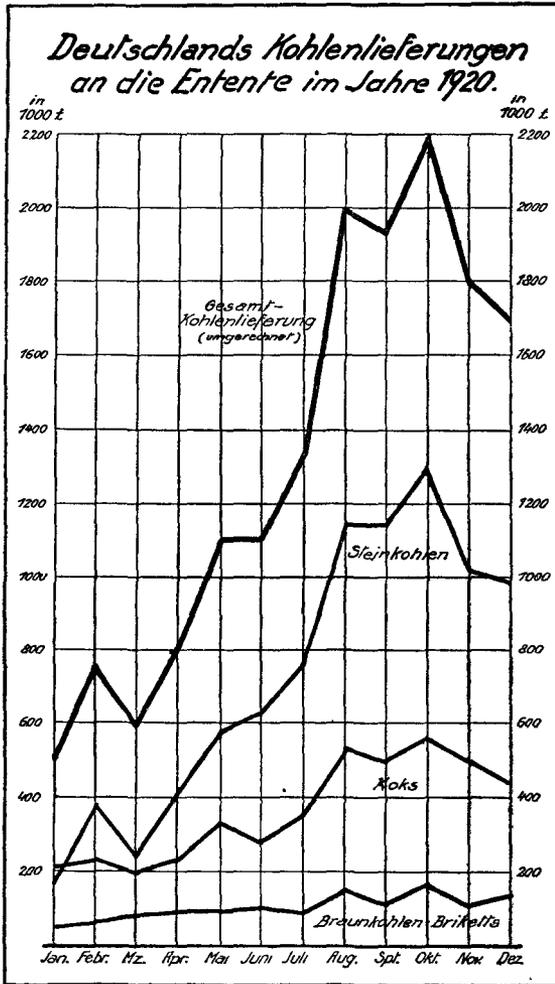
Zur Verminderung der Produktion und zu den Schwierigkeiten des Transports kamen für die Versorgung der Kohlenkonsumenten als weiteres Erschwerungsmoment die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag und vor allem aus dem Abkommen von Spa hinzu. Die Kohlenlieferungen an die Entente betragen in 1000 t:

Monat	Steinkohle	Koks	Braunkohlenbriketts	Gesamt	Auf Steinkohlen umgerechnet
Januar	166	213	48	427	498
Februar	379	230	64	673	750
März	239	202	78	519	586
April	406	227	86	719	795
Mai	567	328	92	987	1 096
Juni	619	280	103	1 002	1 096
Juli	761	355	94	1 210	1 329
August	1 137	526	152	1 815	1 990
September	1 143	502	121	1 766	1 933
Oktober	1 286	556	164	2 006	2 192
November	1 021	504	112	1 637	1 805
Dezember	987	436	131	1 554	1 693
Insgesamt	8 711	4 359	1 245	14 315	15 763

¹⁾ Ohne Lothringen. — ²⁾ Ohne Lothringen und Saargebiet.

¹⁾ Januar bis Oktober.

Die in der Übersicht gegebenen Zahlen veranschaulicht das folgende Bild:



Infolge des niedrigen Wasserstandes des Rheins sind namentlich im Dezember die Lieferungen hinter dem Soll zurückgeblieben.

Abgesehen von diesen Pflichtlieferungen hielt sich die *Ausfuhr* in sehr bescheidenen Grenzen. Sie erfolgte fast ausschließlich auf Grund bestehender Verträge nach den Niederlanden und der Tschecho-Slowakei.

Welch unersetzlichen Ausfall an Einnahmen Deutschland infolge der Verringerung seiner Kohlenausfuhr hat und wie bedenklich dies auf seine Zahlungsbilanz zurückwirken muß, läßt sich daraus ermaßen, daß wir im Jahre 1913 fast genau die gleiche Menge Kohle — rund 25 Millionen t — ausgeführt haben, die wir im Jahre 1920, trotz der erheblich verringerten Produktion, unentgeltlich an die Entente abgeben mußten (einschließlich der Saarkohle).

Frankreich hatte im Jahre 1913 rund 40,8 Millionen t Steinkohlen gefördert. Durch die

Pflichtlieferungen Deutschlands und seine eigene Förderung steht ihm heute ebensoviel Kohle zur Verfügung wie es 1913 förderte, während alle anderen Länder einen erheblichen Produktionsrückgang zu verzeichnen haben.

Die Nettokohlenausfuhr Deutschlands hatte im Jahre 1913 einen Wert von 300 Mill. Mark; beim Stand unserer Valuta bedeutet der Ausfuhrverlust jetzt mehrere Milliarden Mark. Andererseits ist Deutschland gezwungen, unter schweren Opfern amerikanische und englische Kohle einzuführen.

Die Wirkungen des Spaer Kohlenabkommens auf die Versorgung der deutschen Industrie haben sich sehr bald und sehr unangenehm bemerkbar gemacht.

Die Industrie mußte dazu übergehen, möglichst durch Ersatzbrennstoffe den Ausfall, den sie infolge der Ententelieferungen erleidet, auszugleichen. Die Verwendung von Rohbraunkohlen als Heizkohlen und zur Mischung steigt in dem Verhältnis, wie es die zeitraubenden und kostspieligen Umbauten der Feuerungsanlagen zulassen. Selbst Werke im Ruhrgebiet, wie Krupp, Gute-Hoffnungshütte, Mannesmann, Phoenix, Gelsenkirchen, Thyssen, haben sich auf die Verwendung erheblicher Mengen Rohbraunkohle eingestellt. Auch die Verfeuerung minderwertiger oder Ersatzbrennstoffe, die Streckung damit und der Verbrauch von Holz und Torf haben an Umfang zugenommen. Es ist klar, daß für die ohnehin daniederliegende Industrie die Verwendung solcher Behelfsmittel eine große finanzielle Belastung bedeutet, der sie auf die Dauer und in größerem Umfang nicht gewachsen ist. Weit schwieriger noch als die Mengenfrage ist die *Sortenfrage*. Durch die Ententelieferungen entsteht ein großer Ausfall an Fettkohlen, an Gas- und Gasflammkohlen. Diese Ausfälle sind nicht ersetzbar. Die Industrie kann sich nur durch Einfuhr ausländischer Kohle in dieser Beziehung helfen. Da die Einfuhr nur zu sehr hohen Preisen erfolgen kann, wird dadurch unsere Valuta in bedeutendem Maße geschädigt. Sie hat aber notgedrungen stattfinden müssen. So beziehen z. B. amerikanische Kohle selbst die auf Kohle liegenden Betriebe Thyssen und Gute-Hoffnungshütte.

Die Zufuhren an die *Eisenbahnen* mußten wieder in bedenklicher Weise eingeschränkt werden, während andererseits der Brennstoffverbrauch der Eisenbahnen infolge der Ententelieferungen, der Erntetransporte und des verstärkten Rohbraunkohlenversandes gestiegen ist. Der sich verschärfende Mangel an hochwertigen Sorten läßt auch eine Bebunkerung der See- und Binnenschifffahrt in nur einigermaßen auskömm-

lichem Maße nicht zu, infolgedessen ist die Zahl der wegen Kohlemangel aufliegenden Fischdampfer gestiegen. Für die Wiederaufnahme des Überseedienstes konnte ab 1. Oktober nur die sehr geringe Menge von 20 000 t monatlich zur Verfügung gestellt werden und zwar auf Kosten der Belieferung der Industrie.

Auch die Gaswerke konnten nicht mehr voll beliefert werden. Die Belieferung mit minderwertigen Sorten hat außerdem eine geringere Gasausbeute und einen schlechten Gaskoks zur Folge. Ebenso ist eine genügende Belieferung der Elektrizitätswerke mit Kohlen überhaupt, sowie mit hochwertigen Sorten insbesondere nur in eingeschränktem Maße möglich, so daß eine größere Anzahl wichtiger Werke zur Verminderung der Stromabgabe gezwungen ist und sich andererseits der Kohlenverbrauch auf die Kilowattstunde stark erhöht hat. Die Sonderzuweisung von Kohlen an die Landwirtschaft mit Druschstrom versorgenden

Werke mußte gleichfalls erheblich eingeschränkt werden.

Alles in allem ist die Wirkung des Spa-Abkommens, daß die deutsche Industrie nicht nur wie bisher eingeschränkt und unwirtschaftlich arbeiten muß, sondern noch weiter verkümmert und gelähmt wird. Der Zwang, sich mit minderwertigen und ausländischen Brennstoffen zu behelfen, hat eine Verzögerung der Produktion und ihre Verteuerung zur Folge. Durch die Verteuerung der Produktion werden andererseits wieder die Finanzen Deutschlands höher belastet. Die Fähigkeit der deutschen Industrie zu Wiederherstellungsleistungen wird stark geschwächt. Endlich läßt es sich nicht vermeiden, daß größere Arbeitermassen entlassen werden müssen.

Die Kohlenförderung und Herstellung von Koks und Briketts in den einzelnen Monaten des Jahres 1920 ist in nachstehender Übersicht wiedergegeben.

Deutschlands Kohlenförderung und Herstellung von Koks und Preßkohlen im Jahre 1920.

Monat	Steinkohle (1000 t)			Braunkohle 1000 t	Koks 1000 t	Preßkohlen aus Steinkohlen 1000 t	Preßkohlen aus Braunkohlen (auch Naßpreß- steine) 1000 t	Steinkohle im Saarrevier 1000 t*)
	Gesamt	Ruhrgebiet	davon Ober- schlesien					
1920								
Januar	10 329	6 447	2 672	8 643	1 925	319	1 755	727
Februar	10 225	6 663	2 409	8 464	1 916	362	1 827	743
März	10 150	6 114	2 822	7 920	1 871	379	1 665	840
April	10 011	6 262	2 571	8 900	1 776	367	1 976	735
Mai	10 167	6 832	2 244	8 705	2 070	382	2 018	710
Juni	11 008	7 183	2 643	9 572	2 075	421	2 172	763
Juli	11 509	7 272	3 028	9 235	2 221	453	2 070	860
August	10 788	7 196	2 342	9 651	2 228	429	2 182	703
September	11 550	7 512	2 758	10 103	2 210	459	2 256	811
Oktober	11 870	7 772	2 784	10 492	2 234	465	2 237	847
November	11 814	7 758	2 720	9 839	2 246	452	2 037	798
Dezember	11 926	7 975	2 693	10 110	2 355	450	2 087	873
Insgesamt	131 347	84 986	31 686	111 634	25 177	4 938	24 282	9 410

*) Nach französischen Angaben.

Zuckererzeugung und -Verkehr im Deutschen Reich.

Zuckererzeugung und -Verkehr im Deutschen Reich unterliegen einer eingehenden Beobachtung durch das Statistische Reichsamt. Vor dem Kriege war Deutschland in der Lage, mehrere Millionen Doppelzentner an Zucker jährlich auszuführen, die es über den Bedarf der einheimischen Volkswirtschaft hinaus erzeugt hatte. Der Krieg hat auf diesen Verkehr und die deutsche Zuckererzeugung selbst stark eingewirkt. Die Ausfuhr an Zucker ist seit Beginn des Krieges

gewaltig gesunken und wird sich voraussichtlich in der nächsten Zeit kaum zu einer nennenswerten Bedeutung wieder erheben können.

Der deutsche Zucker wird hauptsächlich aus Zuckerrüben gewonnen. Über den Stand der Zuckererzeugung geben die Größe der jeweiligen Erntefläche der Zuckerrüben, die Menge der verarbeiteten Rüben und die Gesamtzuckererzeugung aus diesen Rüben ein anschauliches Bild; daneben ist noch die jeweilige Höhe des inländischen

Verbrauchs an Zucker für menschlichen Genuß, der sich in den versteuerten Mengen ausdrückt, von Interesse. Die Entwicklung, der diese Größen seit dem letzten von dem Kriege nicht beeinflussten Jahre (1913/14) unterworfen waren, veranschaulicht die nachstehende Zusammenstellung:

Betriebsjahr	Erntefläche in ha	Menge der verarbeiteten Rüben in 1000 dz	Gesamterzeugung in Rohzucker berechnet in 1000 dz	Versteuerter Zucker in Verbrauchsucker ausgedrückt in 1000 dz
1913/14	532 843	169 400	27 159	12 868
1914/15	546 736	159 645	25 101	15 237
1915/16	364 532	96 251	15 153	15 236
1916/17	400 341	95 708	15 579	11 982
1917/18	384 571	92 299	15 411	13 280
1918/19	366 505	87 090	13 277	11 588
1919/20	261 639	49 609	7 179 ^{a)}	9 307 ^{b)}
1920/21	278 652	65 631 ¹⁾	.	.

Im Anfange des Krieges hatte Deutschland, dessen Ausfuhr im Betriebsjahr 1913/14 5,8 Millionen dz Rohzucker und 5,6 Millionen dz Verbrauchszucker betragen hatte, infolge der durch den Krieg veranlaßten Behinderung des Ausfuhrgeschäfts einen derartigen Überfluß an Zucker, daß eine Verordnung vom 4. März 1915 zu dem Zweck erlassen wurde, den Zuckerrübenanbau zugunsten des Anbaues anderer Früchte, insbesondere von Körnerfrüchten, einzudämmen. Die Verordnung setzte die bestehenden Verträge über den Anbau von Zuckerrüben in Höhe von einem Viertel der vereinbarten Anbauflächen außer Kraft. Die beabsichtigte Einschränkung des Zuckerrübenanbaus trat, wie die Übersicht zeigt, sehr schnell ein, und nahm noch durch andere Gründe bald mehr als erwünscht zu. Eine sehr bald fühlbar werdende Knappheit an Stall- und besonders künstlichem Dünger, der Mangel an menschlichen und tierischen Arbeitskräften zur Bestellung der Felder und zu den Ernten und an Beförderungsmitteln zur Anfuhr der Rüben nach den Fabriken, sowie behördliche Maßnahmen, die als drückend empfunden wurden, wie die Beschlagnahme der Rübenschützel und ähnliche, sind hierbei von entscheidender Wirkung gewesen. Es mußten deshalb bald wieder Maßnahmen zur Förderung des Zuckerrübenanbaues einsetzen, und zwar wurde dieses Ziel durch die Festsetzung von Mindestpreisen für die Zuckerrüben angestrebt. Die erste Verordnung in diesem Sinne ist am 3. Februar 1916 erlassen worden. Die Mindestpreise wurden dann wiederholt erhöht. Einen nennenswerten Erfolg haben die Maßnahmen nicht gehabt. Der mit ihnen angestrebte Anreiz zum vermehrten Rübenanbau war nicht stark genug,

¹⁾ Schätzungsbeitrag der gesamten im Betriebsjahr zu verarbeitenden Rübenmenge.
²⁾ Geschätzte Mengen.

um die Hemmungsgründe für die Produktion auszugleichen. Die Anbauflächen des Betriebsjahres 1920/21 betragen etwa die Hälfte derjenigen des Betriebsjahres 1913/14, die Zahl der verarbeiteten Rüben ist in diesem Zeitraum auf etwa ein Drittel der ursprünglichen Menge zurückgegangen, und die Gesamterzeugung im Betriebsjahre 1919/20 beträgt nur ein reichliches Viertel derjenigen des Betriebsjahres 1913/14. Die Gesamterzeugung für das Betriebsjahr 1920/21 steht noch nicht fest. Sie wird gegenüber dem Vorjahr entsprechend der Vergrößerung der Anbaufläche und der Menge der verarbeiteten Rüben und infolge günstigen Zuckergehalts der Rüben voraussichtlich eine erhebliche Steigerung bringen. Man hat sie auf etwa 11 Millionen dz geschätzt; mit dieser Summe wird sie aber immer noch nicht die Hälfte der Erzeugung des Betriebsjahres 1913/14 erreichen. Der Rückgang gegenüber den Friedensmengen bleibt also immer noch ein außerordentlich großer.

In den Betriebsjahren 1914/15 und 1915/16 war der inländische Zuckerverbrauch, da die Ausfuhr stockte und sich im Inlande große Zuckermengen anhäufte, ganz erheblich gestiegen. Übrigens sind damals auch außerordentliche Mengen Zucker zur Viehfütterung verwendet worden. Die aus diesem Grunde ohne Steuerentrichtung in den freien Verkehr gesetzten Mengen waren von 0,6 Millionen dz im Betriebsjahr 1913-1914 auf 4,7 Millionen dz im nächsten Jahre gestiegen und betragen 1915/16 immer noch 2,4 Millionen dz. Dann sind aber infolge des Rückganges der Zuckererzeugung nicht nur die Vorräte bald aufgebraucht worden, sondern es mußte auch der Verbrauch des Zuckers zum menschlichen Genuß immer mehr eingeschränkt werden.

Die Einfuhr an Zucker war im Frieden gegenüber der inländischen Erzeugung und dem inländischen Verbrauch unbedeutend. Auch im Kriege blieb sie so. Seit Beendigung des Krieges hat sie zugenommen. Sie betrug im Betriebsjahr 1918/19 394 000 dz und im Betriebsjahr 1919/20 987 000 dz, auf Rohzucker berechnet. Trotz der eingetretenen Zunahme kommen die Beträge an eingeführtem Zucker gegenüber dem Verbrauch an inländischem Zucker kaum in Betracht.

Über die Zuckererzeugung und den Inlandsverkehr mit Zucker in den Monaten September-Dezember des laufenden Betriebsjahres unterrichtet die nachstehende Übersicht:

Monat des Betriebsjahres 1920/21	Verarbeitete Rübenmengen	Zuckererzeugung in Rohzucker berechnet	In den freien Verkehr gesetzter Zucker
			in Rohzucker berechnet
	1000 dz	1000 dz	1000 dz
September 1920	5 26,5	53,2	652,9
Oktober 1920	26 841,5	4 014,4	620,9
November 1920	31 928,7	5 201,5	902,3
Dezember 1920	6 187,9	1 190,3	1 179,9

Die kurze Zusammenstellung zeigt die erfreuliche Tatsache, daß die Rohzuckererzeugung in den ersten 4 Monaten des laufenden Betriebsjahres mit 10 459 449 dz das Gesamtergebnis des Vorjahres bereits weit hinter sich läßt. Andererseits ist zu beachten, daß in der gleichen Zeit bereits 65 484 591 dz Rüben verarbeitet worden sind. Nach der im Eingang gebrachten Tabelle wird die Gesamtmenge der im laufenden Betriebsjahre zur Verfügung stehenden Rüben auf 65 631 000 dz geschätzt; danach blieben nur noch rund 146 000 dz Rüben zu verarbeiten, die etwa 23 000 dz Rohzucker ergeben würden. Das Gesamtergebnis des laufenden Betriebsjahres wird hiernach 10,5 Millionen dz Rohzucker kaum übersteigen. Die Beurteilung der Lage unserer Zuckerversorgung darf aber nicht nur auf diese Zahl gestützt werden, sondern es ist vor allem noch folgendes zu beachten: der Bestand an inländischem Zucker in den deutschen Zuckerfabriken

und amtlichen Niederlagen betrug in Rohzucker berechnet:

am 31. August 1920 rund	712 Tausend dz		
er hatte aber betragen			
am 31. August 1919	2 158	"	"
" 31. " 1918	2 636	"	"
" 31. " 1917	3 142	"	"
" 31. " 1916	1 574	"	"
" 31. " 1915	5 155	"	"
" 31. " 1914	4 235	"	"
" 31. " 1913	2 387	"	"

Die deutsche Volkswirtschaft ist also mit einem ganz außerordentlich niedrigen Bestand an inländischem Zucker der vorigen Ernte in das laufende Betriebsjahr hineingegangen, sie hatte ihre Vorräte weit stärker als üblich verbraucht. Infolgedessen wird die Wirkung des günstigen Ergebnisses des laufenden Betriebsjahres dem inländischen Verbrauch gegenwärtig nicht vollständig zugute kommen können.

Fangergebnisse der deutschen See- und Bodenseefischerei im Dezember 1920.

Das Fangergebnis der deutschen Fischer in der Nord- und Ostsee im Dezember 1920 beläuft sich ohne die nach der Stückzahl ermittelten Seetiere auf 10 761 t. Es übertrifft den Ertrag im Monat Dezember 1919 um 2 942 t (37,6 v. H.). Gegen die Ausbeute im Vormonat November 1920 (14 798 t) ist es nicht unerheblich zurückgegangen. Den Minderertrag verursacht in der Hauptsache die geringe Ausbeute an Salzheringen. An letzterem Erzeugnis wurden im November 3528 t, im Dezember 1920 nur noch 173 t an Land gebracht. Die Abnahme erklärt sich daraus, daß die Heringsfischerei, die in der Regel im Juni beginnt, im Dezember den Betrieb einstellt.

In der Nordsee wurde an Fischen im Dezember 1920 ein Fangergebnis von 90 553 dz im Werte von 36 Mill. M. erzielt, darunter

	dz		dz
Schellfisch	27 812	Heilbutt	472
Weißling	5 464	Seezunge	206
Kabliau	24 521	Steinbutt	492
Rochen	2 367	Glattbutt	202
Seehecht	1 018	Seestint	180
Scholle	1 967	Rotbarsch	2 903
Knurrhahn	842	Scharbe	520
Köhler u. Pollack .	10 286	Hering	4 518
Haifisch	497	Seeteufel	568
Rotzunge	1 325	Makrele	715

Der Ertrag der Nordsee an Salzheringen belief sich auf 1507 Kantjes (1 Kantje = ca. 115 kg) im Werte von 645 000 M.

In der Ostsee belief sich das Fangergebnis

auf 11 058 dz im Werte von 4,6 Mill. M., darunter

	dz		dz
Kabliau (Dorsch) .	1 105	Blei	1 719
Scholle	59	Hering	383
Zander	563	Sprotte	868
Hecht	546	Aal	115
Stint, kleiner . .	167	Flunder	944
Barsch	388	Plötze	2 053
Kaulbarsch . . .	1 570	Weißfisch	34

An Schaltieren wurden in der Nordsee 462 dz Muscheln, 3058 St. Taschenkrebse, 57 452 St. Austern gefangen; der Wert des Fangergebnisses betrug 55 000 M. In der Ostsee wurden 1282 Wildenten erlegt.

Für das ganze Jahr 1920 weist die Statistik für die Nord- und Ostseefischerei einen Ertrag von 196 487 t nach. Einschließlich der nach Stück ermittelten Ausbeuten an Austern, Vögeln, Delphinen, Seehunden usw. hatte er einen Wert von 672 Mill. Mark. Es ist dies das höchste bisher erreichte Ergebnis der deutschen Seefischerei. Das des Jahres 1919 übertrifft es der Menge nach um 81 057 t (70,2 v. H.) und dem Werte nach um 490 Mill. Mark (269 v. H.).

Aus der deutschen Bodenseefischerei fielen im Dezember 1920 17,5 t im Werte von 182 000 Mark an. Der größte Teil der eingebrachten Fänge bestand in Blau-Felchen. Im Dezember 1919 war die Fischerei ergiebiger. Auch die Ausbeute im ganzen Jahre 1920 bleibt hinter der im Jahre 1919 zurück und zwar um 22 t. Im Werte dagegen übersteigen — mit Rücksicht auf die Geldentwertung — die Fänge im Jahre 1920 die in 1919 um 1,4 Mill. Mark.

Die Erhöhung der Getreideanbaufläche in der Schweiz. Die Schwierigkeiten der Getreideeinfuhr veranlaßten den schweizerischen Bundesrat, durch Beschluß vom 3. September 1917 den Kantonen den Mehranbau von 50 000 ha mit Brotgetreide aufzuerlegen; ein gleicher Beschluß wurde unter dem 24. Mai 1918 für die Ernte des Jahres 1919 gefaßt. Die Folge dieser Anordnung war eine starke Vermehrung der landwirtschaftlichen Anbaufläche auf Kosten der Viehweiden sowie eine Bevorzugung des Brotgetreideanbaues auf Kosten des Anbaues der übrigen Kulturpflanzen. Allerdings ist die Anordnung nur zur Hälfte tatsächlich zur Durchführung gelangt. Im Jahre 1919 waren nach den Schweizerischen Statistischen Mitteilungen 1920, Heft 2, 104 233 ha gegen 78 499 im Jahre 1917 mit Brotgetreide angebaut, also nur 25 734 statt 50 000 ha mehr. Auch hinsichtlich des Kartoffelanbaues traf der Bundesrat eine ähnliche Anordnung unter dem 17. Dezember 1918, laut welcher 12 000 ha mehr angebaut werden sollten, und zwar für die Gesamtdauer des Krieges. Tatsächlich fand im Jahre 1919 ein Mehranbau nicht mehr statt, im Gegenteil verminderte sich der Anbau von 56 683 auf 54 888 ha, also um 1795 ha, und zwar mit Rücksicht auf die Witterungsverhältnisse und die in Aussicht stehende Aufhebung der Kartoffelrationierung. Eine Gegenüberstellung des Kulturpflanzenanbaues für die Jahre 1917 und 1919 gibt die folgende Tabelle:

Fruchtart	Anbaufläche in ha		Ver- mehrung bzw. Ver- minderung
	1917	1919	
Getreideanbau im ganzen	117 338	137 623	+ 20 285
davon Brotgetreide . . .	78 499	104 233	+ 25 734
Weizen	38 901	52 699	+ 13 798
Roggen	17 020	22 053	+ 5 033
Korn	17 228	22 882	+ 5 654
Mischelfrucht	5 350	6 599	+ 1 249
Gerste	7 710	7 457	— 253
Hafer	28 579	23 076	— 5 503
Einkorn, Emmer, Hirse, Buch- weizen	572	230	— 342
Mais	1 978	2 627	+ 649
Hülsenfrüchte	2 841	2 487	— 354
Hackfruchtbau (als Hauptfrucht)	65 674	62 277	— 3 397
davon Kartoffeln	56 683	54 888	— 1 795
Runkeln und Kohlrüben	8 094	6 815	— 1 279
Zuckerrüben	407	344	— 63
Weiße Rüben	490	230	— 260
Gemüsebau (einschl. gelbe Rüben) (Hauptfrucht)	5 128	5 650	+ 522
Handelspflanzenbau	687	1 205	+ 518
davon Ölpflanzen	347	741	+ 394
Gespinnstpflanzen	86	102	+ 16
Zichorien	29	142	+ 113
Tabak	225	220	— 5
Gesamtanbaufläche	191 668	209 242	+ 17 574

Hiernach ist vor allem der Haferanbau zurückgegangen; dann der Kartoffel- und der Runkel-

Kohlrübenanbau, zugenommen hat unter dem Brotgetreideanbau besonders der Anbau von Weizen.

Die dänische Viehzucht, vor allem die Schweinezucht, hat während des Krieges einen empfindlichen Rückgang erlitten. Es wurden gezählt:

	Pferde	Rindvieh	Schweine	Schafe
15. Juli 1914	567 240	2 462 862	2 496 706	514 908
15. Mai 1915	565 690	2 416 471	1 918 627	533 137
12. Juli 1917	572 412	2 458 258	1 650 623	480 007
15. Juli 1918	544 999	2 123 722	620 880	470 051
15. Juli 1919	558 471	2 188 142	715 909	509 466
15. Juli 1920	563 467	2 286 408	1 007 861	540 241

Die dänische Schweinehaltung ist für den Absatz auf den englischen Markt angewiesen. Seit wieder hinreichend Mais aus Amerika bezogen werden kann und die früheren Beziehungen zur englischen Kundschaft einigermaßen wieder hergestellt sind, hebt sich der Schweinebestand; die hohen Schweinepreise wirken dabei besonders fördernd.

Die Stahl- und Eisenerzeugung Großbritanniens stellte sich im Jahre 1920 auf 8,0 Millionen tons Roheisen und 9,1 Millionen tons Stahlknüttel und Gußeisen, gegenüber 7,4 und 7,9 Millionen im Jahre 1919. Im Januar 1921 belief sich die Produktion auf 637 700 tons Roheisen (Dezember 1920: 682 500) und 493 400 tons Stahlknüttel und Gußeisen (Dezember 1920: 746 600 tons) ist also sehr stark zurückgegangen.

Der Auftragsbestand des amerikanischen Stahltrusts betrug zu Ende der Monate

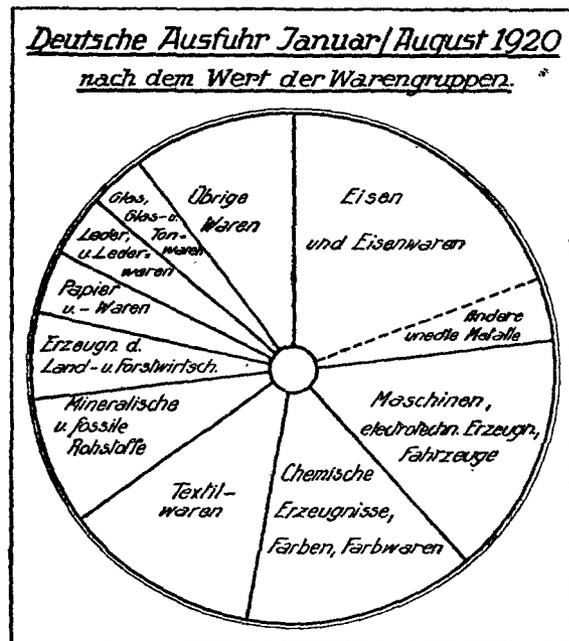
	1919		1920	
	1000 tons		1000 tons	
Jan.	6 684	9 285	Juli	5 579
Febr.	6 684	9 502	Aug.	6 109
März	5 431	9 892	Sept.	6 285
April	4 801	10 359	Okt.	6 473
Mai	4 282	10 940	Nov.	7 128
Juni	4 893	10 978	Dez.	8 265
				8 148

Im Jahre 1919 hatte der Bestand an unausgeführten Aufträgen gegenüber den Vorjahren infolge der Beendigung des Krieges einen starken Rückgang aufzuweisen. Mit der allmählichen Umstellung auf die Friedenswirtschaft stiegen die Aufträge wieder, bis sie im August 1920 dieselbe Höhe wie zu Ende des Jahres 1916 und im Sommer 1917, als die Vereinigten Staaten mit Rüstungsaufträgen überschwemmt waren, erreichten. Ende Januar 1921 lagen an unerledigten Aufträgen nur noch 7 573 000 tons vor. In den letzten Monaten des Jahres 1920 macht sich im Sinken der Ziffern des Auftragsbestandes die amerikanische Wirtschaftskrise bemerkbar. Trotzdem war das Jahr 1920, wenn man von den Kriegsjahren absieht, finanziell das bisher günstigste Jahr des Stahltrusts.

HANDEL UND VERKEHR

Deutschlands Ein- und Ausfuhr Januar bis August 1920.

Das erste Heft der nunmehr wieder zur Veröffentlichung kommenden „Monatlichen Nachweise über den Auswärtigen Handel Deutschlands“ berichtet über den deutschen Außenhandel in den Monaten August und Juli 1920 und in den Monaten Januar bis August 1920 insgesamt. Die Veröffentlichung bringt — wie in Nummer 1 dieser Zeitschrift Seite 52 schon eingehender ausgeführt — für die Ausfuhr Angaben über die Mengen und Werte, für die Einfuhr dagegen lediglich Angaben über die Mengen. Im folgenden sollen einige Ergebnisse des deutschen Außenhandels in den ersten 8 Monaten des Jahres 1920 kurz behandelt werden.



Der Wert der deutschen Ausfuhr belief sich in den Monaten Januar bis August 1920 auf insgesamt 40,9 Milliarden Mark (Papiermark). Von den einzelnen Hauptwarengruppen nehmen die erste Stelle ein:

	Milliarden Mark
Unedle Metalle und Waren daraus	9,49
Es folgen sodann:	
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge	6,21
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbwaren	5,87
Bearbeitete tierische und pflanzliche Spinnstoffe und Waren daraus	5,02
Mineralische und fossile Rohstoffe, Mineralöle	3,50
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft usw.	2,26

Von der größten Bedeutung ist, wie auch aus dem Bild deutlich ersichtlich, für Deutschland die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren sowie die Ausfuhr von Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen. Diese Waren machen allein $\frac{1}{3}$ der Gesamtausfuhr Deutschlands aus. Ihr Wert betrug zusammen 14 Milliarden Mark. Bei Betrachtung der Menge zeigt sich allerdings, daß gegenüber 1913 diese Ausfuhr noch sehr stark zurückgeblieben ist. An Eisen usw. betrug sie nur 10,4 gegenüber 43,0 Millionen dz, an Maschinen usw. 3,8 gegenüber 5,3 Mill. dz. Eine Ausnahme macht nur die Ausfuhr von Fahrzeugen, die mit 1,1 Mill. dz wesentlich höher war als im Jahr 1913 (0,8 Mill.), und besonders auch in dem sogenannten „Ausverkauf“ ihren Grund hat.

Die Ausfuhr von Textilwaren blieb mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Einfuhr von Textilrohstoffen ebenfalls sehr stark hinter dem Jahr 1913 zurück. Sie belief sich auf nur 427 233 dz gegenüber dem siebenfachen Betrag im Jahre 1913. Insbesondere betrug die Ausfuhr von

	1920		1913	
	dz	1000 M	dz	
Seidenwaren	21 937	1 377	91 367	
Wollwaren	69 724	1 077	486 134	
Baumwollwaren	73 410	1 351	863 463	
Waren aus anderen Textilrohstoffen	123 613	364	165 128	

Daß die 80 Millionen dz betragende Ausfuhr von mineralischen und fossilen Rohstoffen der Menge nach an erster Stelle stand, erklärt sich aus der geringen Wertigkeit und dem hohen Gewicht dieser Waren. An fossilen Brennstoffen (überwiegend Steinkohle und Braunkohle) wurden — abgesehen von den Pflichtlieferungen an die Entente, die nicht zum reinen Handelsverkehr gehören — 60 $\frac{1}{2}$ Mill. dz ausgeführt gegenüber 292 Mill. im Jahre 1913. Die Ausfuhr von Erzen einschließlich Schlacken und Aschen betrug nur 1,3 Mill. dz gegen 19,3 im Jahre 1913. Am nächsten kam der Ausfuhr von 1913 diejenige von Erden und Steinen mit 18 Mill. dz gegenüber 29,4 im Jahre 1913. Die Ausfuhr von Steinkohlenteer, Steinkohlenteeröl und Steinkohlenteerstoffen erreichte nur 260 551 dz gegenüber 2,4 Mill. im Jahre 1913.

Die chemischen Erzeugnisse, Farben und Farbwaren, die dem Werte nach an dritter

Stelle standen, kamen der Menge nach an zweiter Stelle. Ihre Ausfuhr erreichte im Jahre 1920 ⅔ der Ausfuhr des Jahres 1913. Es handelt sich dabei vorwiegend um chemische Grundstoffe, Säuren und Salze, sowie künstliche Düngemittel; u. a. wurden Kalisalze in einer Menge von 6,9 Mill. dz ausgeführt gegenüber 9,1 Mill. im Jahre 1913. Die Salzausfuhr (einschl. Salzsole) betrug 8,6 Mill. und übertraf damit fast um das Doppelte die Ausfuhr des Jahres 1913 (3 Mill.).

Die Ausfuhr von Farben und Farbwaren ist natürlich der Menge nach bei weitem nicht so erheblich, dem Werte nach dagegen sehr bedeutend. Es wurden, einschließlich eines Teils der Pflichtlieferungen an die Entente, die besonders bei dieser Warengruppe nicht vollständig ausgeschieden werden konnten, ausgeführt 702 528 dz im Werte von 2,2 Milliarden M. (Ausfuhr 1913: 1,78 Mill. dz); davon waren Anilinfarbstoffe 117 000 dz im Werte von 1,2 Milliarden M. Die Ausfuhr von künstlichen Düngemitteln (Guano, Knochenmehl, Thomasphosphatmehl, Superphosphat) tritt gegenüber dieser Ausfuhr stark zurück, und ist auch der Menge nach im Jahr 1920 verhältnismäßig sehr gering gewesen, großenteils infolge Wegfalls des in den lothringischen Hüttenwerken erzeugten Thomasphosphatmehls.

Für die deutsche Einfuhr stehen zuverlässige Angaben über die Werte noch nicht zur Verfügung. Aus einem Vergleich der Mengenangaben mit dem Jahr 1913 ist jedoch zu ersehen, daß die Nahrungsmittel sowie die Rohstoffe ebenso wie früher den Hauptteil der Einfuhr bilden. Für Deutschland handelte es sich nach dem Kriege in erster Linie darum, Nahrungsmittel für die unterernährte Bevölkerung und Rohstoffe zur Auffüllung der erschöpften Lager der Industrie zu beschaffen. Die zunehmende Geldentwertung stellte sich allerdings der Einfuhr derartig hemmend in den Weg, daß Deutschland auch auf diesem Gebiete die Einfuhr in höchstem Maße einschränken mußte. Infolgedessen ist die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen gegenüber der Vorkriegszeit sehr stark zurückgeblieben. Es wurde eingeführt (1913 abzüglich der Ausfuhr, die im Gegensatz zu 1920 zum Teil recht erheblich war) in 1000 dz:

	1920	1913	
	Einfuhr	Netto-Einfuhr	
Roggen	1 859	(Ausfuhrüberschuß 3 142)	
Weizen	2 934	12 464	
Mehl (einschl. Hafermehl und dgl.)	711	(Ausfuhrüberschuß 2 481)	
Gerste	416	16 526	
Hafer	34	(Ausfuhrüberschuß 308)	
Mais	1 485	6 503	
Reis, poliert und unpoliert	695	2 100	
Kartoffeln	6 829	297	

	1920	1913	
	Einfuhr	Netto-Einfuhr	
Verbrauchszucker	576	(Ausfuhrüberschuß 4 230)	
Speisebohnen, Erbsen, Linsen und Küchengewächse	2 906	3 319	
Obst und Südfrüchte	808	3 268	
Kolonialwaren und Ersatzstoffe	421	1 612	
Schweineschmalz, Butter, Margarine	1 280	1 075	
Milch und Rahm	217	442	
Eier	8	1 276	
Rindvieh . . . Stück	12 990	150 236 *)	
Schweine	53 403	101 577	
Gänse 1000 "	0,2	3 310	
Fleisch	1 587	437	
Fische	3 494	2 080	
Viehfutter (Kleie, Reisabfälle, Ölkuchen, Schlempe)	560	14 911	

Wird zur Berechnung der Gesamteinfuhr an Brotgetreide 80 g Mehl = 100 g Getreide gesetzt, so ergibt sich eine Einfuhr von 5647 dz Roggen, Weizen, und Mehl gegenüber einer Nettoeinfuhr von 6345 dz im Jahre 1913. Außerdem wurden im Jahr 1913 noch 16½ Mill. dz Gerste eingeführt, für 1920 dagegen nur 416 000 dz. Die Einfuhr von Kartoffeln, die im Jahre 1913 ziemlich bedeutungslos war, erreichte im Jahre 1920, besonders wegen des Ausfalls der Produktion von Posen und Westpreußen, eine beträchtliche Höhe. Auch am Fleisch und Fischen (überwiegend gesalzene Heringe) wurden erheblich größere Mengen eingeführt. Dagegen ist die Einfuhr von Schlachtvieh sehr stark hinter 1913 zurückgeblieben.

Nächst der Frage der Ernährung war gegen Kriegsende die Bekleidungsfrage die brennendste gewesen. Es machte sich deshalb nach Friedensschluß nicht nur stärkste Nachfrage nach Textilrohstoffen und Halbfabrikaten geltend, sondern auch nach Fertigfabrikaten der Bekleidungsindustrie. Trotzdem ist die Einfuhr gegenüber 1913 wesentlich geringer gewesen. Sie setzte sich folgendermaßen zusammen (in 1000 dz):

	1920		1913	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Baumwolle, roh und Abfälle	781	5	3 210	417
Baumwolle, bearbeitet und Baumwollwaren	298	73	704	863
Flachs	11	4	495	290
Hanf	105	0	271	50
Jute und Jutewerg	270	6	1 080	52
Merino- u. Kreuzzuchtvolle	340	4	1 519	122
Wolle, bearbeitet und Wollwaren	104	70	412	486
Seide und Seidenwaren	21	22	74	91
Kalbfelle	20	1	257	56
Rindhäute	185	2	1 155	305
Felle zu Pelzwerk	4	1	30	9
Schuhwaren aus Leder	3	3	5	22

*) Nur Schlachtvieh.

Der deutsche Außenhandel (Spezialhandel) nach Warengruppen im August 1920.

Warengruppen	Einfuhr in 1000 dz			Ausfuhr in 1000 dz			Ausfuhr in Millionen Mk.	
	1920		1913 Jan./Aug.	1920		1913 Jan./Aug.	1920	
	August	Januar/Aug.		August	Januar/Aug.		Aug.	Jan./Aug.
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse; Nahrungs- und Genußmittel	5 530,4	39 748,8	163 574,9	1 426,8	7 773,1	40 796,0	295,2	2 256,5
darunter:								
Erzeugnisse des Acker-, Garten- u. Wiesenbaues	3 481,4	22 068,6	77 995,9	96,8	973,9	17 302,0	47,4	664,1
Erzeugnisse der Forstwirtschaft	564,9	3 938,1	50 271,4	1 145,7	5 840,2	5 261,8	130,6	637,8
Tiere und tierische Erzeugnisse	651,2	7 597,6	12 378,5	34,5	148,2	1 460,7	45,8	474,2
Erzeugnisse landwirtschaftlicher Nebengewerbe	702,1	4 726,5	22 735,8	145,1	763,3	16 231,8	49,4	301,9
Minerale und fossile Rohstoffe; Mineralöle	8 866,7	68 772,2	278 646,8	11 765,4	80 202,7	344 601,6	458,4	3 296,5
Erden und Steine	832,1	5 349,8	27 585,7	3 620,1	18 023,9	29 442,3	50,6	231,7
Erze, Schlacken, Aschen	5 769,9	43 841,9	119 080,9	177,6	1 251,9	19 782,6	6,4	53,2
Fossile Brennstoffe	2 069,1	16 953,0	121 984,3	7 904,3	60 490,0	292 195,3	374,5	2 887,1
Mineralöle und sonstige fossile Rohstoffe	186,0	2 444,8	9 539,7	17,1	176,3	761,7	6,9	48,5
Steinkohlenteer, Steinkohlenteeröle und Steinkohlenteerstoffe	10,5	182,7	456,2	46,3	260,6	2 419,7	20,0	76,0
Zubereitetes Wachs, feste Fettsäuren, Paraffin und ähnliche Kerzenstoffe, Lichte, Wachswaren, Seifen und andere unter Verwendung von Fetten, Ölen oder Wachs hergestellte Waren	29,4	331,7	311,3	5,7	54,8	301,7	9,2	77,3
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse, Farben und Farbwaren	169,8	1 703,1	14 792,8	2 389,1	19 134,9	30 602,7	666,0	5 869,3
darunter:								
Chemische Grundstoffe, Säuren, Salze und sonstige Verbindungen chemischer Grundstoffe, anderweit nicht genannt	114,9	1 124,2	9 345,0	2 267,4	18 236,1	21 411,9	288,4	2 994,1
Farben und Farbwaren	5,7	83,8	512,1	95,5	702,5	1 780,9	300,3	2 207,5
Firnisse, Lacke, Kitte	0,7	4,8	24,2	1,7	16,7	44,4	3,5	28,7
Äther; Alkohole, anderweit nicht genannt oder unbegriffen; flüchtige (ätherische) Öle, künstliche Riechstoffe, Riech- und Schönheitsmittel (Parfümerien und kosmetische Mittel)	4,1	49,5	322,1	2,4	19,2	99,1	16,6	142,0
Künstliche Düngemittel	33,0	259,3	4 144,2	8,7	55,1	6 823,7	0,8	3,4
Sprengstoffe, Schießbedarf und Zündwaren	1,4	40,8	4,9	3,3	31,9	139,1	11,9	103,6
Bearbeitete tierische und pflanzliche Spinnstoffe und Waren daraus; Menschenhaare; zugerichtete Schmuckfedern; Fächer und Hüte	47,6	545,5	2 044,0	75,9	427,2	2 812,9	842,3	5 021,5
Seide	1,7	20,7	74,0	2,6	21,9	91,4	192,7	1 376,7
Wolle und andere Tierhaare (mit Ausnahme der Pferdehaare aus der Mahne und dem Schweife)	11,5	104,0	411,7	16,7	69,7	486,1	253,1	1 076,5
Baumwolle	23,3	298,1	703,8	16,7	73,4	863,4	220,7	1 351,1
Anderere pflanzliche Spinnstoffe	2,7	46,8	306,1	16,3	123,6	165,1	56,7	363,8
Buchbinderzeugstoffe, Pausleinwand, wasser-dichte Gewebe, Gewebe mit aufgetragenen Schleif- oder Poliermitteln; Linoleum und ähnliche Stoffe	0,1	0,7	4,8	2,0	7,2	155,8	7,2	33,0
Watte, Filze und nicht genähte Filzwaren	0,1	0,5	2,0	1,2	7,0	36,1	7,4	37,0
Pferdehaare (aus der Mahne oder dem Schweife) und Waren daraus	0,1	0,3	3,5	0,3	2,1	9,6	1,8	10,2
Kleider, Putzwaren und sonstige genähte Gegenstände aus Gespinnstwaren oder Filzen, anderweit nicht genannt	0,2	1,6	4,4	3,8	30,4	76,7	52,1	460,3
Künstliche Blumen aus Gespinnstwaren, Regen- und Sonnenschirme, Schuhe aus Gespinnstwaren oder Filzen	0,0	0,1	1,3	0,5	4,3	12,4	10,9	81,9
Menschenhaare und Waren daraus, zugerichtete Schmuckfedern, Fächer und Hüte	0,1	0,9	6,3	0,4	3,1	7,2	30,1	185,3
Abfälle von Gespinnstwaren und dergleichen	7,8	71,8	526,1	15,4	84,5	909,1	9,6	45,1

Der deutsche Außenhandel (Spezialhandel) nach Warengruppen im August 1920 (Schluß).

Warengruppen	Einfuhr 1000 dz			Ausfuhr 1000 dz			Ausfuhr in Millionen Mark	
	1920		1913	1920		1913	1920	
	August	Jan./Aug.	Jan./Aug.	August	Jan./Aug.	Jan./Aug.	August	Jan./Aug.
Leder und Lederwaren, Kürschnerwaren, Waren aus Därmen	12,7	97,0	127,7	7,9	61,4	385,2	197,5	1 545,3
Leder	8,5	75,3	61,5	4,7	23,8	159,5	119,8	893,0
Lederwaren	0,3	4,9	12,7	2,4	19,2	73,1	44,3	344,2
Kürschnerwaren	0,2	2,3	16,1	0,6	6,8	24,7	32,5	305,5
Waren aus Därmen	—	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,9	3,5
Abfälle	3,7	14,0	37,4	0,2	11,6	127,8	0,0	1,1
Kautschukwaren	1,9	17,3	31,0	2,9	17,1	136,3	26,0	158,7
Waren aus weichem Kautschuk	1,9	17,2	30,3	2,6	16,2	126,2	21,0	135,9
Hartkautschuk und Hartkautschukwaren	0,0	0,1	0,7	0,3	0,9	10,1	5,0	22,8
Geflechte und Flechtwaren aus pflanzlichen Stoffen mit Ausnahme der Gespinnstfasern	1,0	6,7	30,8	2,8	29,2	32,5	8,3	59,4
Geflechte (mit Ausnahme der Sparterie)	0,4	4,1	13,6	0,0	0,2	3,1	0,1	1,9
Flechtwaren (mit Ausnahme der Hüte und der Sparteriewaren)	0,6	2,6	17,2	2,8	29,0	29,3	8,2	57,4
Sparterie und Sparteriewaren	—	0,0	0,0	—	0,0	0,1	—	0,1
Besen, Bürsten, Pinsel und Siebwaren	0,1	2,3	9,2	1,2	17,1	20,2	10,5	77,6
Waren aus tierischen oder pflanzlichen Schnitz- oder Formerstoffen	4,5	47,9	322,7	108,0	716,1	731,2	129,1	933,4
darunter:								
Waren aus tierischen Schnitzstoffen	0,1	1,3	8,3	0,3	3,2	8,6	7,5	58,9
Holzwaren	3,5	36,1	284,5	79,9	587,3	514,6	77,5	567,2
Korkwaren	0,8	9,0	11,8	2,1	10,6	37,4	1,8	12,1
Papier, Pappe und Waren daraus	70,8	620,7	709,7	233,1	1 376,2	3 649,4	277,0	1 579,8
Bücher, Bilder, Gemälde	2,4	15,9	50,9	8,7	77,2	154,7	28,3	229,7
Waren aus Steinen oder anderen mineralischen Stoffen (mit Ausnahme der Tonwaren) sowie aus fossilen Stoffen	17,1	173,0	4 795,1	412,0	2 011,1	1 207,5	39,8	248,1
Tonwaren	44,7	369,6	1 144,2	437,1	1 943,4	5 297,8	115,4	559,0
Glas und Glaswaren	5,8	72,2	106,9	111,9	633,1	1 587,7	164,9	915,7
Edle Metalle und Waren daraus	0,0	0,1	10,2	0,1	1,6	6,7	64,1	622,1
Gold (Gold, Platin und Platinmetalle, Bruch und Abfälle von diesen Metallen, Gold- und Platinwaren)	0,0	0,0	2,4	0,0	0,2	0,8	39,0	294,4
Silber (Silber, Silbergekrätz, Bruchsilber, Silberwaren)	0,0	0,1	7,8	0,1	1,4	6,1	25,1	327,7
Unedle Metalle und Waren daraus	307,2	3 871,6	7 119,9	1 547,0	10 870,6	45 226,9	1507,5	9 492,0
darunter:								
Eisen und Eisenlegierungen	257,7	3 030,5	4 248,9	1 460,9	10 401,7	42 981,7	1 177,8	7 694,7
Aluminium und Aluminiumlegierungen	1,9	64,2	95,2	7,7	37,6	57,7	38,9	280,6
Blei und Bleilegierungen	1,3	163,4	570,6	1,0	60,9	411,8	16,2	97,2
Zink und Zinklegierungen	0,4	7,9	372,6	26,1	194,3	835,9	23,8	182,6
Zinn und Zinnlegierungen (einschliesslich des Britanniametalls)	3,7	29,0	96,6	0,6	2,4	69,9	4,0	17,6
Nickel und Nickellegierungen	0,3	6,4	18,8	0,1	0,3	14,6	0,6	3,4
Kupfer und Kupferlegierungen	41,1	564,2	1 704,6	34,1	140,5	715,7	143,9	679,8
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge	3,7	47,3	780,5	489,8	3 801,7	5 292,1	947,8	6 205,4
Maschinen	2,0	27,7	677,9	351,5	2 288,7	3 715,2	550,8	3 063,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	1,2	9,7	36,8	80,9	394,1	799,3	262,0	1 326,4
Fahrzeuge	0,5	9,9	65,8	56,4	1 118,9	777,6	135,0	1 815,8
Feuerwaffen, Uhren, Tonwerkzeuge, Kinderspielzeug	0,2	2,3	10,7	34,0	333,7	548,6	232,8	1 633,3
Feuerwaffen	0,0	0,1	1,2	0,3	1,5	10,8	4,5	26,0
Uhren	0,0	0,2	1,3	5,4	37,6	53,8	38,5	284,9
Tonwerkzeuge	0,1	1,3	4,6	11,2	108,8	178,7	80,8	611,3
Kinderspielzeug	0,1	0,7	3,6	17,1	185,8	305,3	109,0	711,1
Unvollständig angemeldete Waren	—	0,8	37,5	2,5	17,6	45,8	13,0	95,1
Gesamtmenge:								
Waren aller Art	15 116,0	116 446,0	474 656,8	190 60,9	1 294 99,8	4 834 37,5	6 083,1	40 876,2
außerdem:								
Pferde	7 384	20 350	106 347	88	642	3 989	Davon reiner Warenverkehr (ohne Gold und Silber):	
Wasserfahrzeuge	—	23	722	200	1 522	482	6 028,0	40 724,2

Ein sehr starker Bedarf war für Tabak und Tabakerzeugnisse entstanden, deren Einfuhr im Jahre 1920 an diejenige der Vorkriegszeit heranreichte. Sie betrug in 1000 dz:

	1920		1913	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Rohtabak	488	2	544	2
Zigarren, Zigaretten und Rauchtabak	26	6	8	5

Unter den sonstigen Erzeugnissen der Landwirtschaft, die im Jahre 1920 in nennenswerter Menge eingeführt wurden, sind noch zu erwähnen: Ölfrüchte und Sämereien (2,1 Mill. dz gegenüber 12,3 Mill. im Jahre 1913) sowie Erzeugnisse der Ölmüllerei und der sonstigen Gewinnung fetter Öle (730 000 dz gegenüber einer Nettoeinfuhr von 67 000 im Jahre 1913).

Sehr gering war gegen früher die Einfuhr von Erzeugnissen der Forstwirtschaft. Sie wurde sogar durch die Ausfuhr überschritten, während wir im Jahre 1913 eine Nettoeinfuhr von rund 45 Mill. dz hatten (davon 34 für Bau- und Nutzholz).

Die Einfuhr von Erzen war trotz Wegfalls des lothringischen Minette-Gebiets erheblich geringer als im Jahre 1913. Es wurden an Eisen- und Manganerzen einschließlich Schlacken und dergleichen nur rund 39 Mill. dz eingeführt gegenüber einer Nettoeinfuhr von 81 Mill. im Jahre 1913. Die Einfuhr der Eisenerze erfolgte wie früher vorwiegend aus Schweden und Norwegen, als weitere Bezugsländer sind jetzt Lothringen und Luxemburg, das früher dem deutschen Zollverein angehörte und dessen Aus-

fuhr nach Deutschland daher früher nicht im deutschen Außenhandel erschien, hinzugekommen. Es wurden bezogen aus:

	Januar — August	
	1920	1913
Schweden	13 694 000 dz	30 161 000 dz
Norwegen	4 103 000 "	2 185 000 "
Frankreich	4 528 000 "	26 498 000 "
Lothringen	2 811 000 "	" "
Luxemburg	8 197 000 "	" "
Spanien	4 039 000 "	26 218 000 "

Die Einfuhr von Steinkohlen und Braunkohlen hat gegenüber 1913 erheblich nachgelassen, ist aber wegen des infolge der Pflichtlieferungen an die Entente entstandenen Bedarfs bedeutend höher als es für die deutsche Handelsbilanz erwünscht wäre. Es betrug die Ein- und Ausfuhr (ohne die Pflichtlieferungen an die Entente) von Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Briketts:

	1920		1913	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Steinkohle	1 982	50 734	69 644	224 733
Braunkohlen	14 623	405	47 172	406
Koks	7	6 839	4 100	45 022
Steinpreßkohlen	6	727	180	15 834
Braunpreßkohlen	262	1 652	773	5 549

Auch an Mineralölen bleibt die Einfuhr gegen die Vorkriegszeit noch sehr stark zurück. Es betrug der Außenhandel in 1000 dz:

	1920		1913	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Mineralöle	2 358	50	8 248	240
davon: Schmieröle	876	13	1 616	166
Erdöle, gereinigt	542	9	4 515	2
Rohbenzin	248	—	1 157	0

Deutschlands Absatzmärkte.

Neben den Produktionsmöglichkeiten bestimmen besonders die Absatzmöglichkeiten den Umfang des Außenhandels eines gesunden Landes. Deutschland war es vor dem Kriege dank seiner leistungsfähigen Exportindustrie gelungen, für seine Produktion ausreichende Absatzmärkte zu finden. Inwieweit dies in Zukunft möglich sein wird, steht dahin. Verschiedene Gründe sprechen dagegen. Die Lage Deutschlands ist folgende: Zur Bezahlung der Reparationskosten steht im wesentlichen nur der Exportüberschuß zur Verfügung. Dieser muß so erhöht werden, daß er zur Erstattung der Forderungen der Entente hinreicht. Das setzt eine Steigerung der Ausfuhr gegenüber dem Frieden

um ein Mehrfaches voraus; denn die Einfuhr läßt sich nicht erheblich einschränken. Die Einfuhr war auch vor dem Kriege zum allergrößten Teil unentbehrliche Einfuhr, bestand also hauptsächlich aus Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfabrikaten. Die erforderliche Mehrausfuhr muß auf einem gegenüber der Friedenszeit verkleinerten und weniger aufnahmefähigen und -willigen Absatzmarkt untergebracht werden. Vor dem Kriege (im Durchschnitt der Jahre 1910/13) entfielen von dem Gesamtwert des deutschen Außenhandels 65,5 v. H. auf europäische Länder und 34,5 v. H. auf außereuropäische Länder. Der Außenhandel Deutschlands mit den wichtigsten Ländern gestaltete sich im Durchschnitt der

Jahre 1910—1913 folgendermaßen:

Länder (geordnet nach der Größe des Gesamthandels)	Ausfuhr Wert in Million. M.	Einfuhr Wert in Million. M.	Einfuhr + Ausfuhr- überschuß	Länder (geordnet nach der Größe des Gesamthandels)	Ausfuhr Wert in Million. M.	Einfuhr Wert in Million. M.	Einfuhr + Ausfuhr- überschuß
1. Rußland	688,1	1493,4	- 810,3	11. Britisch-Indien usw.	111,9	479,8	- 367,9
2. Verein. St. v. Amerika	670,8	1457,1	- 786,3	12. Brasilien	166,6	226,5	- 59,9
3. Großbritannien	1210,3	823,5	+ 386,8	13. Dänemark	245,2	183,1	+ 62,1
4. Österreich-Ungarn	969,9	788,9	+ 181,0	14. Schweden	202,3	196,2	+ 6,1
5. Frankreich	655,3	542,4	+ 112,9	15. Australischer Bund	79,8	272,2	- 192,4
6. Niederlande	583,2	308,7	+ 274,5	16. Spanien	104,0	173,2	- 69,2
7. Belgien	461,9	349,2	+ 112,7	17. Niederländ. Indien usw.	71,0	203,6	- 132,6
8. Schweiz	497,9	193,1	+ 304,8	18. Chile	90,0	180,6	- 90,6
9. Argentinien	250,4	416,7	- 166,3	19. Rumänien	107,2	98,7	+ 8,5
10. Italien	366,6	295,4	+ 71,2	20. Norwegen	137,7	62,4	+ 75,3

Graphisch dargestellt ergibt sich folgendes Bild:



Die Länder sind nach der Größe des Gesamthandels (Ausfuhr + Einfuhr) geordnet. Neben der Ausfuhr nach den einzelnen Ländern ist gleichzeitig die Einfuhr aus ihnen nach Deutschland dargestellt, um die gegenseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten Deutschlands und der betreffenden Länder zu veranschaulichen.

Von diesen Absatzmärkten, die sich Deutschland im harten Kampfe und bei scharfem Wettbewerb anderer Staaten erobert hatte, fallen zur Zeit einige, wie z. B. Rußland, ein großer Teil der Balkanstaaten, Australien und andere; ganz weg. Ein anderer Teil, wie z. B. Österreich, Ungarn, auch Frankreich, Italien usw., ist gegenüber dem Frieden erheblich weniger kaufkräftig. Außerdem haben diese Länder zum Teil während

des Krieges Ersatzindustrien für den früheren Import herangebildet, zum Teil haben sie sich in Abhängigkeit von überseeischen Märkten begeben. Die von Deutschland abgetrennten Gebietsteile kommen als neue Absatzmärkte für Deutschland weniger in Betracht; sie werden weit mehr als neue Einkaufsmärkte eine Rolle spielen. Die Abtrennung bewirkt nicht so sehr eine Steigerungsmöglichkeit für die deutsche Ausfuhr als vielmehr die Notwendigkeit einer Steigerung der deutschen Einfuhr. Zu dem kommt noch, daß einerseits Deutschlands Umfang und damit seine Produktionsfähigkeit gegenüber der Friedenszeit bedeutend kleiner ist und daß andererseits ein Teil der früheren Abnehmer die Einfuhr deutscher Waren erschwert.

Entwicklung des internationalen Handels 1920.

Allgemeine Übersicht.

Monate	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß
	Deutschland¹⁾ (Mill. M)			Belgien (Mill. Frs.)			Brasilien (1000 £)		
Januar		3 122,8	.	819,5	447,5	- 372,0	6 520	12 272	+ 5 752
Februar		4 128,1	.	904,8	590,8	- 314,0	8 641	10 930	+ 2 289
März		4 095,7	.	1 062,1	686,1	- 376,0	7 645	13 854	+ 6 209
April		5 208,9	.	1 930,5	1 578,9	- 351,6	8 278	10 621	+ 2 343
Mai		6 331,7	.				10 981	9 932	- 1 049
Juni		5 654,6	.	1 149,5	842,7	- 306,8	9 578	9 068	- 510
Juli		6 183,7	.	857,7	769,8	- 87,9	10 762	7 098	- 3 664
August		6 028,0	.	891,7	751,0	- 140,7	12 857	7 536	- 5 321
September	841,9	774,8	- 67,1	12 615	7 219	- 5 396
Oktober	896,2	760,6	- 135,6	12 944	7 482	- 5 462
November	885,4	727,7	- 157,7	11 405	6 523	- 4 882
Dezember
Insgesamt		40 753,5		10 239,3	7 929,9	- 2 309,4	112 226	102 535	- 9 691
	Dänemark (Mill. Kr.)			Finnland (Mill. Fmk.)			Frankreich (Mill. Frs.)		
Januar	221,7	119,8	- 101,9	254,6	43,3	- 211,3	2 002,2	722,4	- 1 279,8
Februar	250,5	97,8	- 152,7	254,3	97,7	- 156,6	2 641,9	1 323,8	- 1 318,1
März	298,0	167,1	- 130,9	213,0	59,7	- 153,3	3 122,8	1 337,7	- 1 785,1
April	184,9	87,9	- 97,0	273,7	97,8	- 175,9	2 887,6	1 376,9	- 1 510,7
Mai	181,0	164,9	- 16,1	205,0	197,5	- 7,5	2 386,7	1 210,0	- 1 176,7
Juni	267,0	164,4	- 102,6	292,9	290,8	- 2,1	2 588,7	1 809,4	- 779,3
Juli	259,4	158,0	- 101,4	338,9	355,0	+ 16,1	6 130,8	4 226,4	- 1 904,4
August	282,5	153,4	- 129,1	313,0	433,6	+ 120,6	2 800,5	2 399,5	- 401,0
September	340,2	178,5	- 161,7	393,8	366,9	- 26,9	2 627,9	2 151,6	- 476,3
Oktober	298,6	157,1	- 141,5	354,0	364,8	+ 10,8	2 595,4	2 332,6	- 262,8
November	261,8	181,5	- 80,3	345,1	336,4	- 8,7	2 672,2	1 883,6	- 788,6
Dezember	294,5	148,9	- 145,6	383,2	257,7	- 125,5	2 948,3	1 660,9	- 1 287,4
Insgesamt	3 142,1	1 815,8	- 13 26,3	3 621,5	2 906,2	- 715,3	35 405,0	22 434,8	- 12 970,2
	Großbritannien (1000 £)			Italien (Mill. Lire)			Niederlande (Mill. Fl.)		
Januar	183 498	131 344	- 52 154	1 001,5	497,2	- 504,3	256,2	135,9	- 120,3
Februar	170 514	108 568	- 61 946	1 140,6	616,0	- 524,6	233,6	113,3	- 120,3
März	176 648	130 731	- 45 917	1 431,4	683,4	- 748,0	187,9	68,2	- 119,7
April	167 154	126 659	- 40 495	1 362,9	678,7	- 684,2	203,6	99,5	- 104,1
Mai	166 334	139 580	- 26 754	1 401,1	662,2	- 738,9	298,5	170,4	- 128,1
Juni	170 491	136 476	- 34 015	2 076,3	752,2	- 1 324,1	345,4	179,5	- 165,9
Juli	163 342	155 300	- 8 042	1 040,4	521,5	- 518,9	314,9	177,1	- 137,8
August	153 255	128 272	- 24 983	1 249,4	531,9	- 717,5	268,0	130,0	- 138,0
September	152 692	130 807	- 21 885	1 201,6	570,2	- 631,4	317,4	166,0	- 151,4
Oktober	149 889	128 429	- 21 460	.	.	.	337,3	148,2	- 189,1
November	144 260	132 480	- 11 780	.	.	.	270,8	156,7	- 114,1
Dezember	142 785	109 329	- 33 456	.	.	.	298,5	156,7	- 141,8
Insgesamt	1 936 742	1 557 975	- 378 767	11 905,2	5 513,3	- 6 391,9	3 332,1	1 701,5	- 1 630,6
	Schweden (Mill. Kr.)			Schweiz (Mill. Frs.)			Vereinigte Staaten (Mill. \$)		
Januar	238,0	126,8	- 111,2	1050	866	- 184	473,8	722,1	+ 248,3
Februar	282,1	106,0	- 176,1				467,4	645,1	+ 177,7
März	301,1	150,5	- 150,6	1095	899	- 196	523,9	819,6	+ 295,7
April	266,9	163,7	- 103,2				495,8	684,3	+ 188,5
Mai	314,2	227,1	- 87,1	1069	820	- 249	431,0	745,5	+ 314,5
Juni	283,3	223,6	- 59,7				552,6	629,4	+ 76,8
Juli	331,1	267,7	- 63,4	1069	820	- 249	537,1	651,4	+ 114,3
August	307,6	229,8	- 77,8				513,1	578,3	+ 65,2
September	324,5	232,8	- 91,7	363,7	605,3	+ 241,6			
Oktober	299,3	217,8	- 81,5	334,3	751,7	+ 417,4			
November	228,2	176,5	- 51,7	321,0	675,0	+ 354,0			
Dezember	265,3	720,3	+ 455,0			
Insgesamt	3 176,3	2 122,3	- 1054,0	3 214	2 585	- 629	5 279,0	8 228,0	+ 2 949,0

¹⁾ Für die deutsche Einfuhr stehen zuverlässige Wertangaben noch nicht zur Verfügung. Vgl. im übrigen, auch für die Ausfuhrziffern, den Aufsatz S. 12 und die Mitteilung über die „Monatlichen Nachweise über den Auswärtigen Handel Deutschlands“ S. 52 in Nr. 1 dieser Zeitschrift.

Ann. Die von der Summe der einzelnen Monate teilweise abweichenden Jahressummen sind berichtigte Angaben.

Der niederländische Außenhandel im Jahre 1920 weist eine dem Werte nach ungefähr gleich starke Ausfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln und von Fertigfabrikaten auf, andererseits aber auch eine starke Einfuhr von Nahrungsmitteln; die Einfuhr von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten übertrifft indessen sowohl die Einfuhr von Nahrungsmitteln wie die Ausfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten in bedeutendem Maße. Die gesamte Handelsbilanz der Niederlande ist stark passiv; im Jahre 1920 war die Einfuhr doppelt so hoch wie die Ausfuhr. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz wird bekanntlich in der Hauptsache durch Reederei- und Zwischenhandelsgewinne erzielt. Es betrug die Ein- und Ausfuhr ohne Gold und Silber in Mill. Gulden:

Warengruppen	Jahr 1920	
	Einfuhr	Ausfuhr
Lebende Tiere	5,1	20,8
Nahrungsmittel, Getränke	561,5	628,3
Rohstoffe und Halb- fabrikate		
tierischen Ursprungs	122,8	62,6
pflanzlichen „	697,7	172,2
mineralischen „	595,4	55,6
Fabrikate	1347,9	734,2
Summe (einschließlich Sonstiges)	3332,1	1701,5

An der Ausfuhr ist vor allem Deutschland beteiligt. An wichtigen Waren wurden insgesamt und nach Deutschland insbesondere ausgeführt:

Warenarten	1919		1920	
	Ge- sam	davon nach Deutsch- land	Ge- sam	davon nach Deutsch- land
Pferde	12,4	4,1	17,2	8,9
Fische und Schältiere	61,7	33,1	30,8	10,9
Fleisch u. tierisches Fett	87,9	71,9	34,6	18,4
Margarine und Kunstfett	64,8	32,9	101,1	35,5
Butter	45,4	21,6	56,8	11,1
Käse	22,8	4,6	64,3	18,9
Rohwolle	7,1	6,0	8,0	6,7
Kondensierte und sterili- sierte Milch, Milchpulver	14,3	2,0	44,9	8,0
Weizen, Roggen, Gerste	6,2	3,0	28,8	20,2
Hülsenfrüchte	22,8	19,8	10,1	5,1
Samen	15,9	8,1	11,9	2,0
Obst und Gemüse	71,5	34,2	47,9	13,2
Kartoffeln	33,2	27,9	30,9	21,4
Viehfutter	1,7	0,5	18,2	3,5
Flachs	23,9	4,3	21,2	2,7
Pflanzungskautschuk	9,4	3,9	13,3	7,0
Kartoffelmehl	6,1	0,8	23,7	9,1
Pflanzenöle	70,8	23,7	112,1	58,7
Fettsäuren	7,3	2,0	19,5	8,6
Häute und Felle	48,4	25,0	53,4	28,9
Baumwollwaren (Stoffe und Gewebe)	60,5	12,3	139,5	1,2
Strohkarton	19,3	—	37,9	—
Kakao und Schokolade	24,2	12,3	18,6	2,1
Kaffee	17,9	11,3	17,5	9,0
Rübenzucker	2,7	1,6	11,3	6,4
Sonstiger Zucker	22,8	4,9	40,9	11,7
Tabak, Zigarren, Zigaretten	139,0	79,8	31,5	9,4
Metallfadlampen	23,6	—	31,4	—

Für die Einfuhr der Niederlande kommt dagegen Deutschland überwiegend nur für Kohlen und Koks,

Eisen und Stahl sowie Waren daraus in Betracht. Die Gesamteinfuhr an wichtigeren Artikeln stellte sich in den Jahren 1919 und 1920 in Millionen Gulden folgendermaßen:

Warenarten	1919	1920	Warenarten	1919	1920
Geräuchertes u. getrockn. Fleisch	22,0	18,9	Rohsalpeter	43,9	37,6
Rohwolle	28,5	22,4	Thomasphosphat	6,6	14,3
Weizen	84,5	143,3	Eisen u. Stahl u. Waren daraus	191,5	298,8
Mais	46,3	67,6	Kupfer, Kupfer- u. Bronzeware	20,4	33,7
Gerste	28,8	12,0	Weizenmehl	44,6	19,3
Lein-, Kohl-, Raps u. Sesamsamen	69,5	66,7	Kokosnußöl	62,2	49,3
Erdnüsse	11,0	11,7	Sojabohnenöl	35,7	31,7
Kopra	52,5	56,1	Petroleum	24,5	33,2
Kakaobohnen	51,2	29,2	Benzin, Gasolin u. sonstiges	51,7	70,3
Leinkuchen	18,8	17,5	Holz	94,3	186,9
Rohbaumwolle	48,5	62,7	Häute und Felle	35,5	42,6
Pflanzungs- kautschuk	13,6	25,1	Leder	34,9	41,3
Steinkohlen	138,7	210,0	Stoffe u. Gewebe von Baumwolle	53,6	36,5
Koks	16,0	15,7			
Zement	15,4	25,9			

Die wichtigsten Bezugsquellen sind die Vereinigten Staaten von Amerika für Fleisch, Baumwolle und Petroleum, nächst Deutschland auch für Steinkohlen; Argentinien für Wolle, Weizen, Mais, Leinsamen; Niederländisch Ostindien für Kopra, Kautschuk, Kokosnußöl, Benzin und Gasolin; Belgien für Sesamsamen, Zement, Thomasphosphat; Chile für Rohsalpeter.

Aus Deutschland bezogen die Niederlande in den Jahren 1919 und 1920:

	1919	1920
	Mill. Gulden	
Steinkohle	32,2	64,2
Koks	11,8	13,7
Eisen u. Stahl und Waren daraus	111,0	185,6
Kupfer, Kupfer- u. Bronzeware	3,3	11,1

Die Einfuhr Großbritanniens betrug im Januar 1921 117 050 783 £, die Ausfuhr 102 711 215, wovon 9 955 119 auf die Wiederausfuhr entfallen. Der Einfuhrüberschuß stellte sich demnach im Januar auf 14 339 568 £. Gegenüber dem Januar 1920 hat infolge der Weltwirtschaftskrisis eine außerordentlich starke Abnahme sowohl der Ausfuhr als auch der Einfuhr stattgefunden; in verhältnismäßig noch stärkerem Maße ist jedoch der Einfuhrüberschuß zurückgegangen. Ebenso ist im Vergleich zum Dezember 1920 ein bedeutender Rückgang festzustellen.

Der Außenhandel Japans. Während des Krieges hatte sich der japanische Außenhandel überaus stark entwickelt, da die Konkurrenz der europäischen Staaten, besonders in Amerika, zum großen Teil in Fortfall kam. Seit dem Friedensschluß sind nachrisenhaften Ausschlägen seine Aussichten jedoch wieder geringer geworden. Im Jahre 1919 und in

höherem Grade im Jahr 1920 ist die japanische Handelsbilanz wieder zu der Passivität der Vorkriegszeit zurückgekehrt. Es betrug in Millionen Yen (ohne Gold und Silber) die

	Einfuhr	Ausfuhr	- Einfuhr- + Ausfuhr- Überschuß
1916	756	1 127	+ 371
1917	1 036	1 603	+ 567
1918	1 668	1 962	+ 294
1919	2 174	2 099	- 75
1920	2 336	1 949	- 387

Die Entwicklung im Jahre 1920 veranschaulicht die folgende Übersicht:

Monat	Einfuhr Mill. Yen	Ausfuhr	- Einfuhr- + Ausfuhr- Überschuß
Januar . . .	204,8	176,3	- 28,5
Februar . . .	270,6	174,3	- 96,3
März	329,0	193,6	- 135,4
April	296,8	217,5	- 79,3
Mai	296,0	193,4	- 102,6
Juni	220,2	183,8	- 36,4
Juli	157,1	154,3	- 2,8
August	123,2	175,1	+ 51,9
September . .	117,6	154,3	+ 36,7
Oktober . . .	107,7	133,8	+ 26,1
November . . .	108,0	105,0	- 3,0
Dezember . . .	104,7	87,4	- 17,3

Im ersten Vierteljahr wurde infolge der starken Spekulation weit über den eigentlichen Bedarf eingeführt. Nachdem die Einfuhr im März ihren Höhepunkt erreicht hatte, sank sie infolge der japanischen Wirtschaftskrise fast ununterbrochen. Die Ausfuhr bewegte sich bis zum April in steigender Richtung, und nahm von dort an — mit Ausnahme des August — dauernd ab, da infolge der Absatzstockung auf dem Weltmarkt keine Nachfrage nach japanischen Ausfuhrartikeln vorhanden war. In den Monaten August bis Oktober überschritt die Ausfuhr die Einfuhr, während in den anderen Monaten ein Einfuhrüberschuß vorhanden ist, der im März bis auf 135,4 Mill. Yen stieg.

In den Monaten Januar bis Oktober betrug

	die Einfuhr		
	1920	1919	1918
von	Mill. Yen		
Baumwolle	706	565	418
Eisen und Eisenwaren	241	197	257
Ölkuchen	140	110	75
	die Ausfuhr		
	1920	1919	1918
von	Mill. Yen		
Seide	391	483	343
Seidenstoffen	142	107	93
Baumwollgarnen	136	95	124

Die starke Zunahme der Einfuhr von Baumwolle, die hauptsächlich aus Amerika stammte und zum großen Teil zu spekulativen Zwecken vorgenommen wurde, hat dazu geführt, daß große Baumwollvorräte in Japan angehäuft sind, die infolge des

Preissturzes jetzt nur mit großen Verlusten abgestoßen werden können. Große Fortschritte machte die Spielwarenausfuhr, die besonders nach Amerika geht.

Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen. Während bis zum Mai 1919 das Reichseisenbahnamt (jetzt Reichsverkehrsministerium) nur die geschätzten Verkehrseinnahmen der deutschen Staatseisenbahnen monatlich zusammenstellte, hat es diese Übersichten seit Juni 1919 auf sämtliche Einnahmen aller Haupteisenbahnen und vollspurigen Nebenbahnen über 50 km ausgedehnt. In der nachfolgenden Übersicht sind die Einnahmen seit Juli 1919 zusammengestellt. Danach ist im Jahre 1920 infolge der Tarifierhöhungen eine Steigerung um mehr als das Doppelte eingetreten.

Die geschätzten Einnahmen der deutschen Haupteisenbahnen und der vollspurigen Nebenbahnen seit Mitte 1919.

Monat	Einnahmen aus		Gesamteinnahmen einschl. sonst. Einnahmen	
	Personen- und Gepäckverkehr (Mill. M.)	Güter- verkehr (Mill. M.)	überhaupt (Mill. M.)	davon Reichs- eisenbahnen (Mill. M.)
1919				
Juli	164,6	253,0	443,1	433,9
August	179,7	264,8	517,9	508,5
September	173,3	280,6	492,0	482,3
Oktober	187,7	402,6	628,7	617,6
November	115,6	385,1	535,2	526,0
Dezember	158,6	415,5	613,8	603,2
2. Halbjahr 1919	979,5	2 001,6	3 230,7	3 171,5
1920				
Januar	153,0	418,6	619,6	656,2
Februar	182,6	429,5	655,7	643,2
März	243,3	741,5	1 044,9	1 026,1
April	301,5	796,2	1 130,5	1 110,1
Mai	382,2	884,9	1 311,4	1 290,3
Juni	358,6	869,3	1 271,1	1 250,4
Juli	435,5	873,6	1 344,7	1 320,9
August	471,8	859,7	1 383,6	1 358,8
September	419,5	916,5	1 392,5	1 368,3
Oktober	399,6	974,0	1 425,6	1 399,9
November	344,3	943,7	1 356,1	1 332,5
Dezember	358,1	1 033,4	1 466,1	1 441,2
Jahr 1920	4 050,0	9 740,9	14 401,8	14 198,4

Die Betriebsergebnisse der norwegischen Eisenbahnen. Das Netz der norwegischen Eisenbahnen ist noch verhältnismäßig wenig ausgebaut, da die geringe Bevölkerungsdichte und die verhältnismäßig geringe Industrie des Landes dem Bau einigermaßen rentabler Linien hinderlich entgegensteht. Die Bahnen sind mehr als in anderen Ländern auf den

Touristenverkehr angewiesen, haben daher auch während des Krieges infolge des Ausbleibens des ausländischen Touristenstroms schwer gelitten. Wenn schon vor dem Kriege der Reinertrag, den die norwegischen Bahnen abwarfen, sehr gering war, so haben die Bahnen während des Krieges stark mit Verlust gearbeitet. Zur Erhöhung des Verlustes trug besonders bei, daß der Ausbau des Eisenbahnwesens aus falschen Sparsamkeitsrück-sichten zu lange hinausgeschoben worden war und erst im Jahre 1913 mit einer großzügigeren Eisenbahn-politik begonnen wurde. In der Zeit seit dem Be-triebsjahr 1900/1901 waren (nach dem Archiv für

Eisenbahnwesen 1920, Heft 6) die Betriebsergebnisse folgende:

Betriebs-jahr (1. April bis 31. März)	Durchschn. Betriebslg. km	Ein-nahmen 1000 Kr.	Aus-gaben 1000 Kr.	Über-schuß 1000 Kr.	v. H. des Betriebs-kapitals
1900/01	2 017	15 186	12 053	3 133	1,81
1910/11	3 051	25 659	19 068	6 591	2,17
1914/15	3 177	37 723	30 883	6 840	1,98
1915/16	3 185	46 113	38 732	7 381	2,10
1916/17	3 187	57 074	51 655	5 419	1,54
1917/18	3 216	76 584	84 139	-7 555	-1,94
1918/19	.	94 230	96 818	-2 588	.

PREISE UND LÖHNE

Die Teuerung im Januar 1921.

Im Monat Dezember 1920 hatte die Lebens-haltungsindexziffer mit 916 den Höhepunkt des ganzen Jahres erreicht.¹⁾ Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten war im Vergleich zur Friedenszeit auf mehr als das Neunfache gestiegen. Die Entwicklung im neuen Jahr geht noch darüber hinaus. Die für Januar errechnete Indexziffer, die wieder zunächst als vorläufig betrachtet werden muß, da die Teuerungszahlen noch nicht aus allen Erhebungsgemeinden vor-liegen, zeigt mit **940** einen neuen Höhepunkt. Die Ausgaben für die notwendigsten Lebens-bedürfnisse erheben sich sonach fast auf das 9½-fache der Aufwendungen für den gleichen Kreis lebenswichtigster Erfordernisse in der Vor-kriegszeit. Dabei bleibt, wie schon früher er-wähnt wurde, die Qualitätsminderung gegenüber der Friedenszeit außer Betracht.

Die Lebenshaltungsindexziffern werden auf Grund der Teuerungsstatistik berechnet, die ihre monatlichen Erhebungen auf einen nach Art und Menge genau umschriebenen Kreis wichtigster Lebensmittel (Normalration) für eine fünfköpfige Familie stützt²⁾; dabei werden außer Lebens-mitteln die Kosten für Heizstoffe und Leucht-

mittel und der monatliche Mietpreis für eine Wohnung mit zwei Zimmern und Küche ein-gesetzt. Die Teuerungsstatistik erstreckt sich auf über 500 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern. Auf Seite 72 sind die Ergebnisse für 47 Gemeinden, deren Teuerungszahlen dem Statistischen Reichsamt durch einen besonderen „Eildienst“ vorweg gemeldet werden, dargestellt. Die jeweils größte Steigerung seit Februar 1920 ist durch fettgedruckte Zahlen hervorgehoben.

Nur in verhältnismäßig wenigen dieser vom „Eildienst“ erfaßten Gemeinden trat im Januar 1921 eine Ermäßigung der im letzten Monat des abgelaufenen Jahres scharf zugespitzten Teue-rungsverhältnisse ein. In weit mehr als der Hälfte aller Erhebungsorte, nämlich in 30 von den 47 Berichtsgemeinden, haben sich dagegen neue Steigerungen der Ausgaben für die ange-nommene Normalration geltend gemacht. In-folgedessen liegt in 27 aller dieser Gemeinden der Höhepunkt der Teuerung seit Beginn der Er-hebungen im Januar des laufenden Jahres. In 30 Gemeinden haben sich die für die Normal-ration notwendigen Aufwendungen seit Februar vorigen Jahres um mehr als die Hälfte erhöht

¹⁾ Der in Nr. 1 dieser Zeitschrift, S. 20 für Dezember angegebene vorläufige Index von 925 hat sich auf Grund des vollständigen Materials auf 916 ermäßigt.

²⁾ Die Normalration für die 5köpfige Familie (2 Erwachsene, 3 Kinder im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren) setzt sich wie folgt zusammen: 1. Lebensmittel: 47 000 g Roggenbrot, 15 000 Gramm Nahrungsmittel (Mehl, Teigwaren, Haferflocken, Graupen, Hülsenfrüchte, Reis u. dergl.), 70 000 g Kartoffeln, 30 000 g Gemüse, 1500 gr Fleisch,

3000 g Schellfisch, 1500 g Speck, 4000 g Fett, 1500 g Salzheringe, 4000 g Brotaufstrich, 8000 g Mus- oder Kochäpfel, 3500 g Zucker, 10 Stück Eier, 28 l Vollmilch. 2. Heiz- und Leuchtstoffe: 3 Ztr. Steinkohlen oder 5 Ztr. Braunkohlen oder 4 Ztr. Braunkohlenbriketts oder 6 Ztr. Torf oder 5 Ztr. Brennholz oder 40 cbm Kochgas; 15 cbm Leuchtgas oder 5 Kilowstd. Elek-trizität oder 1000 g Kerzen oder 4000 g Karbid oder 7 l Petroleum. 3. Wohnung: monatl. Miets-preis einer Wohnung von 2 Zimmern und Küche.

und erfordern in 5 Städten über 70 Proz. mehr als im Ausgangsmonat, während in 4 Orten sich die Zunahme der Teuerungsintensität auf weniger als 30 Proz. des im Februar 1920 festgestellten Teuerungsgrades beschränkt.

Nur in zwei aller Erhebungsgemeinden war die zugrunde gelegte Normalration für weniger als 800 Mark im Monat Januar erhältlich. In allen übrigen Orten geht der erforderliche

Kostenaufwand weit darüber hinaus und erreicht in 6 Städten mehr als 1000, darunter in Aachen 1151 Mark, während sich in 19 Gemeinden die notwendigen Ausgaben zwischen 900 und 1000 M. bewegen. Die Bedeutung dieser Zahlen wird erst durch einen Vergleich mit der Friedenszeit ersichtlich, wo die gleiche Normalration im Durchschnitt des Reiches für die jetzt geringe Summe von 102,21 M. erhältlich war.¹⁾

Teuerungs- u. Verhältniszahlen für 47 Gemeinden nach den Erhebungen vom Februar 1920 bis Januar 1921.

Gemeinden	Orts- anwesende Bevölkerung am 8. Okt. 1919 in 1900	Teuerungszahlen (in Mark) für							Verhältniszahlen mit Bezug auf den Februar 1920 (Die Teuerungszahl vom Februar 1920 ist = 100 gesetzt)											
		Febr. 1920	Mai 1920	Aug. 1920	Nov. 1920	Dez. 1920	Jan. 1921	März 1920	April 1920	Mai 1920	Juni 1920	Juli 1920	Aug. 1920	Sept. 1920	Okt. 1920	Nov. 1920	Dez. 1920	Jan. 1921		
Berlin	1 902,5	648	884	883	903	964	960	124	141	196	130	143	127	127	139	139	149	148		
Hamburg	985,8	800	929	836	1037	1096	1026	112	113	116	103	108	105	105	118	130	137	128		
München	690,7	562	749	666	744	764	925	111	125	133	149	154	118	117	135	132	136	165		
Dresden	529,3	605	926	813	861	932	920	125	141	153	153	140	134	130	138	142	154	152		
Breslau	528,3	580	830	731	798	828	881	109	133	143	143	129	138	126	132	129	138	152		
Essen	439,3	717	1017	886	956	1031	947	116	127	142	142	144	124	124	132	134	144	132		
Frankfurt a. M.	435,0	784	1082	979	883	948	974	112	134	138	133	134	125	105	105	113	121	134		
Nürnberg	352,7	547	680	710	771	776	934	109	114	124	137	118	130	117	137	141	142	171		
Stuttgart	309,2	580	766	713	874	885	890	114	120	132	148	123	123	132	139	151	153	153		
Chemnitz	303,3	628	818	862	948	997	1034	124	150	146	142	140	140	132	137	151	159	165		
Dortmund	295,0	715	890	730	886	910	925	117	133	125	122	128	109	112	117	124	127	139		
Magdeburg	285,9	524	781	712	769	864	871	114	126	149	139	143	136	134	139	147	165	166		
Königsberg i. Pr.	280,9	558	758	724	807	809	876	111	125	136	129	131	130	123	131	145	145	157		
Mannheim	229,3	580	970	746	876	911	895	113	167	167	156	150	129	125	141	151	157	154		
Kiel	205,3	580	830	813	919	997	950	110	127	143	142	137	140	139	155	158	172	164		
Angsburg	154,6	430	736	641	825	815	820	140	143	171	149	153	149	164	177	192	190	191		
Aachen	145,7	687	1016	858	979	1020	1151	120	141	148	128	138	125	122	137	142	148	168		
Braunschweig	139,5	540	720	857	831	877	894	120	124	133	154	156	140	137	149	154	162	166		
Karlsruhe	136,0	654	849	794	802	878	820	112	133	130	141	126	122	103	114	123	134	141		
Erfurt	129,6	574	766	741	890	951	968	129	139	133	131	131	129	137	145	156	166	169		
Lübeck	113,1	595	889	776	920	976	962	135	156	149	144	139	130	131	146	155	164	162		
Hagen i. W.	92,9	647	944	869	1091	1037	1072	124	141	146	141	136	134	146	161	169	160	165		
Ludwigshafen a. Rh.	90,7	622	329	720	826	827	931	118	123	133	129	124	116	121	126	133	133	150		
Darmstadt	82,4	656	906	862	849	896	857	144	130	138	135	133	131	118	128	129	136	130		
Frankfurt a. O.	65,1	620	778	679	872	901	874	103	121	126	123	116	110	116	128	141	145	141		
Solingen	48,9	810	1107	896	1019	1053	1015	110	121	137	125	120	111	107	121	126	130	125		
Halberstadt	47,1	639	807	689	785	804	865	100	104	126	126	126	110	108	107	114	123	126	125	
Schwerin	45,5	516	774	688	770	801	868	107	113	150	150	142	134	139	144	149	155	162		
Kartowitz	45,4	562	724	596	790	941	983	123	137	129	115	114	106	107	119	141	168	175		
Heilbronn	44,0	504	678	662	790	794	890	114	125	134	158	149	131	122	130	157	157	165		
Göttingen	41,2	523	718	660	769	790	828	122	126	137	136	135	126	131	133	145	151	158		
Eisenach	39,2	483	750	761	814	849	800	147	149	156	160	172	158	154	156	169	176	166		
Herford	34,8	630	719	759	879	890	962	113	112	114	122	118	121	120	133	140	141	153		
Bautzen	34,3	621	821	748	866	940	992	111	127	132	124	124	121	118	130	140	152	160		
Gießen	33,4	585	842	778	869	897	942	130	137	149	145	143	138	132	136	154	170	169		
Oldenburg	32,5	604	748	698	825	847	879	109	126	124	121	120	116	113	131	137	140	146		
Schweinfurt	27,8	429	699	659	787	727	788	104	120	163	148	131	154	159	169	184	170	184		
Eberswalde	26,8	579	809	819	846	922	908	103	114	140	140	137	141	126	138	146	159	157		
Wald (Rheinland)	25,9	683	1009	731	991	970	1083	114	135	148	131	129	114	122	128	145	142	159		
Fulda	23,9	521	797	614	802	831	877	110	139	153	158	153	118	128	149	154	159	163		
Straubing	22,5	522	727	649	755	755	751	97	140	139	141	123	124	154	136	145	145	144		
Reichenbach i. Schl.	15,3	598	759	721	791	827	835	116	122	127	120	116	120	125	120	132	138	140		
Auerbach i. Vogtland	13,8	675	902	812	930	961	984	127	137	133	132	127	120	118	127	138	142	146		
Rastenburg	13,3	475	656	664	776	835	855	106	106	133	140	136	140	141	140	163	176	180		
Selb	12,5	580	810	846	828	782	807	122	121	140	156	160	146	136	140	143	135	139		
Grimma	10,6	610	985	740	908	855	857	101	132	161	143	141	121	120	136	149	140	140		
Blumenthal	10,3	585	802	716	907	914	914	96	131	137	130	121	122	130	147	155	156	156		

Einen zahlenmäßigen Ausdruck finden die gegenwärtigen Verhältnisse, an den Teuerungsbedingungen der Friedenszeit gemessen, durch die oben erwähnten Lebenshaltungsindexziffern, die, um einen Vergleich mit den Vormonaten zu

ermöglichen, nochmals seit Februar 1920 wiedergegeben seien:

Febr. 1920	623	Juni	842	Oktober	827
März	741	Juli	842	November	872
April	836	August	795	Dezember	916
Mai	876	September	777	Januar 1921	940

Im Gegensatz zum Gesamtindex des Reiches macht sich im Januar des neuen Jahres

¹⁾ Siehe Heft 1 dieser Zeitschrift, S. 19.

in mehreren Großstädten eine bescheidene Ermäßigung der Lebenshaltungskosten bemerkbar. Die Untersuchungen für Berlin, Berlin-Schöneberg, Leipzig und Kiel, deren Statistische Ämter eigene Indexberechnungen durchführen, ergeben im Monat Januar, im Vergleich zu den Vormonaten, eine kleine Verminderung der Ausgaben für die notwendigsten Lebensbedürfnisse. Auch die Teuerungszahlen der Reichsstatistik lassen im ersten Monat des neuen Jahres bei diesen und mehreren anderen Großstädten gegenüber den Vormonaten eine ganz schwache Abflachung der Teuerungsintensität erkennen, während sich in Mittel- und Kleinstädten die Teuerung weiter verschärfte¹⁾. Diese Erscheinung ist nicht auffallend; die Teuerungszahlen und andere, sich auf sie stützende Untersuchungen haben häufig schon bewiesen, daß sich Preisbewegungen zunächst immer in den größeren und Großstädten, den Zentren des Großhandels, Geltung verschaffen und später erst in den kleineren Orten durchzudringen vermögen.

Die Krise, die sich seit Mitte des vergangenen Jahres über die Volkswirtschaften der ver-

¹⁾ Näheres siehe Übersicht S. 72.

schiedensten Länder verbreitet und die auch in Deutschland für einen Teil der vom Ausland bezogenen Waren — Rohstoffe wie Lebensmittel — einen Preisabschlag in vorläufig noch mäßigen Grenzen gebracht hat, konnte sich also in der Gesamtlebenshaltung des Reiches noch nicht entscheidend bemerkbar machen. Der bescheidene Preisrückgang in einigen wenigen Auslandslebensmitteln hat im Januar dieses Jahres (im Monatsdurchschnitt) für die Höhe des Lebensaufwandes gegenüber den stetigen Preisverhältnissen für Brot- und Fleischwaren und angesichts der in den Wintermonaten regelmäßig anziehenden Preistendenz für Gemüse und Kartoffeln noch keine Bedeutung erlangen können. Zudem hat schon die Bewegung des Lebenshaltungsindex während des vergangenen Jahres gezeigt, daß sich eine Veränderung der Großhandelspreise — gleichviel ob sie durch eine Besserung oder Verschlechterung unserer Verhältnisse oder durch die Preisbewegung in den Produktionsgebieten hervorgerufen wurde — gewöhnlich erst nach einem Zeitraum von ungefähr 2 Monaten in den Kleinhandelspreisen durchsetzt.

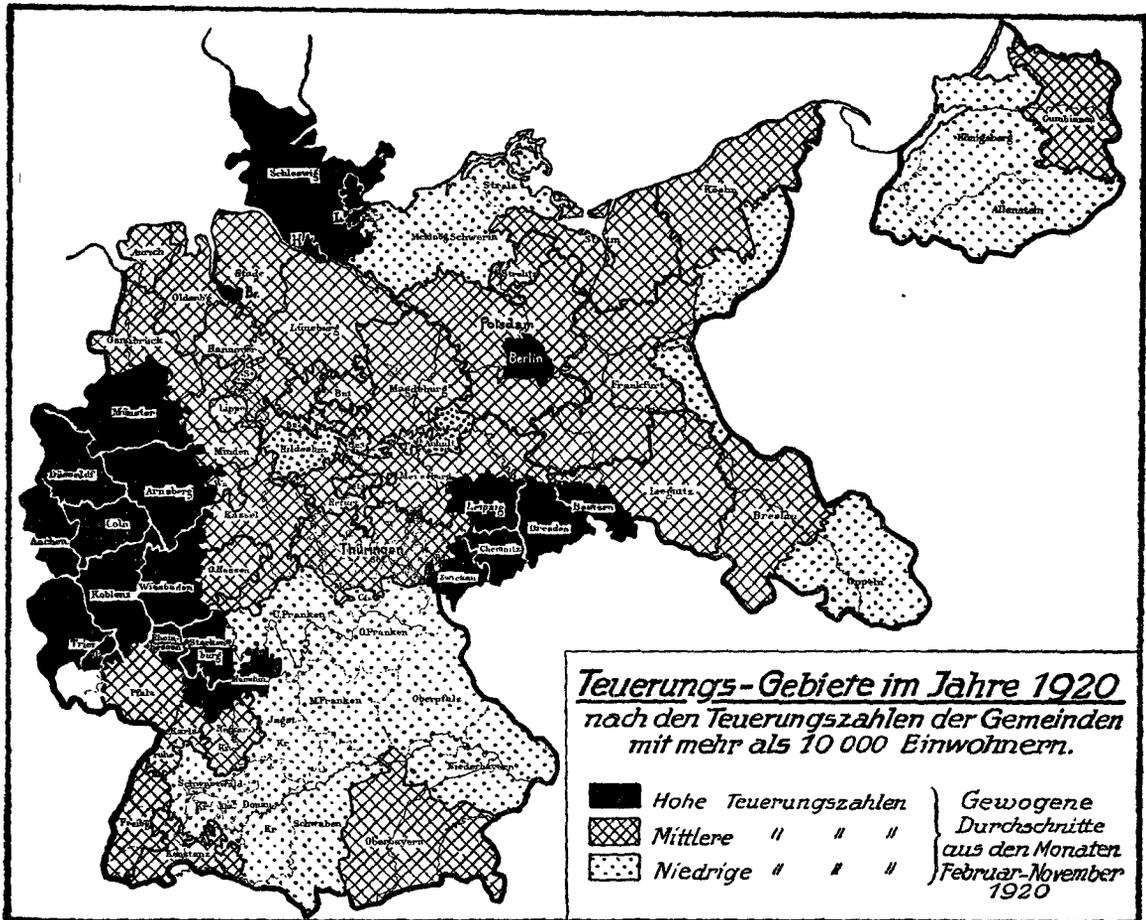
Teuerungsgebiete in Deutschland.

Die amtliche Teuerungsstatistik gestattet einen gewissen Einblick in die gebietsweise sehr verschiedene Höhe der Lebenshaltungskosten im Jahre 1920. Nimmt man für jede der etwa 500 Erhebungsgemeinden mit über 10 000 Einwohnern den Durchschnitt aus den Teuerungszahlen der 10 Monate Februar bis November, dann kommen die Einwirkungen der von Monat zu Monat verschieden hohen amtlichen Zuteilungen, welche die Höhe der Teuerungsziffer stark beeinflussen, bis zu einem gewissen Grade zum Ausgleich. Um diese Durchschnitts-Teuerungszahl zum Repräsentanten ihres Gebietes zu machen, war es aber ferner nötig, sie gebietsweise (in Preußen nach Regierungsbezirken und in den anderen Ländern entsprechend nach Kreisen, Provinzen usw.) zu ordnen und mit der Einwohnerzahl zu multiplizieren. Die so erhaltenen gewogenen Durchschnitte gestatten es, in einer Zahl die Teuerung eines jeden Bezirks auszudrücken. Nach der Größe geordnet, ergeben sich dabei folgende Durchschnitts-Teuerungszahlen für das Jahr 1920:

Reg.-Bez. Wiesbaden	912	Reg.-Bez. Cassel	. . . 771
Stadt und Land		Reg.-Bez. Pfalz	. . . 770
Hamburg	. . . 885	Reg.-Bez. Potsdam	. . . 768
Reg.-Bez. Düsseldorf	877	Reg.-Bez. Lüneburg	. . . 757
Reg.-Bez. Trier	. . . 868	Reg.-Bez. Merseburg	. . . 754
Reg.-Bez. Aachen	. . . 864	Reg.-Bez. Erfurt	. . . 747
Stadt u. Land Bremen	864	Reg.-Bez. Osnabrück	. . . 746
Krs. Chemnitz	. . . 854	Reg.-Bez. Stettin	. . . 744
Reg.-Bez. Köln	. . . 850	Reg.-Bez. Minden	. . . 744
Stadtkrs. Berlin	. . . 848	Reg.-Bez. Köslin	. . . 741
Reg.-Bez. Arnberg	. . . 846	Reg.-Bez. Frankfurt	
Prov. Rheinhessen	. . . 834	(Oder)	. . . 739
Krs. Zwickau	. . . 826	Reg.-Bez. Breslau	. . . 737
Reg.-Bez. Coblenz	. . . 825	LandThüringen	. . . 735
Stadt Lübeck	. . . 825	Land Oldenburg	. . . 735
Krs. Dresden	. . . 820	Landesk.-Bezirk	
Prov. Starkenburg	. . . 818	Freiburg	. . . 732
Reg.-Bez. Münster	. . . 813	Land Mecklenburg-	
Reg.-Bez. Schleswig	. . . 808	Strelitz	. . . 726
Krs. Leipzig	. . . 802	Land Braunschweig	. . . 724
Krs. Bautzen	. . . 800	Neckarkreis	. . . 718
Landesk.-Bezirk		Reg.-Bez. Liegnitz	. . . 712
Mannheim	. . . 800	Reg.-Bez. Oberbayern	. . . 711
Reg.-Bez. Aurich	. . . 787	Land Waldeck	. . . 711
Reg.-Bez. Stade	. . . 784	Reg.-Bez. Gumbinnen	. . . 709
Reg.-Bez. Hannover	. . . 779	Land Lippe	. . . 705
Prov. Oberhessen	. . . 778	Landesk.-Bezirk	
Landesk.-Bezirk		Konstanz	. . . 703
Karlsruhe	. . . 772	Reg.-Bez. Magdeburg	. . . 702

Land Mecklenburg-Schwerin	698	Reg.-Bez. Mittel-franken	668
Reg.-Bez. Oppeln	696	Reg.-Bez. Unterfrank.	664
Reg.-Bez. Stralsund	695	Donaukreis	658
Reg.-Bez. Königsberg	691	Schwarzwaldkreis	656
Verwaltungs-Bezirk Westpreussen-Posen	688	Reg.-Bez. Oberpfalz	647
Reg.-Bez. Hildesheim	686	Reg.-Bez. Schwaben	647
Land Schaumburg-Lippe	684	Reg.-Bez. Allenstein	644
Reg.-Bez. Oberfranken	678	Reg.-Bez. Sigmaringen	641
Land Anhalt	676	Reg.-Bez. Niederbayern	640
Jagstkreis	671	Reg.-Bez. Marienwerder	584

Es zeigt sich, daß die von der Teuerungsstatistik erfaßten Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung) ungefähr zwischen 900 und 600 M. für den Monat gebietsweise schwanken. Dabei können die Teuerungszahlen von 800 M. und darüber als hoch, die von 700—800 M. als mittel und die unter 700 M. als niedrig angesehen werden. Bei dieser Unterscheidung ergibt sich für Deutschland das folgende Bild:



Als teuerste Gebiete treten danach hervor: ganz Westdeutschland, im Norden Schleswig und die Hansastädte Hamburg, Lübeck, Bremen und ferner das ganze Land Sachsen und Berlin. Im Westen springt besonders das besetzte Gebiet heraus. Die hohe Teuerung erstreckt sich hier auf die ganze Rheinprovinz und ferner auf die westlichen Regierungsbezirke der Provinz Westfalen (Münster und Arnberg) und von Hessen auf den Regierungsbezirk Wiesbaden. Sie umfaßt ferner die südlichen Provinzen des Landes Hessen und reicht im Süden bis in den Bezirk

Mannheim hinein. Der Bezirk Karlsruhe zeigt ebenso wie die Rheinpfalz schon etwas niedrigere Teuerungszahlen, desgleichen die Provinz Obergessen und die Regierungsbezirke Kassel, Minden und Osnabrück. Als Gebiet mit niedrigerer Teuerungszahl erscheint das Land Bayern (ohne die Pfalz und Oberbayern) und Württemberg ohne den Neckarkreis. Verhältnismäßig niedrige Teuerungszahlen haben ferner Mecklenburg-Schwerin und von Pommern der Regierungsbezirk Stralsund; sodann Ostpreußen ohne den Regierungsbezirk Gumbinnen, der Ver-

waltungsbezirk Westpreußen — Posen und Oberschlesien. In Mitteldeutschland treten dann noch als billige Bezirke hervor der Regierungsbezirk Hildesheim, ferner Schaumburg-Lippe und Anhalt.

Dabei darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß die Teuerungszahlen einen Ausdruck für die Lebenshaltungskosten lediglich in den Städten mit 10 000 und mehr Einwohnern bieten. Nur wo diese Städte zugleich auch den Charakter der betreffenden Gegend widerspiegeln, wie zum Beispiel im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, in Teilen des eng besiedelten, industrie-reichen Sachsens und in Groß-Berlin, dürften die Teuerungszahlen auch für das ganze umliegende Gebiet Geltung haben. In Schleswig-Holstein z.

B. kommen dagegen die bei weitem erträglicheren Verhältnisse in den ländlichen Bezirken nicht zum Ausdruck, wengleich auch in ihnen die Nähe des valutastarken Dänemark nicht ohne Einfluß auf die Preise geblieben sein mag. Wenn Oberbayern gegenüber dem sonstigen Lande Bayern höhere Teuerungszahlen aufweist, so liegt das an dem maßgeblichen Einfluß der Teuerungszahl der Großstadt München. In Oberschlesien zeigen die Teuerungszahlen des vorigen Jahres ein verhältnismäßig günstiges Bild, was sich nachweislich durch die reichliche amtliche Zuteilung an die Bevölkerung erklärt. Augenblicklich liegen die Verhältnisse dort viel schwieriger.

Die Preise für Brot, Fleisch und Kartoffeln im Jahr 1920.

Die Einwirkung der Teuerung des Jahres 1920 auf die Lebenshaltungskosten ist in Nr. 1 dieser Zeitschrift (Seite 19 ff) für eine große Anzahl von deutschen Städten dargestellt worden. Hier soll in kurzen Strichen ein Bild der Preissteigerung für einige wichtige zum Lebensunterhalt in erster Linie notwendige Nahrungsmittel, und zwar Brot, Kartoffeln und Fleisch, in mehreren Großstädten des Reichs gegeben werden. Es sind folgende 12 Städte aus den verschiedensten Gebieten gewählt worden: Berlin (alter Stadtkreis), Hamburg, Köln, München, Breslau, Dresden, Frankfurt a. Main, Hannover, Stuttgart, Königsberg i. Pr., Aachen und Karlsruhe. Im wesentlichen haben nur die amtlichen Preise Berücksichtigung gefunden, die allerdings für Kartoffeln und Fleisch im Herbst 1920 an Bedeutung verlieren. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln mit dem 15. September weichen die Höchstpreise den praktisch nicht immer streng befolgten Richtpreisen, und beim Fleisch kommt mit dem 1. Oktober der freie Handel wieder voll zu seinem Recht.

Für Brot stand in der Mehrzahl der hier behandelten Städte der Friedenspreis auf 25 bis 28 Pf. je kg. Nur in München und Aachen wurden Preise von 35 und 34 Pf. und in Köln sogar von 38 Pf. verzeichnet. Im Februar 1920 haben Hamburg und Köln mit 1,05 M. je kg die niedrigsten Brotpreise, Stuttgart und Hannover mit 1,25 bzw. 1,24 M. die höchsten. Gegenüber dem Friedenspreise ist in diesem Monat durchweg eine Steigerung auf ungefähr das Vierfache eingetreten. Eine weitere außerordentliche Erhöhung der Preise bringt der Monat Mai. Zurückzuführen ist dies auf die bedeutende Heraufsetzung des Mehlpriees, zu der sich die Reichsregierung im Mai gezwungen sah. Fast allgemein ist im Monat Mai eine Steigerung auf das 9—10fache gegenüber dem Friedenspreise zu verzeichnen, und auf ungefähr der gleichen Höhe

halten sich die Preise weiter. Im Schleichhandel werden fast überall 5—6 M. für das kg Brot gezahlt.

Für Kartoffeln betrug im Jahre 1913/14 der Preis für das kg in fast allen Städten 8—10 Pf., darüber (12—14 Pf.) nur in Königsberg, Stuttgart und München. Im Februar 1920 bildet der Preis von 50 Pf. je kg die Regel. Niedrigere Preise (von 30—40 Pf.) haben einige west- und süddeutsche Städte aufzuweisen. Bemerkenswert ist, daß in diesem Monat in Hannover 35, in Stuttgart und Karlsruhe 36 Pf. für 1 kg gezahlt wurden, in Hamburg und Frankfurt am Main dagegen annähernd das Doppelte. Bei diesen Unterschieden ist es schwer, von einer durchschnittlichen Steigerung zu sprechen. Die nächsten Monate bringen einen gewissen Ausgleich. Bei überall anziehenden Preisen ist seit März 1920 nirgend mehr 1 kg Kartoffeln unter 40 Pf. zu kaufen. Steigerungen auf 80 Pf. und 1 M. bilden in der Folge keine Seltenheit mehr. Am Ende des Wirtschaftsjahres ist ein Vergleich der Preise in den Städten untereinander schwer, weil teilweise schon die Preise für Frühkartoffeln hineinspielen und das Niveau noch weiter heben. Erst der September bringt mit Aufhebung der Zwangswirtschaft wieder ein einigermaßen vergleichbares Bild. Bemerkenswert ist, daß eine besondere Verteuerung nach Aufhebung der Zwangswirtschaft sich nicht bemerkbar macht, wobei jedoch berücksichtigt werden muß, daß die Kartoffeln nach der Herbst-ernte regelmäßig billiger sind. Gegenüber dem Friedenspreise findet sich im September — abgesehen von den schon im Frieden für Kartoffeln teuersten Städten — eine Steigerung auf das 8—9fache. Nur in Hamburg, Frankfurt a. Main und Aachen erhebt sich das Preisniveau noch über das 10fache. In den letzten Monaten des Jahres 1920 ziehen dann, wie immer in dieser Jahreszeit, die Preise für Kartoffeln in allen Städten stark an. Sie

erheben sich in Frankfurt a. M. auf das 13fache, in Hamburg wird die Zahl noch etwas überschritten, und in Aachen erreicht sie sogar das 20fache des Friedensstandes. Dagegen halten sich in Stuttgart und München die Preise für Kartoffeln bemerkenswerterweise auf dem 6¼, bzw. 7fachen des Friedensstandes.

Die Preise für Rindfleisch stellen sich im Frieden auf ungefähr 1,70—1,80 M. je kg. Wesentlich höher sind sie nur in Dresden mit 1,94 M. Der Februar 1920 zeigt demgegenüber Preissteigerungen auf ungefähr das 4fache, in Köln und Frankfurt a. Main dagegen auf das 10fache. Preise über 5 und 6 M. je kg bilden die Regel. Berlin mit 7,60 M. wird von Frankfurt a. Main (13,50 M.), Aachen (13 M.) und Köln (17,20 M.) wesentlich übertroffen. Die in den nächsten Monaten folgenden Preissteigerungen sind recht verschieden. In den süddeutschen Städten sind starke Preissteigerungen im Mai bzw. Juni zu beobachten. Bis zum Juni halten sich Berlin, Hamburg und Hannover als einzige Städte noch auf derselben Höhe. In anderen Städten dagegen sind starke Erhöhungen, in Stuttgart sogar um 12 M. und in Breslau um 15 M. zu verzeichnen. Im Juli steigen auch die drei noch einigermaßen erträglich erscheinenden Rindfleischpreise in Berlin, Hamburg und Hannover, so daß in diesem Monat fast nirgend mehr Rindfleisch zum

amtlichen Preis unter 20 M. je kg verteilt wird. In den nächsten Monaten zeigt Berlin wieder eine kleine Erleichterung. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft stehen die Preise für Rindfleisch in München, Stuttgart, Königsberg mit 14—15 M. am niedrigsten. Ihm folgt Berlin mit beinahe 17 M. Alle übrigen Städte haben Preise von 20 M. und darüber. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die amtlichen Preise allein kein treffendes Bild von den Fleischpreisen geben können, weil die Zuteilungen an frischem Fleisch in dieser Zeit fast überall verhältnismäßig gering waren. Deswegen spielte auch das im Schleichhandel erworbene Fleisch eine große Rolle. Diese Schleichhandelspreise sind aber kaum vergleichbar mit den amtlichen Preisen. So tauchen beispielsweise in Berlin, Köln und Frankfurt a. Main in einigen Monaten Schleichhandelspreise von 30, 35, ja 40 M. je kg auf, während andererseits in Stuttgart und München für die gleiche Menge kaum die Hälfte im Schleichhandel zu zahlen war.

Im Oktober, dem ersten Monat des freien Handels mit Fleisch, stehen die Rindfleischpreise fast durchweg wesentlich über den amtlichen Preisen des Vormonats, sie zeigen aber nicht mehr die krassen Auswüchse der Schleichhandelsware. Berlin und Köln sind mit 30 M. je kg die teuersten Städte, Königsberg hat mit 20 M. die niedrigsten Rindfleischpreise in diesem Monat. Während sich

Kleinhandelspreise für Roggenbrot, Kartoffeln und Rindfleisch im Jahre 1920 und im Durchschnitt 1913/14 (für 1 kg in Pfennigen).

Lebensmittel Zeitpunkt der Erhebung	Berlin (alt. Stadtkrs.)	Hamburg	Köln	München	Dresden	Breslau	Frankfurt a. M.	Hannover	Stuttgart	Königsberg i. Pr.	Aachen	Karlsruhe
Einwohnerzahl (in Tausend)	1902,5	985,8	633,9	630,7	529,3	528,3	433,0	392,8	309,2	260,9	145,7	136,0
Roggenbrot												
1913/14	28	28	38	35	27	25	27	25	26	25	34	27
Februar 1920	118	105	105	120	110	114	117	124	125	114	120	117
Mai 1920	237	220	247	240	224	240	257	240	250	220	235	267
Juni 1920	237	220	247	240	250	240	260	240	250	220	235	267
September 1920	237	220	247	240	230	240	260	240	250	220	235	253
Oktober 1920	237	240	247	240	230	240	260	240	250	220	235	253
November 1920	237	240	247	240	230	240	260	240	250	220	235	253
Dezember 1920	237	240	253	240	230	240	267	240	250	220	235	253
Kartoffeln												
1913/14	9	9	10	14	9	8	8	9	13	12	9	8
Februar 1920	50	60	50	50	46	48	60	35	36	50	50	36
Mai 1920	80	90	80	66	100	100	80	60	58	76	70	80
Juni 1920	60	60	90	100	100	70	80	60	58	70	70	90
September 1920	70	90	80	80	80	70	84	80	80	60	80	70
*Oktober 1920	80	96	96	80	80	72	90	85	73	72	120	70
*November 1920	90	110	130	80	96	80	90	95	80	84	180	76
*Dezember 1920	100	120	110	100	100	84	104	110	80	96	180	92
Rindfleisch												
1913/14	174	147	173	167	194	172	136	176	183	177	180	189
Februar 1920	760	620	1720	600	.	604	1850	700	520	620	1300	560
Mai 1920	760	620	3000	1140	1770	604	2500	700	840	960	2900	1120
Juni 1920	760	820	2400	1140	.	2150	2500	700	1760	960	2300	1120
September 1920	1680	2000	2400	1440	2000	2150	2400	2160	1440	1530	2300	2200
*Oktober 1920	3000	2750	3000	2400	2800	2700	2400	2620	2400	2000	3000	2300
*November 1920	3085	2900	3000	2400	2400	2600	2400	2504	2200	2300	3200	2800
*Dezember 1920	3200	3000	3000	2400	2800	2600	2200	2776	2700	2600	3250	2500

* Freihandelspreise.

im letzten Monat des Jahres die Rindfleischpreise in Breslau, Frankfurt a. M. und Karlsruhe gegenüber den höchsten Preisen des Jahres bereits abgeschwächt hatten, haben sie in all den anderen Städten ihre steigende Tendenz noch nicht unter-

brochen und erreichen zum Jahresende ihren höchsten Stand. Den höchsten Preis verzeichnet jetzt Aachen mit 32,50 M. für 1 kg, demgegenüber München mit 24 M. und Frankfurt a. M. mit 22 M. recht weit zurückbleiben.

Die Lebenshaltungskosten im Ausland.

In vielen Ländern werden seit Beginn des Krieges Untersuchungen über die Entwicklung der Kosten für den Lebensunterhalt durchgeführt. Leider wird die Vergleichbarkeit der gewonnenen Ergebnisse dadurch erschwert, daß die Bearbeitungen nach verschiedenen Methoden erfolgen und daß der berechnete Lebenshaltungsindex in den einzelnen Ländern recht verschieden aufgebaut ist. Wenn im folgenden die deutschen Zahlen mit den Lebenshaltungsindexziffern der Vereinigten Staaten von Amerika, von England und von Frankreich verglichen werden sollen, müssen über die Grundlagen dieser Berechnungen einige kurze Erläuterungen gegeben werden.

Lebenshaltungsindexziffern.

Monat	Vereinigte Staaten von Amerika Lebensmittel	England			Frankreich		Deutsches Reich	
		Lebensmittel	Lebensmittel Heizung Beleuchtung Wohnung Bekleidung Verschiedenes	Lebensmittel Heizung Beleuchtung Wohnung Bekleidung Verschiedenes	Lebensmittel Heizung Beleuchtung Wohnung Bekleidung Verschiedenes	Lebensmittel Heizung Beleuchtung Wohnung	Lebensmittel Heizung Beleuchtung Wohnung	
Juli 1914	100	100	100	100	100 ¹⁾	100 ²⁾		
Jan. 1920	193	236	225	290	295	623		
Februar	196	235	230	297				
März	196	233	230	339	341	836		
April	207	235	232	358				
Mai	212	246	241	378	376	876		
Juni	215	255	250	369				
Juli	215	258	252	373	450 ²⁾	842		
August	.	262	255	373				
Septbr.	199	267	261	407	450 ²⁾	777		
Oktober	194	270	264	420				
Novbr.	.	291	276	426	450 ²⁾	827		
Dezbr.	175	292	269	424				
Jan. 1921	.	278	265	.		916		
						940		

¹⁾ I. Quartal 1914 = 100; ²⁾ Diese Zahl ist der „Labour Gazette“ entnommen; sie stellt den Index nur für Lebensmittel, Heizung und Beleuchtung dar. Für die drei ersten Quartale des Jahres 1920 lauten die entsprechenden Zahlen: 320, 379 und 388; ³⁾ 1913/14 = 100.

In den Vereinigten Staaten von Amerika¹⁾ wird ein sogenannter gewogener Durchschnitt berechnet, wobei die Erhebungen über 22 Lebensmittel in 45 Städten die Unterlagen bieten. Die Größe der dabei zu Grunde gelegten Familie wechselt in den ein-

¹⁾ Monthly Labor Review, Washington und Labour Gazette, London.

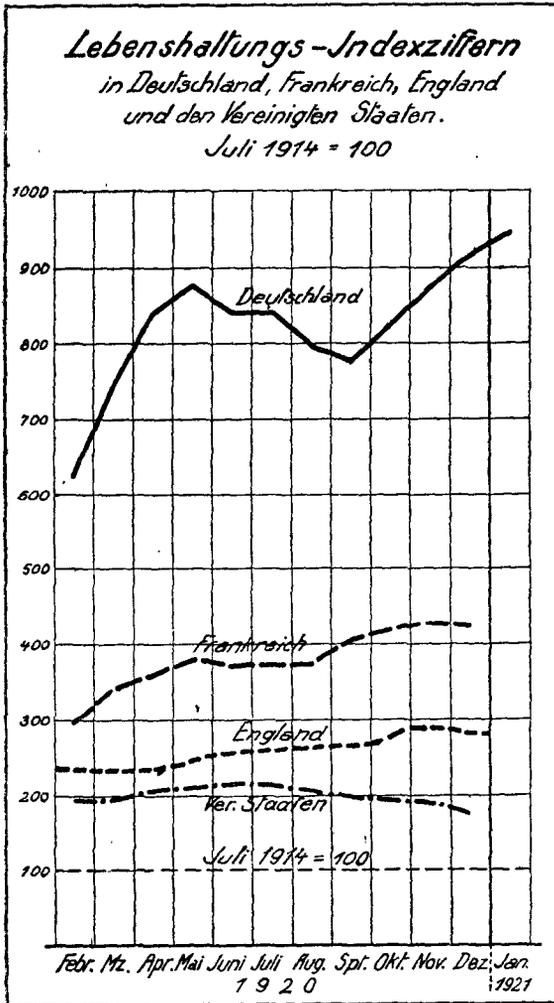
zelnen Städten je nach der in den betreffenden Orten für eine Familie berechneten durchschnittlichen Personenzahl. Die Lebensmittelpreise werden monatlich von Kleinhandels-Kaufleuten erfragt. Auch der in England²⁾ berechnete Lebenshaltungsindex stellt ein sogenanntes gewogenes Preismaß dar. In 630 größeren und kleineren Städten werden monatlich von über 5500 Kleinverkaufsgeschäften die Preise für 14 Lebensmittel erfragt. Aus diesen Angaben werden für jedes Lebensmittel Durchschnittspreise für ganz England festgestellt, von denen dann der jeweils erforderliche Kostenbetrag für eine Normalration berechnet wird. Die Größe dieser Normalration wurde auf Grund von Erhebungen im Jahre 1904 nach dem Verbrauch von 1944 städtischen Arbeiterfamilien bestimmt. In England wird außerdem noch ein zweiter Index berechnet, der neben den Aufwendungen für Lebensmittel auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung umfaßt. Die Unterlagen hierfür werden auf ähnliche Weise wie die für die Lebensmittel gewonnen. Das in Frankreich³⁾ berechnete gewogene Preismaß stützt sich auf monatliche Erhebungen über 13 verschiedene Lebensmittel in allen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern. Die Preise werden amtlich durch Vermittlung der Gemeindevorstände erhoben; die Lebensmittel-mengen wurden auf Grund des Jahresverbrauchs einer Arbeiterfamilie bestimmt. In gleicher Weise wird auch für Paris allein eine Indexziffer errechnet, deren Ergebnisse hier zum Vergleich herangezogen werden, da sie für jeden einzelnen Monat vorliegen. Für ganz Frankreich wurden nur Vierteljahrsergebnisse zusammengefaßt veröffentlicht, in die auch die Ausgaben für Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung und sonstige Lebensbedürfnisse einbezogen sind.

Ein Vergleich der Lebenshaltungsindexziffern Amerikas, Englands, Frankreichs und Deutsch-

²⁾ Labour Gazette, London.

³⁾ Bulletin du Ministère du Travail, Paris, und Labour Gazette, London.

lands macht den außerordentlichen Unterschied in der wirtschaftlichen Lage zwischen den einzelnen Ländern ganz besonders deutlich.



Während sich in Deutschland der Aufwand für die durchschnittliche Lebenshaltung auf das 9½-fache gesteigert hat, geht er in Amerika wenig über das Doppelte hinaus, erreicht in England nicht das Dreifache und steigt in Frankreich auf das 4¼, bzw. 4½fache. In diesen Ziffern zeigt sich die schwere Erschütterung des deutschen Wirtschaftskörpers durch die Ereignisse der letzten Jahre und besonders durch die Auswirkungen des unglücklichen Kriegsendes. Es erhellt aus diesen Zahlen, wie bedeutend stärker die wirtschaftlichen Kriegs- und Friedensfolgen in Deutschland die Lebenslage der Massen der Bevölkerung beeinflussen als in den anderen Ländern, denen

unser Volk abgabepflichtig ist. Selbst in Frankreich, dessen Volk und Land auch unmittelbar durch den Krieg gelitten haben, dessen Währungsverhältnisse auch durch eine immerhin nicht unbedeutliche Geldentwertung beeinflusst sind und dessen öffentliche Schuldenlast die finanzielle Lage erschwert, steigt die Verteuerung der Lebenshaltung am Ende des vergangenen Jahres nur auf das 4¼, bzw. 4½fache, während sie in Deutschland weit mehr als doppelt so stark wie dort gewachsen ist.

Im übrigen zeigen die Ergebnisse dieser Untersuchungen für das Jahr 1920, daß sich bei den auch durch den Krieg und die Geldentwertung beeinflussten Volkswirtschaften Amerikas und Englands doch schon durch die vielfach reinigende Wirtschaftskrise der letzten Monate eine Gesundung angebahnt hat, während in Deutschland die Lebenshaltungsindexziffern noch weiter in die Höhe gingen. Die seit Kriegsbeginn in allen Ländern fast ununterbrochen steigende Tendenz der Preisentwicklung ist jetzt abgelenkt: Amerika hatte bereits im Juli des vergangenen Jahres den Höhepunkt der Verteuerung der Lebenshaltungskosten erreicht, und in England zeigt sich seit der im November 1920 fast gestreift dreifachen Verteuerung (gegenüber dem Friedensstand) ein langsamer Abstieg. Dabei ist noch zu erwähnen, daß sich die englischen Berechnungen jeweils auf Preisermittlungen bei Beginn des Monats stützen, daß also in England die Abwärtsbewegung einen Monat früher einsetzte, als es nach obiger Zusammenstellung scheint.

Inwieweit Deutschland angesichts der gewiß recht weitreichenden Entwicklung auf den Weltwirtschaftsmärkten auf eine Erleichterung der Lebenslage der Massen seiner Bevölkerung rechnen kann, steht noch dahin. Es ist zweifelhaft, ob es gelingen wird, den jetzigen außerordentlich hohen Stand der Preise nachhaltig herabzudrücken oder doch weitere Steigerungen zu vermeiden, die das Signal zu neuen wirtschaftlichen Kämpfen, zu neuen Lohnsteigerungen, Gehaltserhöhungen und zu erneuter Papiergeldvermehrung wären. Deutschlands Wirtschaftslage wird mehr denn je von Kräften bestimmt, die außerhalb seiner Machtsphäre liegen. Bis auch dahin die harte Sprache ökonomisch bedingter Wirklichkeiten gedungen ist, kann möglicherweise noch längere Zeit vergehen. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes wird aber zu einem guten Teil davon abhängig sein.

Der internationale Preissturz.

Ein Beitrag zur Weltwirtschaftskrisis.

Die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft ist gekennzeichnet durch schreienden Widerspruch:

Gehäufte Vorräte und überfüllte Lager, die vergebens nach Absatz drängen. In den Seehäfen die infolge des Frachtenkrieges aufgelagerten Schiffe; und als Folge dieser Absatz- und Verkehrsstockung Produktionsbeschränkungen überall. Öfen werden ausgeblasen, Werkstätten geschlossen, Betriebe eingestellt. Wachsende Zahl der Zusammenbrüche und Lahmlegung ganzer Industriezweige. Lohnreduktionen und Arbeiterentlassungen, Arbeitslosigkeit und Arbeiterbewegungen. Damit aber sinkende Kaufkraft, eine weitere Einengung der Absatzmöglichkeiten für die mit Waren vollgepfropften Märkte: und der Kreislauf der sich treibenden Ursachen beginnt von neuem, jedesmal den Krisenmechanismus in seinen Auswirkungen außerordentlich verschärfend. So gestaltet sich in Stichworten etwa die wirtschaftliche Lage der erstarkten Volkswirtschaften der Ententestaaten und der neutralen Länder.

Demgegenüber der äußerste Bedarf an Rohstoffen und Waren jeglicher Art der 300 Millionen darbenenden Verbraucher der verarmten Volkswirtschaften Mittel- und Ost-Europas.

Sich häufender Überfluß und äußerster Mangel. Anstatt alle Produktivkräfte der Weltwirtschaft für die Warenerzeugung und Verteilung zur Behebung des Mangels dauernd einzuspannen, ruhende Werkstätten und feiernde Arbeiter.

Die Ursachen dieses widerspruchsvollen Zustandes der Weltwirtschaft werden durch die Übersicht über die internationale Preisbewegung im Jahre 1920 (S. 81) sowie durch die graphische Darstellung der Preissteigerung im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1920 gegenüber der Friedenszeit (S. 80) beleuchtet.

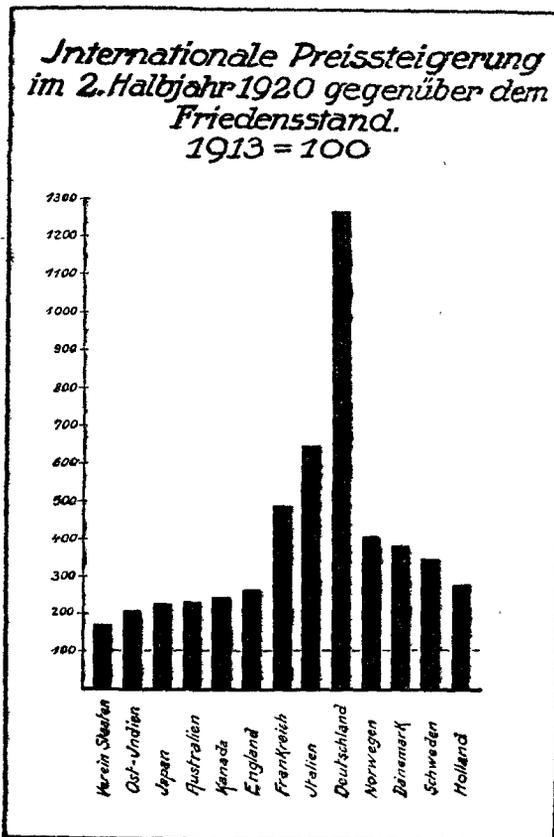
Demnach setzte die Preissenkung in den produktionskräftigsten Ländern, den Vereinigten Staaten, England und Japan, bereits im Frühjahr, und zwar zunächst zögernd ein, um gegen Jahresende in einen raschen Preissturz überzugehen. Die neutralen nordischen Länder und Holland bleiben zunächst von dieser Bewegung unberührt. Ihr Preisspiegel steigt noch bis über die Mitte des Jahres hinaus und wird erst im letzten Jahresviertel von dem allgemeinen weltwirtschaftlichen Preissturz mitgerissen. Ähnlich ist die Bewegung in Frankreich. Die Preis-

lage der deutschen Volkswirtschaft bewegt sich demgegenüber mit der Verschlechterung des Marktkurses unentwegt bis November aufwärts, fast wieder den Rekord von Februar und März 1920 erreichend. Erst im Dezember, als die ausländischen Wechselkurse sinken, senkt sich mit ihnen der deutsche Preisspiegel, eine Bewegung, die auch im ersten Monat des neuen Jahres (1260) angehalten hat. Die deutsche Preissenkung, die auch von der Indexziffer der „Frankfurter Zeitung“ (Anfang Januar: 1613) nachgewiesen wird und nach dieser auf den 5. Februar datierten Ziffer (1462) auch noch Anfang Februar angehalten hat, vollzieht sich unter dem Drucke des weltwirtschaftlichen Preissturzes, der von dem Rückgange der ausländischen Wechselkurse begleitet ist. Wie die deutsche Preisbewegung zum Spielball der internationalen Valutakonstellationen geworden ist, so gibt sie auch hier der Gesamtbewegung nach.

So weit die Tatsachen des weltwirtschaftlichen Preissturzes; sie reichen aber zur Beurteilung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage noch nicht aus. Notwendig ist noch der Vergleich des gegenwärtigen Preisstandes mit dem der Friedenszeit, der in dem umstehenden Schaubilde dargestellt ist. Dabei ergeben sich folgende Gruppen von Volkswirtschaften: zunächst wieder die gegenwärtig führenden Industrieländer, die Vereinigten Staaten mit einer nur 1,7fachen Preissteigerung; dann Japan (2,3fach), dem Ost-Indien (2,1fach) und Australien (2,3fach) nahe stehen, England (2,7fach) und Kanada (2,5fach). Die zweite Gruppe der kriegsbeteiligten Volkswirtschaften bilden Frankreich (4,9fach) und Italien (6,5fach). Auch die neutralen Volkswirtschaften von Holland (2,8fach), Schweden (3,4fach), Dänemark (3,8fach) und Norwegen (4,1fach) haben sich der noch in der Weltkriegswirtschaft begründeten allgemeinen Inflation nicht entziehen können. Weit abseits von der Gesamtbewegung steht der Preisspiegel der deutschen Volkswirtschaft; und zwar weist die Indexziffer des Statistischen Reichsamts einen nahezu 13fachen, die Ziffer der „Frankfurter Zeitung“ einen 16fachen Teuerungsgrad gegenüber der Friedenszeit aus.

Mit diesen Vergleichen soll nur eine rohe Gruppierung der Volkswirtschaften gegeben sein. Da die Ziffern jeweils nach verschiedenen Methoden gebildet sind, ist ein zahlenmäßiger Vergleich von Land zu Land unmöglich. Ferner

drückt aber ein durch gleiche Indexziffern angezeigter gleicher Teuerungsgrad gegenüber der Friedenszeit noch keineswegs gleichartige wirtschaftliche Verhältnisse aus, da die Ziffern Verschiebungen in der Produktion und im Verbrauch einer Volkswirtschaft naturgemäß nicht wiederzugeben vermögen. Unter diesen Vorbehalten vermag jedoch die Zusammenstellung immerhin die großen Züge der Preisbewegung und insbesondere der Preissteigerung gegenüber der Friedenszeit zu beleuchten und gewisse Anhaltspunkte für den jeweiligen Grad der Geldentwertung in den verschiedenen Volkswirtschaften zu liefern.



Die deutsche Ziffer steht hier als der Repräsentant Mittel- und Ost-Europas und bietet, obwohl sie die völlig zerrütteten Wirtschaftsverhältnisse dieser Gebiete nur symptomatisch anzudeuten vermag, den Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft. Bei dem dargelegten Widerspruch der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage handelt es sich nicht um das friedenswirtschaftliche Problem periodisch eintretender, als Überproduktionen charakterisierter Wirtschaftskrisen. Die Ursache der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis ist vielmehr der tiefgehende mechanische Eingriff in das

europäische Wirtschaftsleben durch das Diktat der Friedensbedingungen, das, anstelle der organischen Entwicklung, durch Dekret mit den politischen auch die wirtschaftlichen Verhältnisse Mittel- und Ost-Europas völlig umgestaltete, das den zusammengebrochenen mitteleuropäischen Volkswirtschaften unmöglich machte, sich aus der wirtschaftlichen Vernichtung wieder aufzurichten, das andererseits wirtschaftliche Neugebilde schuf, die zu einer ökonomischen Lebensbetätigung im Rahmen der Weltwirtschaft noch nicht gelangt sind. Diese Zustände drücken sich aus in dem Tiefstande der Währungen dieser Länder, der den hohen Grad ihrer Verarmung anzeigt. 300 Millionen Verbraucher Mittel- und Ost-Europas erheben sich in ihrer Bedürfnisbefriedigung kaum über die Deckung des physischen Mindestbedarfs, und doch gestattet ihre Verarmung ihnen nicht, sich die auf dem Weltmarkte sich häufenden Warenvorräte zur Bedarfsdeckung zu eignen zu machen. An der gewaltigen Unterkonsumtion der mittel- und osteuropäischen Völker bricht die wiederaufgenommene Produktion der Weltwirtschaft zusammen. Die Unterkonsumtion Mittel- und Ost-Europas ist das Wesen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrisis. Die politischen Dekrete von Paris wurden ohne Rücksicht auf die Gesetzmäßigkeit wirtschaftlichen Geschehens getroffen, das sich souverän über die Diktate dieser Politik hinwegsetzt und sie unerbittlich ad absurdum führt.

Und die Folge dieser Gestaltung der weltwirtschaftlichen Lage? Die Wirtschaftskrisis ist ein Vorgang, in dem sich krankhafte Zustände des Wirtschaftskörpers ausheilen. Das krankhafte Gebilde im Organismus der Weltwirtschaft ist aber die Unterkonsumtion Mittel- und Ost-Europas. Solange die verschiedenen Friedensverträge unrevidiert bleiben, ist eine Heilung aus der gegenwärtigen Krisis nur möglich durch eine gewaltige und dauernde Rückbildung der weltwirtschaftlichen Produktion auf allen Gebieten, weil die Gesamterzeugung der Weltwirtschaft auf den durch die dauernde Unterkonsumtion Mittel- und Ost-Europas herabgesetzten weltwirtschaftlichen Bedarf sich einstellen muß. Ein anderer Weg zur Lösung der Weltwirtschaftskrisis wäre unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ausgeschlossen. Und die Folgen dieser gewaltigen Rückbildung treffen, außer den unermesslichen Verlusten an Kapital, in erster Linie die ausländische Arbeiterschaft; von dieser würde ein großer Teil mit der Rückbildung der weltwirtschaftlichen Produktion aus dem Produktionsprozeß ausscheiden und einer dauernden Arbeitslosigkeit preisgegeben werden.

P. Bramstedt.

(Hierzu die Tabelle auf Seite 81.)

Indexziffern von Warenpreisen im Großhandel im Jahre 1920

	1913	1919	1920											2. Halb. 1920 (Durchschnitt)		
			Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		Dez.	
Deutschland																
Statist. Reichsamt . . .	100	412	1038	1413	1456	1252	1203	1086	1176	1166	1225	1308	1373 ³⁾	1319	1261	
Frankfurter Zeitung ¹⁾ .	100	.	1075	1409	1602	1559	1688	1452	1495	1538	1570	1591	1656	1667	1586	
Ver. Staat. von Amerika																
Bradstreet	100	203	227	226	225	225	216	210	204	195	184	170	148	138	173	
Board of Labor	100	.	248	249	253	265	272	269	262	250	242	225	207	.	237	
Federal Res. Board . . .	100	.	242	242	248	263	264	258	250	234	226	.	.	.	237	
England																
Economist	100	235	289	303	310	306	305	291	293	288	284	266	245	220	266	
Statist.	100	242	288	306	308	313	306	301	300	298	292	282	263	244	280	
Times	100	.	313	325	329	329	323	307	306	299	295	290	258	240	281	
Board of Trade	100	.	306	316	322	321	319	338	347	326	331	324	.	.	332	
Frankreich																
Statistique Générale . .	100	356	487	522	555	588	553	493	496	501	526	503	460	434	487	
Italien																
Bacchi	100	356	504	556	619	679	659	615	613	632	661	669	658	635	645	
Holland																
Centr.-Bureau for Statistiek	100	304	294	290	291	297	298	298	302	290	289	284	261	234	277	
Dänemark																
Finanstidende	100 ²⁾	316	340	383	385	394	398	403	374	341	383	
Schweden																
Svensk Handelstidning	100 ²⁾	330	319	342	354	354	361	366	363	365	362	346	331	299	344	
Norwegen																
Ök. Revue	100 ⁴⁾	.	333	342	351	354	368	332	409	417	425	419	403	377	408	
Farmand	100	411	422	426	433	424	409	370	414	
Kanada																
Dept. of Labor	100	.	248	253	258	261	263	258	256	244	241	.	.	.	247	
Japan																
Bank of Japan	100	240	301	314	322	300	248	255	240	235	231	226	221	206	227	
Ostindien																
Dept. of Statist.	100 ⁵⁾	.	218	209	198	200	210	206	209	209	208	.	.	.	209	
Australien																
Common. Bureau of Census and Stat.	100 ⁶⁾	.	203	206	209	217	225	233	234	236	230	.	.	.	233	

¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Übersicht im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“, erstes Morgenblatt, 6. Februar 1921. Die Ziffern beziehen sich jeweils auf den Anfang des Berichtsmonats. — ²⁾ Juni 1912—Juni 1914 = 100. — ³⁾ Juni 1913—Juni 1914 = 100. — ⁴⁾ Januar—Juni 1914 = 100. — ⁵⁾ Juli 1914 = 100. — ⁶⁾ Berichtigte Ziffer.

λ Lohnsteigerung 1913 bis 1920.

Der Mangel einer zuverlässigen Lohnstatistik aus der Friedenszeit erschwert in hohem Maße die Beantwortung der Frage, wie stark die Löhne von 1913 bis 1920 gestiegen sind. Sie hat aber eine so große Bedeutung, daß schon der Versuch ihrer Klärung willkommen sein dürfte.

Die fortlaufend geführte Statistik der Deutschen Bergarbeiterlöhne ergibt die umstehende Übersicht.

Hiernach sind im Steinkohlenbergbau die durchschnittlichen Schichtlöhne von 1913 bis zum dritten Vierteljahr 1920 bei den unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeitern auf das 9½fache, bei den sonstigen unterirdisch und in Tage-

bauen beschäftigten Bergarbeitern auf das 9¼fache und bei den über Tage beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeitern auf das 10fache gestiegen. Bezeichnet man diese drei Arbeitergruppen, die rund neun Zehntel der Gesamtbelegschaft ausmachen, mit den Schlagworten gelernt, angelernt und ungelern, so ergibt sich als Regel, daß die Lohnsteigerung bei den gelernten Arbeitern verhältnismäßig am geringsten ist. Bei den weiblichen Arbeitern beträgt die Verhältniszahl (Lohnindex) im dritten Vierteljahr 1920 in Oberschlesien 1447 und in Niederschlesien sogar 1550. Bei den einzelnen Bergbaugebieten tritt ein scharfer Gegensatz zwischen Ost und West hervor: in Schlesien ist die Lohn-

Lohnsteigerung im Stein- und Braunkohlen-Bergbau.

Art und Gebiet des Bergbaus (O. B. = Ober- bergamtsbezirk)	Unterrirdisch und in Tagebauen beschäftigte eigentliche Bergarbeiter			Sonstige unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte Bergarbeiter			Über Tage beschäf- tigte erwachsene männliche Arbeiter		
	Durchschn. Schichtlohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (= 100)	Durchschn. Schichtlohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (= 100)	Durchschn. Schichtlohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (= 100)
	Jahr 1913	3. Vier- tel 1920		Jahr 1913	3. Vier- tel 1920		Jahr 1913	3. Vier- tel 1920	
	M	M	M	M	M	M			
I. Steinkohlenbergbau									
Oberschlesien	4,85	49,02	1011	3,50	38,78	1108	3,19	36,35	1139
Niederschlesien	3,84	45,97	1197	3,41	43,64	1280	3,09	41,33	1338
O. B. Dortmund	6,47	55,38	856	4,54	42,68	940	4,34	41,14	948
Aachen	5,62	49,50	881	4,33	37,60	868	4,07	37,60	924
Linksrheinisch-Geb.	6,33	58,08	918	5,21	42,01	806	4,37	39,70	908
Bayern	4,82	39,23	814	3,88	31,96	834	3,52	31,30	889
Durchschnitt I	5,32	49,53	931	4,14	39,45	953	3,76	37,90	1008
II. Braunkohlenbergbau									
O. B. Halle	4,22	41,54	984	3,58	39,28	1097	3,47	39,05	1125
Linksrheinisch-Geb.	4,78	53,37	1117	4,37	48,82	1117	3,97	53,41	1345
Thüringen	4,60	50,95	1108	3,87	39,96	1033	3,74	39,75	1063
Durchschnitt II	4,53	48,62	1073	3,94	42,69	1084	3,73	44,07	1182
Gesamtdurchschnitt	4,83	49,08	996	4,04	41,07	1017	3,75	40,99	1093

steigerung stärker, in den westlichen Bergbaugebieten schwächer als der Durchschnitt. Das hängt vor allem mit der starken Verkürzung der Arbeitszeit im Osten zusammen. In Oberschlesien hatten 1913 noch 70 v. H. der Belegschaft eine Schichtdauer bis zu 10 Stunden und weitere 8 v. H. eine solche bis zu 11 Stunden, während im Ruhrgebiet die Achtstundenschicht fast ausschließlich vorherrschte (98 v. H.) und höchstens kürzere Schichtzeiten vorkamen. Im Braunkohlenbergbau, der vorwiegend in Tagebauen betrieben wird und daher mehr an- und ungelernete Arbeitskräfte beschäftigt, sind die Lohnsteigerungen durchweg höher als beim Steinkohlenbergbau. Im Vergleich zur Friedenszeit wurden im dritten Vierteljahr 1920 die 10% bis 11%fachen Löhne gezahlt. Im Stein- und Braunkohlenbergbau zusammen haben die eigentlichen gelernten Bergarbeiter eine Lohnsteigerung auf 996, die ungelernen auf 1017 und die ungelernen auf 1093 erreicht. Der durchschnittliche Lohnindex gleicht demnach 1035. Im dritten Vierteljahr 1920 wurden mit anderen Worten im Vergleich zu 1913 die 10%fachen Löhne gezahlt.

Die Entwicklung der Teuerungszahlen in den für den Bergbau wichtigen Gemeinden verstärkt den Eindruck einer besonders scharfen Lohnsteigerung. Die Lage der Bergarbeiter erscheint günstig, doch müssen wegen verschiedener methodischer Mängel der Statistik gewisse Vorbehalte gemacht werden. So lange die Durchschnittslöhne nur mittels Teilung der gezahlten Lohnsumme durch die Zahl der sogenannten Normalschichten oder Vollarbeiter gewonnen werden, können sich immer mehr oder weniger große Abweichungen von der Wirklichkeit ergeben. Erst die vom Reich allgemein angewandte Individuallohnstatistik wird über die tatsächlichen Durchschnittsverdienste der wichtigsten Berufsarten des Bergbaus genauere Aufschlüsse bringen.

Die erste Reichslohnerhebung vom Februar 1920, bei der leider der Bergbau nicht mit erfaßt worden ist, hat den tatsächlichen Lohn jedes einzelnen Arbeiters ermittelt. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Ausfüllung der Fragekarte wurde vom Arbeiter selbst bestätigt. Aus diesen Einzelangaben konnten tatsächliche Durchschnittslöhne für jede typische Berufsart und jeden Erhebungsort berechnet werden. Die Ergebnisse sind auch für die Frage der Lohnsteigerung von größter Bedeutung, da für die wichtigsten Gewerbegruppen Individuallohnerhebungen der Gewerkschaften oder wenigstens Stundenlohnzusammenstellungen der Arbeitgeberverbände aus dem letzten Friedensjahr vorliegen. In der Eisen- und Metallindustrie führt der Vergleich der Friedenslöhne und der Februarlöhne 1920 für je eine gelernte, angelehrte und ungelernete Berufsart unter Beschränkung auf den Zeitlohn zu folgendem Ergebnis:

Lohnsteigerung in der Eisen- und Metallindustrie.

Orte (nach der Zahl der Einwohner geordnet)	Schlosser			Maschinenarbeiter			Hilfsarbeiter		
	Durchschn. Stunden- lohn		Lohn- steige- rung 1914 bis 20 (1914 = 100)	Durchschn. Stunden- lohn		Lohn- steige- rung 1914 bis 20 (1914 = 100)	Durchschn. Stunden- lohn		Lohn- steige- rung 1914 bis 20 (1914 = 100)
	Juli 1914	Febr. 1920		Juli 1914	Febr. 1920		Juli 1914	Febr. 1920	
Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.				
Berlin . . .	75	361	481	57	328	575	52	312	600
Hamburg . . .	80	337	421	50	320	640	45	302	671
Köln . . .	66	385	583	50	365	730	45	337	749
München . . .	60	363	605	45	344	764	35	312	891
Dresden . . .	55	366	665	50	312	624	30	303	1010
Breslau . . .	55	269	489	50	251	502	35	242	691
Essen . . .	67	378	564	60	380	633	45	342	760
Frankfurt a.M.	71	364	513	56	335	598	40	314	785
Düsseldorf . . .	68	408	600	63	374	594	35	358	1023
Nürnberg . . .	50	391	782	40	374	935	33	349	1058
Hannover . . .	65	317	488	60	305	508	30	309	1030
Stuttgart . . .	57	399	700	53	351	662	42	324	771
Chemnitz . . .	60	331	552	50	313	626	30	322	1073
Magdeburg . . .	55	294	535	46	275	598	39	266	682
Stettin . . .	56	337	602	50	356	712	38	314	826
Mannheim . . .	65	450	692	55	392	713	45	398	873
Kiel . . .	66	352	533	56	325	580	46	318	691
Halle . . .	65	253	389	50	251	502	40	208	520
Cassel . . .	65	349	537	60	316	527	40	319	798
Hagen i. W. . .	52	338	650	35	304	869	30	295	983
Durchschnitt . . .	63	352	559	52	329	633	39	312	800

Im Durchschnitt der 20 Städte ergibt sich bei den Schlossern (gelernt) ein Lohnindex von 559, bei den Maschinenarbeitern (angelernt) ein solcher von 633 und bei den Hilfsarbeitern (ungelernt) ein solcher von 800. Demnach bestätigt sich auch hier die Regel, daß die Löhne der ungelerten Arbeitskräfte weitaus am stärksten gestiegen sind. Dagegen bleibt der durchschnittliche Lohnindex der Eisen- und Metallindustrie von 664 im ganzen erheblich hinter demjenigen des Bergbaus zurück. Der Lebenshaltungsindex für 39 Städte ist im Januarheft von „Wirtschaft und Statistik“, S. 24, für den Februar 1920 auf 623 berechnet worden. Hiernach würde die Lohnsteigerung der Schlosser hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurückbleiben, während sie bei den Maschinen- und Hilfsarbeitern über diese hinausgeht. Trotzdem übersteigt, im Gegensatz zu den Hilfsarbeitern, der durchschnittliche Arbeitsverdienst der Schlosser in der Mehrzahl der Fälle die Teuerungszahl des Erhebungsortes, weil sie als gelernte Berufsart schon zur Friedenszeit erheblich besser gestellt waren, als ihre angelernten und ungelerten Kollegen.

In der deutschen Textilindustrie haben sich die durchschnittlichen Stundenlöhne (Stücklöhne) von 1913 bis 1920 wie folgt entwickelt:

Lohnsteigerung in der Textilindustrie.

Orte (nach der Zahl der Einwohner geordnet)	Spinner			Weber			Weberinnen		
	Durchschnittlicher Stundenlohn im		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)	Durch- schnittlicher Stundenlohn im		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)	Durch- schnittlicher Stundenlohn im		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)
	1. Vier- tel 1913 Pt.	Fe- bruar 1920 Pt.		1. Vier- tel 1913 Pt.	Fe- bruar 1920 Pt.		1. Vier- tel 1913 Pt.	Fe- bruar 1920 Pt.	
Berlin . . .	54	391	724	58	439	757	29	295	1017
Leipzig . . .	52	345	663	56	273	488	24	224	933
Hannover . .	—	—	—	43	200	465	27	177	656
Stuttgart . .	—	—	—	39	414	1062	28	264	943
Chemnitz . .	45	355	789	51	381	747	26	236	908
Bremen . . .	41	*)223	544	45	*)198	440	—	—	—
Cassel . . .	47	*)314	668	38	349	918	30	225	750
Barmen . . .	—	—	—	52	433	833	—	—	—
Augsburg . .	42	335	798	41	370	902	32	310	969
Crefeld . . .	—	—	—	42	391	931	34	237	697
Plauen i V. .	—	—	—	52	357	687	33	319	967
Görlitz . . .	—	*)400	—	45	225	500	22	158	718
Bielefeld . .	52	*)365	702	40	315	787	35	235	671
Gera	—	—	—	41	318	776	29	271	934
Cottbus . . .	—	*)332	—	39	338	867	31	294	948
Hof	40	*)306	765	30	312	1040	29	292	1007
Guben	29	215	741	29	334	1152	26	325	1250
Forst	41	380	927	39	382	979	32	352	1100
Crimmit- schau	43	*)326	758	39	313	803	30	293	977
Meerane . . .	—	—	—	33	284	861	23	273	1187
Göppingen . .	—	*)332	—	42	353	840	27	263	974
Langen- bielau	—	303	—	27	260	963	20	226	1130
Reichen- bach i. Schl.	35	251	717	28	248	886	20	226	1130
Lörrach . . .	39	272	697	35	288	823	31	248	800
Durch- schnitt	43	314	730	41	324	790	28	261	932

*) Zeitlohn.

Bei den Spinnern beträgt die durchschnittliche Lohnsteigerung 730, bei den Webern 790 und bei den Weberinnen 932 v. H. Auch hier wieder die Bestätigung, daß die Löhne der weiblichen Arbeitskräfte sich wesentlich stärker erhöht haben als die Löhne der männlichen. Der durchschnittliche Lohnindex für die 3 genannten Berufsarten beträgt 817, ist also höher als in der Metallindustrie. Das ist ohne weiteres erklärlich. Die Arbeitszeiten und die Löhne waren auch zur Friedenszeit in der Textilindustrie besonders bei der hier stark vertretenen Frauenarbeit nicht günstig. Die allgemeine Einführung des Achtstundenarbeitstages und die starke Welle der Lohnsteigerungen mußte bei den schlechtestentlohten Arbeitskräften besonders stark zum Ausdruck kommen. Auch gegenüber der Steigerung der Lebenshaltungskosten (Index 623) ist die Lohnsteigerung in der Textilindustrie von 1913 bis Februar 1920 (Index 817) sehr bedeutend. Trotzdem bleiben die Durchschnittslöhne an sich in dieser Gewerbegruppe besonders häufig hinter den Teuerungszahlen der Erhebungsorte zurück.

Lohnsteigerung im Baugewerbe.

Orte (nach der Zahl der Einwohner geordnet)	Maurer			Zimmerer			Bauhilfs- arbeiter		
	Durchschnittlicher Stunden- lohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)	Durch- schnittlicher Stunden- lohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)	Durch- schnittlicher Stunden- lohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)
	März 1913 Pt.	Febr. 1920 Pt.		März 1913 Pt.	Febr. 1920 Pt.		März 1913 Pt.	Febr. 1920 Pt.	
Berlin . . .	80	398	497	80	402	503	55	368	669
Hamburg . .	85	422	496	85	434	510	65	408	628
Köln	66	396	600	71	396	557	56	369	659
München . .	67	326	486	67	308	460	55	278	496
Leipzig . . .	72	343	476	72	341	474	57	302	530
Dresden . .	67	340	507	67	353	527	56	318	568
Breslau . . .	60	335	558	60	352	537	45	260	578
Essen	61	381	625	61	390	659	51	343	673
Frankf. a. M.	63	364	578	63	365	580	53	355	670
Düsseldorf	66	404	612	66	425	644	56	373	666
Nürnberg . .	63	338	537	63	283	449	51	304	596
Hannover . .	69	324	470	69	336	487	57	284	498
Stuttgart . .	62	341	550	62	329	531	48	289	602
Chemnitz . .	58	358	617	58	355	612	48	342	713
Dortmund . .	61	386	633	61	384	630	51	350	686
Magdeburg .	60	344	573	60	359	598	47	272	579
Königsberg .	61	385	631	60	311	518	44	262	595
Mannheim . .	62	373	602	68	387	569	47	353	751
Erfurt	60	327	545	59	329	558	50	316	632
Kattowitz . .	60	308	513	60	308	513	39	242	621
Durchschnitt	65	360	554	66	357	541	52	319	613

Für das Baugewerbe ergibt sich folgende Entwicklung: Von 1913 bis Februar 1920 sind die durchschnittlichen Stundenlöhne der Maurer auf das 5½fache, der Zimmerer auf das 5fache und der Bauhilfsarbeiter auf das 6½fache gestiegen. Der durchschnittliche Lohnindex beträgt 569. Er ist wohl hauptsächlich wegen des Daniederliegens des Baugewerbes geringer als bei den übrigen Gewerbegruppen.

Erfreulicherweise liegen einige Anzeichen dafür vor, daß der Wettlauf zwischen den Preisen und den Löhnen nicht unbeschränkt weitergehen wird. Sinken die Preise, so kann auch der Nennwert der Löhne ohne jede Schädigung der Arbeiter herabgesetzt werden. Letzten Endes kommt es auch für den Arbeiter nicht darauf an, möglichst viel Papiermark zu erhalten. Er muß

nur imstande sein, mit den erhaltenen Geldzeichen seinen und seiner Familie Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Einsicht beginnt sich immer mehr zu verbreiten, daß die Pfenniglöhne der Vorkriegszeit mehr wert waren, als die Marklöhne der Neuzeit, für die man nicht mehr, sondern weniger kaufen kann.

A. Agthe.

Lohnsteigerungen in England in den ersten neun Monaten des Jahres 1920. Die Londoner „Labour Gazette“ vom Oktober 1920 bringt eine Zusammenstellung der Lohnsteigerungen, die die Arbeiter der einzelnen Gewerbegruppen vom Januar bis einschließlich September 1920 erreicht haben. In der Übersicht ist neben jeder Gewerbegruppe die Anzahl der beteiligten Arbeiter und der Gesamtbetrag der von ihnen erzielten wöchentlichen Lohnsteigerung angegeben.

Gewerbegruppe	Anzahl der beteiligten Arbeiter	Erhöhung des Wochenlohns in £
Baugewerbe	383 000	332 700
Kohlenbergwerke	1 181 000	721 200
Sonstige Bergwerke u. Steinbrüche	62 000	47 700
Eisen- und Stahlgießerei und -verarbeitung	211 000	179 000
Maschinen- und Schiffbau	1 201 000	426 200
Sonstige Metallindustrie	394 000	183 700
Textilindustrie	1 052 000	578 000
Bekleidungsindustrie	621 000	192 700
Transport (ausschl. Straßenbahnen)	882 000	513 300
Druckereien, Papierindustrie u. dgl.	171 000	87 500
Holzverarbeitungsindustrie	82 000	50 500
Chemische, Glas-, Ziegel- und keramische Industrie	226 000	80 800
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	287 000	106 800
Verschiedene Gewerbe	176 000	62 200
Gewerbe von öffentl. Interesse	287 000	114 800
Summe:	7 216 000	3 681 600

Aus der Übersicht ist zu entnehmen, daß vor allem die Löhne der Bauarbeiter gestiegen sind, (durchschnittlich etwa um 1 £ für die Woche). Auf weniger als durchschnittlich $\frac{1}{2}$ £ berechnet sich die Erhöhung der Wochenlöhne für die Arbeiter in der Gemeindeverwaltung, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und vor allem in der Bekleidungsindustrie.

Frauenarbeit in Minnesota im Jahre 1918/19. Eine Erhebung über Löhne und Lebenshaltung von 51 361 weiblichen Arbeitskräften (17 810 in Fabrik-

betrieben, 13 608 kaufmännisch Tätigen, 3 167 im Telephon- und Telegraphendienst, 6 248 Hausangestellten und 10 528 in sonstigen Gewerbegruppen) wurde im Jahr 1918/19 in Minnesota durchgeführt. Dabei wurden folgende Lohngruppen unterschieden:

Unter 10 Doll. je Woche: unter dem physischen Mindestbedarf,
 10—14 Doll. „ „ physischer Mindestbedarf,
 15—19 „ „ normaler physischer Bedarf,
 20 Doll. u. mehr „ „ normale Lebenshaltung.

Die nachfolgende Übersicht gibt die Verteilung der 51 361 Beschäftigten über diese Lohngruppen wieder:

Wochenlohn	Gesamtzahl	Fabrikbetriebe	Kaufmännisch Tätige	Telef.- u. Telegr.- Dienst	Hausangestellte	Alle anderen Industrien
Doll. 3— 9	17 459 <i>33,99 v.H.</i>	6 218 <i>35,6</i>	4 814 <i>27,5</i>	1 259 <i>7,2</i>	3 921 <i>22,5</i>	1 247 <i>7,2</i>
„ 10—14	19 244 <i>37,47 v.H.</i>	7 592 <i>39,5</i>	5 393 <i>28,0</i>	1 586 <i>8,2</i>	1 460 <i>7,6</i>	3 213 <i>16,7</i>
„ 15—19	9 100 <i>17,72 v.H.</i>	2 893 <i>31,8</i>	2 251 <i>24,7</i>	281 <i>2,6</i>	420 <i>4,6</i>	3 305 <i>36,3</i>
„ 20—25	3 675 <i>7,15 v.H.</i>	648 <i>17,6</i>	731 <i>19,9</i>	50 <i>1,4</i>	201 <i>5,5</i>	2 045 <i>55,6</i>
Über 25 Doll.	698 <i>1,36 v.H.</i>	109 <i>15,6</i>	107 <i>15,4</i>	5 <i>0,7</i>	56 <i>8,0</i>	421 <i>60,3</i>
Ohne Barlohn	1 185 <i>2,31 v.H.</i>	350 <i>29,5</i>	312 <i>26,3</i>	36 <i>3,2</i>	190 <i>16,0</i>	297 <i>25,0</i>
Summe:	51 361	17 810	13 608	3 167	6 248	10 528

Danach erhalten 17 459 Beschäftigte oder 33,99 v. H. — d. h. mehr als ein Drittel aller Beschäftigten — einen Wochenlohn unter dem physischen Mindestbedarf. Der größte Teil von diesen fällt auf die Fabrikarbeiterinnen; erst in weitem Abstände folgen die kaufmännisch Tätigen und die Hausangestellten. Einen Wochenlohn, der dem physischen Mindestbedarf gleichkommt, erhalten 19 244 oder 37,47 v. H. der Beschäftigten. Bei 71,46 v. H. oder fast $\frac{3}{4}$ der in die Erhebung einbezogenen weiblichen Arbeitskräfte ist der Lohn nicht höher als der für die Erhebung angenommene physische Mindestbedarf. Löhne, die für eine normale Lebenshaltung ausreichen, erhalten nur 4373 oder 8,51 v. H. der in diese Erhebung einbezogenen weiblichen Erwerbstätigen.

Von den 110 Milliarden Gesamtausgaben des Reichs für 1920¹⁾ entfallen nicht weniger als 95 Milliarden auf unmittelbare oder mittelbare Aufwendungen infolge des Krieges! Allein 42,5 Milliarden, das sind fast 40 v. H. der Gesamtausgaben, sind für Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrages vorgesehen.

In vorstehendem Bild ist dieses Ergebnis veranschaulicht. Der schwarze Kreisteil stellt die Summe dar, die zur Erfüllung des Friedensvertrages bereitgestellt werden mußte; der graue Kreisteil umfaßt die Summen, die für lebensnotwendige Bedürfnisse als mittelbare Folgen des Waffenstillstands- und Friedensvertrages zur Verfügung zu stellen waren; der kleine weiße Kreisteil enthält alle übrigen Ausgaben des Reichs, darunter sämtliche eigentlichen Verwaltungsausgaben, die Besoldungen der Beamten, die Gehälter der Angestellten usw. Von dem schwarzen Teil, der ungefähr $\frac{2}{3}$ der Gesamtfläche ausmacht, entfällt allein $\frac{1}{3}$ auf Ausgaben, die bei Aufstellung des Haushaltsplans für die Unterhaltung der Besatzungstruppen in den Rheinlanden vorgesehen werden mußten. In dem grauen Teil sind die bedeutendsten Posten die Verzinsung der Reichsschuld, die Ausgaben zur Verbilligung von Nahrungs-, Futter- und Düngemitteln und der Fehlbetrag der Reichseisenbahnen und der Reichspost. Das Anwachsen der Reichsschuld ist hauptsächlich eine Folge der Demobilisation und der Forderungen der Entente auf Grund des Friedensvertrages; die Ausgaben zur Verbilligung von Nahrungsmitteln usw. und der hohe Fehlbetrag der Reichseisenbahnen und der Reichspost sind im wesentlichen eine Folge der Entwertung der Mark; deren Ursache wiederum ist zu einem erheblichen Teil die Wegnahme unserer Handelsflotte und die Vernichtung unseres Außenhandels durch die Entente und die dadurch verursachte ungeheuerliche Passivität unserer Zahlungsbilanz sowie die daraus sich als Notwendigkeit ergebende dauernde Zunahme unserer Inflation und Verschuldung.

Auch die übrigen Ausgaben sind natürlich durch die Geldentwertung und sonstigen Kriegs-

¹⁾ In dieser Berechnung sind ebenso wie in der graphischen Darstellung die nachträglich erschienenen (in der ersten Nummer der Zeitschrift noch nicht einbezogenen) Ergänzungshaushalte berücksichtigt. Unter Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und -hinterbliebenen sind zusammengefaßt: Behörden und Einrichtungen für die Versorgung ehemaliger Heeres- und Marineangehöriger, Pensionen, Renten usw. infolge des Weltkrieges, soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge; unter Förderung der Neubautätigkeit usw. außer dieser: Vorschüsse zur Errichtung von Bergmannswohnungen, Überenergungszuschüsse zu Schiffneubauten, Aufwendungen für die durch innere Unruhen entstandenen Schäden. Unter Polizei ist zusammengefaßt: Ordnungspolizei, Landesgrenzschutz Ost und Nord, Reichswasserschutz.

folgen mehr oder weniger stark beeinflusst. Das trostlose Gesamtbild läßt erkennen, wie vergeblich alle Anstrengungen Deutschlands zur Verbesserung seines Ausgabenplanes sein müssen, solange diese Anstrengungen nur auf die verhältnismäßig geringen Aufwendungen für seine eigenen Bedürfnisse sich erstrecken können, und solange die ungleich höhere Belastung durch die Forderungen der Entente, besonders auch für die Besatzungstruppen, den ganzen Haushalt ausschlaggebend bestimmt.

Im folgenden soll nunmehr ein tieferer Einblick in den Bedarf des Reichs und seine Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit durch eine Betrachtung der einzelnen Haushaltsabschnitte gegeben werden. Im Ressort des Reichsministeriums des Auswärtigen entfallen an fortdauernden Ausgaben auf

Auswärtiges Amt . . .	43,56 Mill. M. (1913: 3,21)
Gesandtschaften und Konsulate	179,71 „ „ (1913: 11,64)
Allgem. Bewilligungen	97,66 „ „ (1913: 4,46)

Unter den „Allgemeinen Bewilligungen“ sind zu erwähnen: 17,6 Mill. M. für Förderung des deutschen Nachrichtenwesens im Ausland, 13 Mill. M. für Förderung des Nachrichtenwesens im Inland, 9 Mill. M. für Förderung deutscher Schul- und Unterrichtszwecke und ähnliches im Ausland, 1,46 Mill. M. Pauschalbeitrag für das Archäologische Institut und dessen Sekretariate in Rom und Athen und ähnliche Zwecke. Das Kapitel „Allgemeine Bewilligungen“ ist ebenso wie das Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate“ durch Ausgaben für Kursausgleich stark belastet.

Im Haushalt des Reichsministeriums des Innern, des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsarbeitsministeriums sind folgende Kapitel hervorzuheben (für 1913 sind die entsprechenden Positionen des damaligen Reichsamts des Innern angegeben):

Reichsministerium des Innern:	1920	1913
Reichsministerium des Innern	1000 Mark	
Reichsministerium des Innern	7 961,6	2 028,9
Abt. für Elsaß-Lothringen	4 932,3	—
Allgemeine Bewilligungen	12 871,0	72 329,6
Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung	796,1	—
Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete	1 297,4	—
Reichsgesundheitsamt	4 046,5	899,4
Physikalisch-Technische Reichsanstalt	4 067,7	667,4
Reichswanderungsamt	4 041,5	—
Reichsarchiv	4 475,9	—
Zentralnachweiseamt für Kriegerverluste	20 861,1	—
Landesvermessung	17 000,0	—

Reichswasserschutz	50 000,0	—
Für Zwecke polizeilichen Schutzes	1 250 000,0	—
Zur Unterhaltung der Landesgrenzpolizei Ost und Nord . .	36 000,0	—
Zur Unterhaltung und Durchführung dertechnischen Nothilfe	15 000,0	—
Reichswirtschaftsministerium:		
Reichswirtschaftsministerium . .	18 557,9	—
Statistisches Reichsammt	14 892,0	2 566,4
Reichsanstalt f. Maß u. Gewicht	1 419,0	302,4
Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung	2 952,7	574,9
Reichswirtschaftsgericht	3 273,8	—
Reichsarbeitsministerium:		
Reichsarbeitsministerium	19 409,0	—
Allgemeine Bewilligungen	734 930,0	—
Reichsversicherungsamt	7 969,3	2 556,8
Reichsversorgungsgericht	4 462,2	—
Reichsammt f. Arbeitsvermittlung	7 912,0	—
Behörden und Einrichtungen für die Versorgung ehemaliger Heeres- und Marineangehöriger	892 755,8	—

Unter den Ausgaben des Reichsministeriums des Innern sind die bedeutendsten die Ausgaben für Zwecke polizeilichen Schutzes, d. h. der Ordnungspolizei. Deutschland ist eine Polizeitruppe von 150 000 Mann zugestanden.

Zu den fortlaufenden Ausgaben kommen einmalige in Höhe von 533,9 Millionen Mark. Davon sind 400 Millionen Mark als Aufwendungen für die durch Unruhen innerhalb des Reichsgebiets verursachten Schäden veranschlagt.

Im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums erscheinen außer den oben genannten Behörden vor allem das Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung (9,1 Mill. M.) und das Reichskommissariat für die Kohlenverteilung (20,8 Mill. M.).

In dem Kapitel „Allgemeine Bewilligungen“ des Reichsarbeitsministeriums steht an erster Stelle ein Posten von 500 Millionen Mark für soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge; weiter sind hervorzuheben 121 Mill. M. für Wochenhilfe und Wochenfürsorge und 100 Mill. M. Belastungen des Reichs auf Grund der Reichsversicherungsordnung und des Gesetzes betr. Renten in der Invalidenversicherung. Eine sehr schwere Belastung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums bildet der Posten „Behörden und Einrichtungen für die Versorgung ehemaliger Heeres- und Marineangehöriger“. Auch im außerordentlichen Haushalt hat das Reichsarbeitsministerium einen sehr hohen Betrag an Ausgaben aufzuweisen, nämlich 2749,2 Mill. M. Da-

von entfallen auf Förderung der Neubautätigkeit durch Gewährung von Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen und zur Fertigstellung angefangener Bauten 925 Mill. Mark; Erwerbslosenfürsorge (unterstützende und produktive) 1000 Mill. M.; Verbilligung von Lebensmitteln für Überschichten verfahrende Bergarbeiter 336 Mill. Mark. Dieser Betrag wird aus einer Erhöhung der Kohlenpreise gewonnen und erscheint im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums als außerordentliche Einnahme wieder.

Unter den Ausgaben des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft befinden sich 10 717 Mill. M. zur Verbilligung von Nahrungs-, Futter- und Düngemitteln (einschl. 278 Mill. Frühdruschprämien).

Der Haushalt des Reichswehrministeriums zerfällt in Reichswehrministerium, Heereswesen, Marine. Die fortdauernden Ausgaben betragen für:

Reichswehrminister	4,3 Mill. M.
Heereswesen	2 496,0 „ „
Darunter Geldabfindung der Kommandobehörden, Truppen usw.	994,3 „ „
Waffen- Munitions- u. Heeresgeräthewesen	256,5 „ „
Verpflegung	535,9 „ „
Bekleidung und Ausrüstung	203,5 „ „
Unterbringung, Servis	245,6 „ „
Marine	532,5 „ „
Darunter Geldverpflegung der Marineteile	132,6 „ „

Im außerordentlichen Haushalt sind 1 724,5 Mill. Mark eingesetzt. Dabei handelt es sich überwiegend um die Kosten für die 100 000 Mann, die Deutschland bis zum 30. September 1920, und die 50 000 Mann, die es bis zum 31. Dezember 1920 außer den endgültig zugestandenen 100 000 Mann unterhalten durfte.

Unter den Ausgaben des Reichsjustizministeriums erscheinen jetzt die Ausgaben für das Reichspatentamt, das früher zum Ressort des Reichsamts des Innern gehörte.

Das Reichsverkehrsministerium zerfällt, abgesehen von der Eisenbahnabteilung, deren Ausgaben unter den Betriebsverwaltungen erscheinen, in eine Abteilung für Wasserstraßen und eine Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen. Zum Ressort der ersteren gehört das Reichskanalamt (früher zum Ressort des Reichsamts des Innern gehörend) und die Deutsche Seewarte (früher zum Ressort der Kaiserlichen Marine gehörend). Die während des Krieges beim Chef des Feldeisenbahnwesens entstandene, seit dem 11. Nov. 1919 dem Reichsverkehrsminister unterstellte Schiffsabteilung soll zum 1. April 1921 aufgelöst werden.

Die fortdauernden Ausgaben des Reichs-

finanzministeriums bestehen überwiegend in Ausgaben für die Landesfinanzämter und deren nachgeordneten Behörden (1408 Mill. Mark). Dem Ministerium untersteht auch der Reichsfinanzhof und das Reichsmonopolamt für Branntwein.

Zu den fortdauernden Ausgaben kommen noch einmalige in Höhe von 525 Mill. M., überwiegend für die Einrichtung der Landesfinanzämter und Finanzämter, den Erwerb, Neu- oder Umbau von Dienstgebäuden, die Beschaffung von Wohnungen für die Beamten hinzu.

Von den hohen Ausgaben auf den Allgemeinen Pensionsfonds entfallen 3725,8 Mill. Mark auf Versorgungsgebühren usw. infolge des Weltkrieges.

Die Verzinsung der Reichsschuld erfordert 11,69 Milliarden Mark. Es sind zu verzinsen (Stand vom 31. März 1920):

5 % Schuldverschreibungen	72 332,7 Mill. M.
4 % „	1 125,2 „ „
3½ % „	1 960,8 „ „
3 % „	1 622,5 „ „
5 % Schatzanweisungen	1 901,6 „ „
4½ % „	8 779,5 „ „
Sparprämien-Anleihe von 1919	3 333,7 „ „

zusammen 91 056,0 Mill. M.

Offene Anleihebewilligungen 122 400,9 Mill. M.

Durch den Reichshaushaltsplan für 1920 angefordert 60 784,5 „ „

Zur Reichsschuld kommen außerdem noch die unverzinslichen Schatzanweisungen in Höhe von 91,5 Milliarden Mark hinzu.

Die hohen Ausgaben der Allgemeinen Finanzverwaltung (10,8 Milliarden Mark) erklären sich aus den Überweisungen aus den Reichssteuern an die Länder und Gemeinden. Der Reichshaushalt veranschlagt die Überweisungen folgendermaßen:

Aus der Einkommensteuer (Länder und Gemeinden)	8000,0	Mill. M.
„ „ Körperschaftssteuer (Länder)	600,0	„ „
„ „ Erbschaftssteuer (Länder)	124,0	„ „
„ „ Umsatzsteuer (Länder und Gemeinden)	548,0	„ „
„ „ Grunderwerbsteuer (Länder und Gemeinden)	110,0	„ „
„ „ Biersteuer (Bayern, Württemberg, Baden)	22,945	„ „

zusammen 9404,945 Mill. M.

Im außerordentlichen Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung sind 4,5 Milliarden Mark eingestellt, davon 4,04 Milliarden zur Abwicklung der Angelegenheiten der alten Wehrmacht aller Kontingente. Weiter sind zu erwähnen: 140 Mill. Mark Kosten der Internierung übergetretener russischer und polnischer Truppenteile; 271 Mill. Mark zum Bau von Fischkuttern, Fisch- und Handelsdampfern.

Einnahmen des Reichs

an Steuern, Zöllen, Ausfuhrabgaben und aus der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung bis Ende Dezember 1920.

Bezeichnung der Einnahmen	Es sind aufgekommen			Im Entwurf des Reichshaushaltsplans sind für 1920 veranschlagt
	im Monat Dezember 1920	im Monat November 1920	vom 1. April bis Ende Dezember 1920	
	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.
A. Steuern und Zölle insges.	7 003,0	4 120,5	24 181,6	36 967
1. Direkte und Verkehrssteuern	5 941,5	3 157,1	16 739,3	27 820
darunter:				
Einkommensteuer	1 430,9	1 400,4	5 685,0	12 000
Körperschaftssteuer	0,6	2,4	3,3	900
Kapitalertragst.	366,8	41,2	547,0	1 300
Reichsnotopfer	2 538,0	573,5	3 893,1	3 500
Besitzsteuer	0,8	0,6	6,2	100
Erbschaftst.	31,3	21,8	138,9	620
Umsatzsteuer	168,7	170,8	1 006,2	3 650
Reichsstempelabgaben	248,7	177,3	1 209,4	400
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	553,4	318,0	1 172,6	4 500
2. Zölle und Verbrauchssteuern	1 061,5	963,4	7 442,3	9 147
darunter:				
Zölle u. Aufgeld	218,0	209,5	1 444,0	2 500
Kohlensteuer	491,3	422,1	3 400,1	4 500
Tabaksteuer	226,0	201,9	1 180,3	1 000
Zigarettenst.	*- 3,8	3,8	146,4	
Biersteuer	13,6	13,3	103,5	130
Weinsteuer	61,7	64,8	443,4	250
Zuckersteuer	8,7	10,8	94,3	160
Zündwarenst.	4,1	3,7	48,5	50
B. Ausfuhrabgaben	146,6	313,6	1 614,4	1 093
C. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung	541,7	363,5	3 142,6	4 075
D. Reichs-Eisenbahnverwaltung	1 441,4	1 332,9	12 032,8	14 963
Summe A—D	9 132,7	6 130,5	40 971,4	57 098

*) In den Monaten April bis November 1920 sind 4 391 587 M. Tabaksteuer von einer Finanzkasse irrtümlich als Zigarettensteuer verbucht worden. Ausgleich erfolgte im Dezember, daher für diesen Monat die Mindereinnahme.

Stand der schwebenden Schuld in Millionen Mark.

Art der Schulden	31. 1. 21	20. 1. 21	10. 1. 21	31. 12. 20
a) Diskontierte Schatzanweisungen und Schatzwechsel	155 363,0	154 286,0	152 999,3	152 727,3
b) weit. Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen u. Schatzwechseln	11 001,6	.	.	9 206,1
c) Sicherheitsleistung m. Schatzanweisungen und Schatzwechseln	7 616,1	.	.	7 710,5
Zusammen	173 980,7	.	.	169 643,9

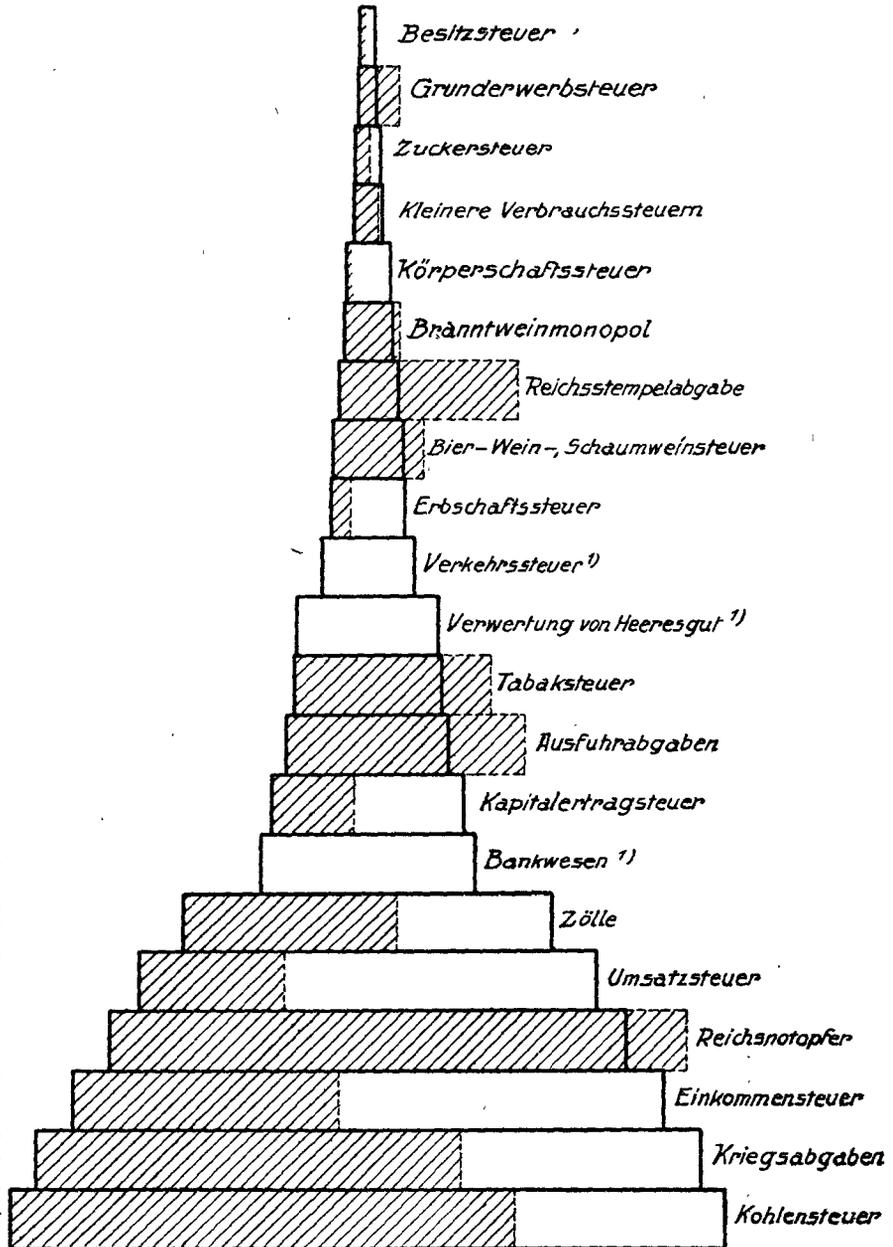
Die fortdauernden Ausgaben des Reichsministeriums für Wiederaufbau setzen sich u. a. zusammen aus Ausgaben für Reichsministerium für Wiederaufbau . . . 9,0 Mill. M.
 Reichsentschädigungskommission . . . 2,0 " "
 Reichskommissar für Auslandsschäden . . . 7,4 " "
 Reichsausschuß für den Wiederaufbau der Handelsflotte 6,1 " "

Reichsrücklieferungskommission 22,6 Mill. M.
 Reichskommissar für die Rückführung von Eisenbahnmateriale 7,0 " "
 Reichskommissar zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten 5,6 " "
 Reichsausgleichsamt 37,0 " "
 Treuhänder f. das feindliche Vermögen 5,8 " "

Die für 1920 veranschlagten Einnahmen des Reichs

(ohne die Einnahmen der Betriebsverwaltungen.)
 Die schraffierten Flächen geben die bis Ende 1920 eingegangenen Beträge an.

Im Anschluß an die in der vorigen Nummer gebrachte Übersicht bringt die Übersicht auf S. 88 die tatsächlichen Einnahmen des Reichs in den Monaten November und Dezember und die Gesamtsummen für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1920. In der nebenstehenden graphischen Darstellung sind die für das Rechnungsjahr 1920 veranschlagten und bis Ende 1920 tatsächlich eingegangenen Einnahmen veranschaulicht. Die Einnahmen der Reichspost und der Reichseisenbahn sind in das Bild nicht aufgenommen, da bei diesen Betriebsverwaltungen infolge der hohen Ausgaben Reineinnahmen nicht erzielt wurden. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die in der Zeichnung dargestellten Beträge lediglich die dem Reich verbleibenden Teile der einzelnen Steuern darstellen, dagegen nicht die auf die Länder zu überweisenden Beträge, die z. B. bei der Einkommensteuer 2/3 der gesamten Veranschlagung ausmachen.



1) Eingegangene Beträge nicht veröffentlicht.

Die Entwicklung der europäischen Wechselkurse im Jahre 1920.

Im Laufe des Jahres 1920 erlitten die Wechselkurse der meisten europäischen Staaten gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika eine weitere Verschlechterung. Zwar haben sich in diesem Jahre die Verhältnisse in Europa erheblich gebessert. Indessen blieb der Einfuhrüberschuß Europas und mit ihm die Aktivität der amerikanischen Handelsbilanz gegenüber Europa immer noch außerordentlich bedeutend. Hierzu kommt die überaus starke Verschuldung Europas gegenüber Amerika; belief sich doch Ende 1920 der Gesamtbetrag der Guthaben der amerikanischen Regierung bei den europäischen Staaten für Anleihen, Hilfsdarlehen und Kriegsmaterialverkäufe auf rund 10 Milliarden Dollar, wozu noch der Gesamtbetrag der Guthaben amerikanischer Privatleute für Warenlieferungen usw. kommt, den der Präsident der Niederländischen Bank, Vissering, auf 4 Milliarden Dollar veranschlagte. Schließlich drückte die in den meisten europäischen Staaten weiter steigende Inflation und die zunehmende Verschuldung auf die Wechselkurse, da die Kaufkraft des betreffenden Geldes hierdurch geschwächt und so die Zahlungsbilanz im ungünstigen Sinne beeinflußt wurde.

Selbstverständlich hat sich die Verschlechterung der Valuten nicht ohne Schwankungen vollzogen. Wenn die Wirtschaftslage eines der europäischen Länder eine Besserung oder die Aussicht auf eine solche zeigte, oder wenn eine Diskonterhöhung einer europäischen Zentralnotenbank stattfand, machte sich eine günstige Beeinflussung des betreffenden europäischen Wechselkurses geltend. Im selben Sinne wirkten eine Verschlechterung der amerikanischen Wirtschaftslage oder sonstige für die Beurteilung der amerikanischen Verhältnisse ungünstige Momente.

Die Entwertung gegenüber der Parität betrug in New York zu Ende des Jahres 1920 bei der Devisen

Schweiz	21,2 ⁰ / ₀	Frankreich	69,6 ⁰ / ₀
Holland	22,1 ⁰ / ₀	Italien	82,1 ⁰ / ₀
Schweden	26,3 ⁰ / ₀	Rumänien	93,5 ⁰ / ₀
England	27,5 ⁰ / ₀	Deutschland	94,3 ⁰ / ₀
Spanien	30,3 ⁰ / ₀	Tschecho-Slowakei	94,4 ⁰ / ₀
Dänemark	41,4 ⁰ / ₀	Jugo-Slawien	96,5 ⁰ / ₀
Norwegen	41,4 ⁰ / ₀	Österreich	98,9 ⁰ / ₀
Griechenland	61,4 ⁰ / ₀	Ungarn	99,1 ⁰ / ₀
Belgien	68,0 ⁰ / ₀	Polen	99,2 ⁰ / ₀

Entsprechend ihrer Entwicklung lassen sich die europäischen Wechselkurse in folgende drei Gruppen gliedern:

Die erste Gruppe, umfassend die Valuten der neutralen Staaten und Großbritanniens, hat im Laufe des Jahres eine Entwertung bis zu etwa der Hälfte aufzuweisen. Eine Ausnahme bildet nur die griechische Valuta, auf die nachher noch näher eingegangen wird.

Die zweite Gruppe enthält die belgische, französische und italienische Valuta; sie hatte am Jahresschluß ein Disagio zwischen 68 und 82 Prozent zu verzeichnen.

Die dritte Gruppe besteht aus den Valuten der Zentralmächte und der osteuropäischen Staaten und weist am Jahresschluß eine Entwertung von mehr als 90 % auf.

Das verschiedene große Disagio der einzelnen Gruppen und Valuten ist zum größten Teil durch die mehr oder minder ungünstige Zahlungsbilanz, die größere oder geringere Inflation und die Finanzlage der betreffenden Staaten zu erklären. Neben diesen und anderen wirtschaftlichen und finanziellen Gründen dürfen aber die politischen, spekulativen und psychologischen Ursachen nicht unterschätzt werden.

Wechselkurse in New York 1920.

Ende der Monate	Schweiz	Amsterdam	London ¹⁾	Madrid	Kopenhagen	Belgien	Paris	Rom	Berlin
Parität:	1Fr. = 19,30 Cts.	1Fl. = 40,20 Cts.	1£ = 4,86 ² / ₃ \$	1Pes. = 19,30 Cts.	1Kr. = 26,80 Cts.	1Fr. = 19,30 Cts.	1Fr. = 19,30 Cts.	1L. = 19,30 Cts.	1M. = 23,82 Cts.
Januar	17,64	38,00	3,50	18,40	16,12	7,69	7,51	6,43	1,24
Februar	16,18	35,00	3,40	17,40	15,00	7,30	7,02	5,43	1,01
März	17,48	36,88	3,86	17,40	18,50	7,21	6,72	4,86	1,39
April	17,79	36,50	3,84	17,12	17,12	6,41	5,99	4,49	1,74
Mai	17,76	36,63	3,88	16,50	16,80	7,84	7,72	5,97	2,55
Juni	18,25	35,63	3,95	16,62	16,40	8,67	8,20	5,93	2,59
Juli	17,09	34,38	3,72	15,37	15,75	8,08	7,62	5,33	2,33
August	16,47	32,00	3,57	14,95	14,50	7,34	6,96	4,67	2,04
September	16,08	31,25	3,47	14,37	14,12	7,02	6,64	4,17	1,59
Oktober	15,75	30,50	3,45	13,95	13,62	6,67	6,30	3,70	1,25
November	15,72	30,50	3,49	13,25	13,50	6,45	6,06	3,67	1,42
Dezember	15,21	31,32	3,53	13,45	15,70	6,17	5,87	3,45	1,35

¹⁾ Cable Transf.

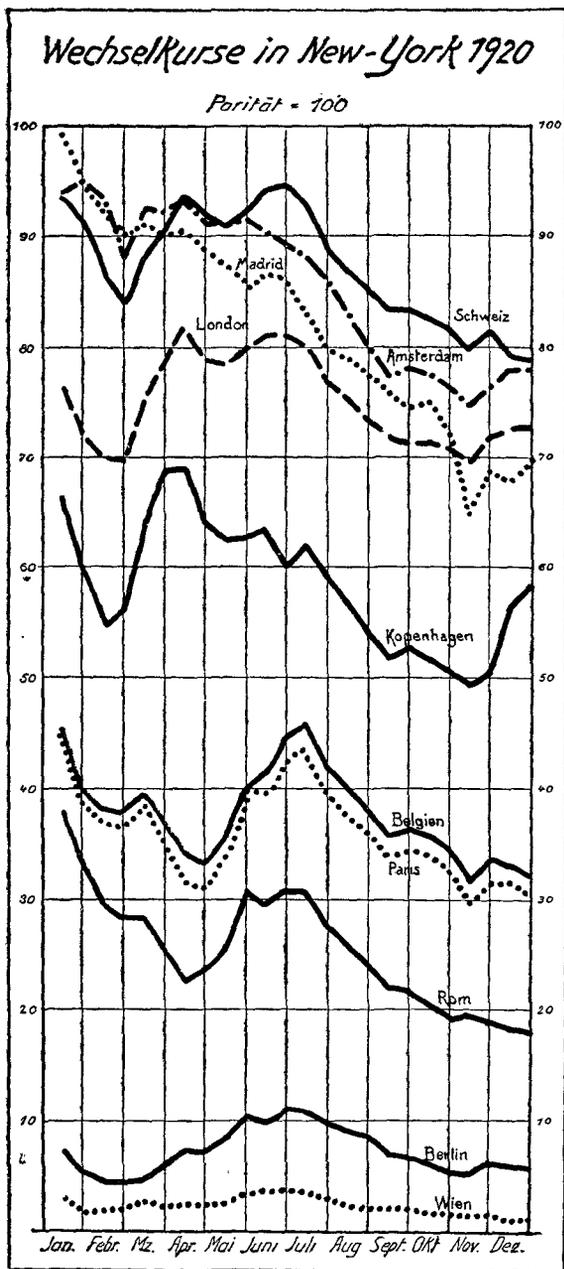
In der Bewegung der drei Valutagruppen können, wie aus der nachstehenden Zeichnung zu ersehen ist, im großen und ganzen folgende gemeinsame Grundzüge festgestellt werden: ein Minimum im Frühjahr; ein Anstieg in den Sommermonaten nach einer kurzen Unterbrechung zu Anfang Juni gelegentlich der amerikanischen Diskonterhöhung; ein Maximum in der Mitte des Jahres; und endlich ein erneutes allmähliches Sinken bis Jahresschluß.

Innerhalb jeder der drei Valutagruppen ist die Bewegung noch übereinstimmender. So hat die

erste Gruppe ein Minimum zu Ende Februar aufzuweisen, steigt sodann bis Mitte April, um bis Mitte Mai wieder zu sinken; nach einem Maximum zu Ende Juni bewegt sie sich bis zum Jahreschluß in absteigender Richtung.

Das englische £ sank in den Monaten August und September ziemlich bedeutend, wohl hauptsächlich infolge der Verschlechterung der englischen Handelsbilanz; denn während der britische Einfuhrüberschuß im Juli nur 8,0 Millionen £ betrug, stieg er auf 25,0 im August und 21,9 im September. Als ein anderer Grund ist die Gefahr eines Krieges mit Rußland zu erwähnen. An den kontinentalen europäischen Börsen hatte das £ jedoch eine Besserung aufzuweisen, da die übrigen europäischen Devisen noch stärker als das £ nachgaben. Im Oktober stieg der Kurs zunächst wieder etwas auf die günstige Beurteilung der Rückzahlung der englisch-französischen Anleihe, sank aber dann erheblich infolge des englischen Bergarbeiterstreiks; im Dezember fand wieder eine Aufwärtsbewegung statt. Eine ähnliche Bewegung hat die Devisen Schweiz und Amsterdam zu verzeichnen, während die spanische Valuta sich vom Januar bis zum November ziemlich dauernd abwärts bewegte; das weitere Sinken scheint durch die Diskonterhöhung der Bank von Spanien wenigstens vorläufig aufgehalten zu sein. Die Devisen Stockholm bewegte sich annähernd ebenso wie das £, wogegen die Wechsel auf Kopenhagen und Kristiania im Laufe des Jahres 1920 eine erhebliche Entwertung erfuhren. Recht bedeutend war der Sturz der Drachme, die zu Jahresbeginn ebenso wie das £ bewertet wurde, von Oktober an aber infolge der Änderung der Beziehungen Griechenlands zur Entente und der daraus sich ergebenden Einstellung der Vorschüsse der Alliierten, der Freigabe des Devisenhandels und aus spekulativen Gründen sich in so starkem Maße abwärts bewegte, daß sie das Gebiet der ersten Valuta-Gruppe verläßt.

In der zweiten Valuta-Gruppe stimmt die Bewegung des belgischen, französischen und italienischen Wechselkurses fast völlig überein. Die Übereinstimmung besonders der französischen und belgischen Valuta dürfte mit der engen politischen und wirtschaftlichen Verbindung dieser beiden Länder zusammenhängen. Das Frühjahrsminimum wird hier erst Ende April erreicht. Im Mai macht sich als Folge der Konferenz von Hythe, auf die Vorbereitungen zur Spakonferenz und auf die Diskonterhöhungen der drei in Betracht kommenden Notenbanken eine kräftige Besserung geltend, die Mitte Juli ihr Maximum erreicht. Im August beeinflußt die englisch-französische Spannung und die Gefahr einer



Verwicklung in das polnische Abenteuer trotz der Besserung der französischen Handelsbilanz den Kurs im ungünstigen Sinne. Auch im September neigen die Valuten weiter zur Schwäche, während sie im Oktober zunächst infolge Rückzahlung der englisch-französischen Anleihe wieder etwas befestigt sind. Bis Jahresende halten sie sich dann unter Schwankungen ziemlich auf derselben Höhe, mit Ausnahme der italienischen Valuta, die infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage Italiens und seiner ungeklärten inneren Verhältnisse sinkt. Die belgische Valuta, die zu Jahresbeginn beinahe ebenso wie die französische bewertet wurde, hat wegen der verhältnismäßig günstigen Wirtschaftslage Belgiens und dem bereits weit vorgeschrittenen Stande des Wiederaufbaus zum Jahresschluß ein erhebliches Agio gegenüber dem französischen Franken aufzuweisen; wesentlich dürfte hierzu auch die Aufnahme einer Anleihe in Brasilien beigetragen haben. Belgien ist damit bis jetzt der einzige der am Kriege beteiligten Staaten, dem es nach Kriegsende gelang, in einem neutralen Staat eine Anleihe aufzunehmen.

Die dritte Valuta-Gruppe hat zu Ende Februar ihren tiefsten Stand zu verzeichnen. Auch hier folgt ein Aufstieg bis zum Juni. Bis Mitte Juli halten sich die Valuten auf dieser Höhe, um dann bis Jahresschluß zu sinken. Der Hauptwechsellkurs der dritten Gruppe ist die deutsche Valuta, die sich für die östlichen Staaten immer mehr zum internationalen Zahlungsmittel herausbildet, da sie infolge ihrer großen Entwertung auch für diese in noch höherem Grade valutaschwachen Länder erreichbar ist.

Für die ungünstige Bewegung der Mark sind außer den oben angeführten allgemeinen Momenten, unter denen die passive Handelsbilanz mit an erster Stelle steht, besonders die auf Grund des Versailler Vertrages ohne Gegenleistung zu machenden Wiedergutmachungslieferungen und die Zahlungen aus dem Schuldenausgleichsverfahren, die nach Pressenachrichten bis Anfang November an England etwa 8,9 Millionen £ und an Frankreich etwa 48,2 Millionen Franken ausmachten, zu erwähnen. Besonders drückte aber die wachsende Verschuldung des Reichs und in Verbindung hiermit der zunehmende Notenumlauf auf den Kurs der Mark. Die schwebende Reichsschuld betrug im Jahre 1920 zu Ende

	Milliarden M.		Milliarden M.
April	117,1	September . . .	156,8
Mai	120,7	Oktober	161,8
Juni	132,1	November	165,9
Juli	142,0	Dezember	169,8
August	148,8		

Am 31. Dezember bestanden 152,7 Milliarden hiervon aus diskontierten Schatzanweisungen und Schatzwechsell, von denen die Reichsbank 40 bis 50 Milliarden aufnehmen mußte. Außer den angeführten dürften auch zahlreiche andere, die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands ungünstig beeinflussende Faktoren, wie z. B. die inneren Unruhen, die Arbeitslosigkeit, die Flucht vor der Mark, die Kapitalflucht, ebenfalls von nicht geringer Einwirkung auf die Bewegung der Valuta gewesen sein.

Im Verhältnis zur Parität hatte die Mark nach den Newyorker Notierungen zu Jahresanfang einen Wert von 8,6 % und erreichte mit 4,2 % zu Mitte Februar ihren bisher tiefsten Stand. Unter dem Einfluß der Besserung der Lage in Deutschland und den Wirkungen des „deutschen Ausverkaufs“, nicht zuletzt wohl auch auf spekulative Käufe in Erwartung auf eine internationale Stützung des Markkurses, stieg die deutsche Valuta — nach der durch den Kapp-Putsch verursachten Unterbrechung — unter leichten Schwankungen bis Ende Juni. Zu dieser Zeit erreichte sie mit 11,4 % ihren höchsten Stand im Jahre 1920. Nachdem infolge dieser Besserung der Valuta und der inzwischen weitergeschrittenen Angleichung der Inlands- an die Weltmarktpreise der Kaufanreiz für das Ausland in Wegfall gekommen war, geriet die Mark wieder allmählich in eine absteigende Bewegung, in der sie bis zum Jahresende verharrete; im selben Sinne wirkten der Ausgang der Brüsseler Finanzkonferenz und die Auswirkungen des Spaabkommens, die Furcht vor einer bolschewistischen Invasion und die großen Einkäufe der Lebensmitteleinfuhrstellen, endlich auch die Begleichung der Passivsaldoen aus dem Ausgleichsverfahren. Nur in der zweiten Novemberhälfte wurde diese Bewegung durch große amerikanische Spekulationskäufe unterbrochen. Am 31. Dezember kosteten 100 M. in New York 1,35 Dollar, womit die Mark auf 5,7 % ihres Friedenswertes gesunken war.

Die österreichische Devisen wurde am Jahreschluß in New York nur noch mit etwa 1 % bewertet, eine Folge der unglücklichen wirtschaftlichen und politischen Lage dieses Landes. Gegenüber der Mark besaß sie allerdings am Jahreschluß noch etwa 20 % ihrer Kaufkraft vor dem Kriege; am Jahresanfang war sie erst auf 30 % gesunken. Noch stärker war die Entwertung der ungarischen Devisen; sie besaß zu den entsprechenden Zeiten nur noch 14 bzw. 40 % ihrer Friedensgeltung. Dagegen wurde die tschecho-slowakische Valuta in Berlin beinahe zu Pari notiert. Die polnische Mark zog in Berlin bei Inkrafttreten des Friedensvertrages von etwa 40 Pfennig zu Anfang Januar 1920 auf

etwa 70 Pfennig zu Anfang Februar an; infolge der schwierigen Lage Polens und des russisch-polnischen Krieges hatte jedoch seine Valuta von Februar 1920 an einen fast ununterbrochenen Rückgang zu verzeichnen, so daß sie zu Ende 1920 in Berlin nur noch mit etwa 10 Pfennig, d. s. 10% des Friedensstandes, bewertet wurde. Schließlich sei noch erwähnt, daß 100 Duma-Rubel am Jahresschluß in Berlin ungefähr 7 Mark kosteten gegen etwa 22 im April 1920.

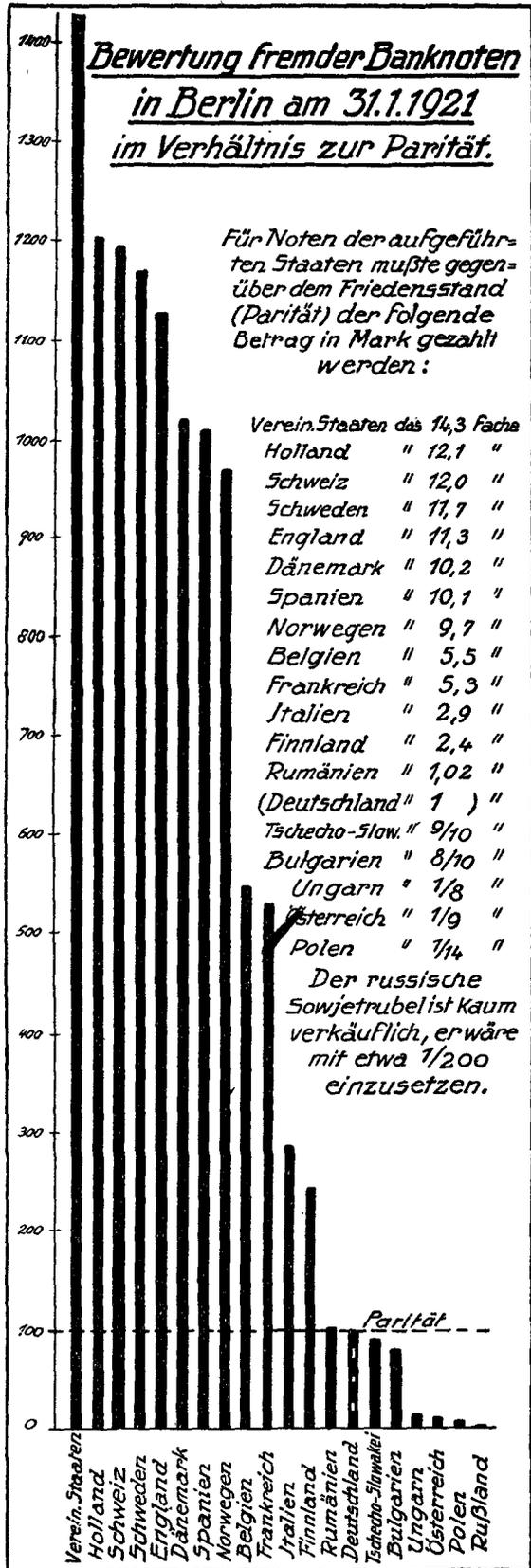
Bewegung der Wechselkurse.
1. Die deutsche Valuta.

Zeit	Wechselkurse auf Berlin in				
	New York	London	Paris	Amsterdam	Zürich
<i>Parität: 100 M. =</i>	23,82 \$	97,9 Sh	123,45 Frs	59,26 Fl.	123,45 Frs
1920					
Anfang Januar	2,06	10,65	22,00	5,30	11,25
" Februar	1,12	6,45	14,75	2,90	6,80
" März	1,06	5,93	14,50	2,77	6,25
" April	1,43	7,17	21,50	3,80	8,00
" Mai	1,74	9,09	29,00	4,80	9,80
" Juni	2,61	13,20	34,25	6,95	14,10
" Juli	2,63	13,25	32,00	7,45	14,65
" August	2,27	12,42	30,75	6,95	13,92
" Sept.	2,02	11,36	29,25	6,30	12,30
" Okt.	1,63	9,35	24,50	5,22	10,20
" Nov.	1,27	7,45	20,50	4,20	8,22
" Dez.	1,44	8,25	23,50	4,77	9,22
1921					
10. Januar	1,40	7,56	23,25	4,27	8,97
20. "	1,63	8,63	24,75	4,92	10,55
31. "	1,56	9,05	23,00	4,80	10,70
10. Februar	1,65	8,58	23,25	4,88	10,20
21. "	1,65	.	22,50	4,78	9,45

2. Ausländische Valuten.

Zeit	Wechselkurse in New York auf				
	London*)	Paris	Rom	Amsterdam	Zürich
<i>Parität:</i>	1 £ = 4,86 2/3 \$	1 Fr. = 19,30 cts.	1 Lire = 19,30 cts.	1 Fl. = 40,20 cts.	1 Fr. = 19,30 cts.
1920					
Ende Januar	3,50	7,51	6,43	38,00	17,64
" Februar	3,40	7,02	5,43	35,00	16,18
" März	3,86	6,72	4,86	36,88	17,48
" April	3,84	5,99	4,49	36,50	17,79
" Mai	3,88	7,72	5,97	36,63	17,76
" Juni	3,95	8,20	5,93	35,63	18,25
" Juli	3,72	7,62	5,33	34,38	17,09
" August	3,57	6,96	4,67	32,00	16,47
" Sept.	3,47	6,64	4,17	31,25	16,08
" Okt.	3,45	6,30	3,70	30,50	15,75
" Nov.	3,49	6,06	3,67	30,50	15,72
" Dez.	3,53	5,87	3,45	31,32	15,21
1921					
10. Januar	3,63	6,03	3,49	31,85	15,58
20. "	3,77	6,54	3,54	30,00	15,70
31. "	3,85	7,06	3,67	33,94	16,00
10. Februar	3,88	7,16	3,64	34,39	16,22
21. "	3,88	7,25	3,66	.	16,56

*) Cable Transf.



Die offiziellen Diskontsätze der maßgebenden Notenbanken sind im Laufe des Jahres 1920 wiederholt erhöht worden, so erst im November wieder diejenigen der Bank von Spanien, der Bank von Finnland und der Bank von Bombay. Eine Übersicht der zurzeit geltenden Sätze gibt die folgende Zusammenstellung:

Diskontsatz in	Jetziger Satz		Diskontsatz in	Jetziger Satz	
	%	in Kraft seit		%	in Kraft seit
Berlin . . .	5	23. 12. 14	Helsingfors	9	8. 11. 20
New York . .	7	1. 6. 20	Madrid . . .	6	4. 11. 20
London . . .	7	15. 4. 20	Lissabon . .	7	3. 9. 20
Paris	6	8. 4. 20	Wien	5	12. 4. 15
Brüssel . . .	5½	29. 4. 20	Prag	6	12. 5. 20
Amsterdam .	4½	1. 7. 15	Warschau . .	6	.
Italien . . .	6	11. 5. 20	Sofia	6½	14. 6. 19
Schweiz . . .	5	22. 8. 19	Bukarest . .	6	1. 6. 20
Stockholm .	7½	16. 9. 20	Athen	6½	15. 5. 20
Kristiania . .	7	25. 6. 20	Tokio	8	18. 11. 19
Kopenhagen	7	16. 4. 20	Bombay . . .	7	12. 11. 20

Kurse deutscher und fremder Staatsanleihen.

Kurs am	3% Reichsanleihe in Berlin	4½% Liberty Loan in New York	4% Victory Loan in London	5% franz. Rente in Paris	5% Staatsanleihe von 1915 in Amsterdam	Achte 5% Mobilisationsanleihe von 1917 in Zürich
1920:						
Ende März	76,75	90,80	76,25	88,30	86,07	84,50
„ April	74,50	86,10	74,00	88,70	85,75	85,25
„ Mai	63,60	87,50	79,50	87,90	85,07	85,25
„ Juni	62,90	85,70	76,25	88,30	87,07	79,80
„ Juli	59,60	85,00	78,00	88,75	85,75	79,00
„ Aug.	60,80	85,10	77,00	87,50	87,38	78,75
„ Sept.	62,75	87,02	74,88	85,67	84,19	77,25
„ Okt.	66,25	89,80	78,50	85,45	80,50	73,50
„ Nov.	68,40	86,06	73,25	85,20	82,00	76,50
„ Dez.	65,90	85,70	72,25	85,20	82,00	80,50
1921:						
10. Jan.	67,50	87,82	74,63	85,18	84,44	84,50
20. „	66,50	88,30	75,50	85,20	85,00	82,00
31. „	67,00	86,64	76,75	85,20	84,81	81,50
10. Febr.	66,80	86,70	76,25	83,95	86,00	84,00
21. „	67,30	.	76,78	83,95	86,63	.

Als deutsche Staatsanleihe ist die 3 proz. Reichsanleihe eingesetzt, da sie die einzige Reichsanleihe ist, die auch an ausländischen Börsen notiert wird. Die übrigen Reichsanleihen, die nur an deutschen Börsen zugelassen sind, stehen daher verhältnismäßig niedriger; so notierten am 10. Februar 1921 in Berlin die 3½ proz. Reichsanleihe 65,00, die 4-prozentige 68,70 und die 5 proz. 77,50.

Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Deutschen Reich haben auch

im Monat Januar wieder außerordentlich zugenommen. In diesem Monat wurden im „Reichsanzeiger“ bekanntgegeben:

Gründungen

von 73 A.-G. mit einem Grundkap. von nominell 334,5 Mill. M. im Kurswert von 364,0 Mill. M., ausgegeben in Stammaktien von nominell 328,2 Mill. M. im Kurswert von 357,7 Mill. M. und in Vorzugsaktien von nominell 6,3 Mill. M. im Kurswert von 6,3 Mill. M. und 1060 G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 1336,7 Mill. M.

Kapitalerhöhungen

von 259 A.-G. mit einem Gesamtbetrag von nominell 1368,1 Mill. M. im Kurswert von 1787,2 Mill. M., ausgegeben in Stammaktien von nominell 1183,1 Mill. M. im Kurswert von 1598,0 Mill. M. und in Vorzugsaktien von nominell 185,0 Mill. M. im Kurswert von 189,2 Mill. M. und 253 G. m. b. H. mit einem Gesamtbetrag von 173,0 Mill. M.

Im Vergleich mit dem Vormonat hat sich demgemäß das für Neugründungen von Akt.-Ges. beanspruchte Nominalkapital von 158,0 auf 334,5 Mill. Mark, das von G. m. b. H. beanspruchte Stammkapital von 168,0 auf 1336,7 Mill. M. vermehrt. Die außerordentliche Zunahme des für die G. m. b. H. beanspruchten Kapitals ist durch die Gründung der Ammoniakwerke Merseburg-Oppau, G. m. b. H., Ludwigshafen a. Rh., und der Stickstoff-Kredit-G. m. b. H. in Berlin, deren jede ein Stammkapital von 500 Mill. M. besitzt, zu erklären. Für die Kapitalerhöhungen der

Aktien-Ges. wurden nom. 1368,1 gegenüber 1334,9 Mill. M. Ges. m. b. H. „ „ 173,0 „ 105,6 „ „ in Anspruch genommen.

Nach den vorläufigen Feststellungen waren am 31. Dezember 1919 an tätigen Gesellschaften

5708 Akt.-Ges. mit rd. 21,0 Milliard. M. Nominalkap. und 33976 G. m. b. H. „ „ 6,0 „ M. Stammkapital in Deutschland vorhanden.

Die Entwicklung des Postscheckverkehrs im Deutschen Reich.

Die günstigen Erfolge, die Österreich mit seinem seit 1883 bestehenden Postscheckverkehr erzielt hatte, veranlaßte die Reichspostverwaltung im Jahre 1899, dem Reichstag eine Denkschrift über die Einführung des Postscheckverkehrs in Deutschland vorzulegen. Dieser Versuch stieß jedoch zunächst auf Widerspruch. Erst im Jahre 1908 konnte nach erneuten Beratungen auf Grund des Gesetzes vom 18. Mai 1908 die erste Postscheckordnung erlassen werden. Zunächst traten am 1. Januar 1909 im Reichspostgebiet 9, in Bayern 3 und in Württemberg 1 Postscheckamt zur Regelung des Postscheckverkehrs in Wirksamkeit. Die Gesamtzahl der Ämter hat sich inzwischen auf 17 erhöht.

Der Postscheckverkehr hat sich in den wenigen Jahren seines Bestehens und besonders im letzten

Jahre außerordentlich entwickelt. Es betrug im Deutschen Reich

im Jahr	die Zahl der Postscheckkunden am Jahresabschluss	Umsatz		das Guthaben der Postscheckkunden am Jahresabschluss Mill. M.
		insgesamt	davon bargeldlos beglichen	
1909	43 929	11 774	49,2	76
1910	60 023	21 803	52,3	111
1911	74 726	29 507	53,3	162
1912	89 380	35 535	55,7	180
1913	102 511	41 587	57,2	198
1914	121 117	44 092	58,1	278
1915	131 351	55 351	60,2	315
1916	172 575	72 894	64,7	529
1917	220 491	111 220	72,6	837
1918	300 562	151 162	76,4	1202
1919	437 667	237 663	78,3	
1920	622 343	710 000 ²⁾	78,0 ²⁾	7110 ¹⁾

Während sich demnach die Zahl der Postscheckkunden von 1909 bis 1919 auf das 10 fache und bis zum Schluß des Jahres 1920 auf das 14fache vermehrt hat, stieg der Gesamtumsatz bis 1919 auf das 20- und bis 1920 auf etwa das 60fache; ausschlaggebend für diese Zunahme ist im letzten Jahr besonders die Geldentwertung gewesen, wenn auch ein großer Teil auf die Vermehrung der Zahl der Postscheckkunden zurückzuführen ist. In noch stärkerem Maße haben die bargeldlos beglichenen Umsätze zugenommen; ihr Prozentsatz stieg von 49,2 auf etwa 78 v.H. sämtlicher getätigten Um-

1) Durchschnittliches Guthaben im Dezember.
2) Geschätzt.

sätze. Diese Steigerung ist außerordentlich zu begrüßen, da erst der bargeldlose Verkehr sämtliche Vorteile des Postscheckverkehrs voll zur Geltung bringt. Aus dem Gesamtguthaben der Postscheckkunden, das von 76 Millionen zu Ende des Jahres 1909 auf etwa 7110 Millionen Mark Ende 1920 gestiegen ist, fließt dem Reich ein erheblicher Zinsgewinn zu.

Die Zahl der neu eröffneten Konkurse im Deutschen Reich ist nach der Zusammenstellung auf Grund der Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger“ im Januar 1921 um 40 v. H. gegenüber dem Dezember 1920 gestiegen. Sie betrug in den Monaten Oktober 1920 bis Januar 1921

	1920			1921
	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Konkurse insgesamt	143	157	151	212
Die Konkurse betrafen:				
Natürliche Personen und				
Einzelfirmen	87	96	83	139
Nachlässe	27	31	26	33
Gesellschaften	25	28	40	35
hiervon G. m. b. H.	14	18	25	15
" offene Handelsgesellschaften	10	7	10	14
Eingetragene Genossenschaften	4	1	2	4
Andere Gemeinschuldner (z. B. Vereine)	—	1	—	1

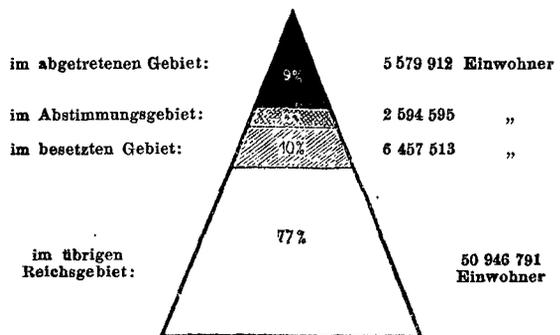
GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Verkleinerung des Deutschen Reichs durch den Friedensvertrag von Versailles.

Über die Verluste, die das Deutsche Reich durch die Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles erlitten hat, sind schon wiederholt Zahlen veröffentlicht worden. Sie fußen aber nur zum Teil auf den Ergebnissen der amtlichen Statistik. Erst die neuesten statistischen Jahrbücher, insbesondere das soeben erschienene Statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs von 1920, bringen eingehende, auf amtliches Material gestützte, zahlenmäßige Zusammenstellungen über die Größe der Verluste, die die Friedensvertragsbestimmungen verursacht haben.

Nach den im Stat. Jahrbuch des Deutschen Reichs mitgeteilten Übersichten sind von der Gesamtfläche des ehemaligen Deutschen Reichs (540 777 qkm ohne die Kolonien) 67 275 qkm oder 12,4 v. H. abgetreten worden; über ein Gebiet von 12 856,4 qkm oder 2,4 v. H. (Ober-

schlesien und das Saargebiet) soll noch abgestimmt werden. Das von den Entente-truppen besetzte Gebiet umfaßt 31 964 qkm oder 5,9 v. H. Noch ungünstiger wird das Bild für Deutschland, wenn man die Bevölkerungszahl zugrunde legt. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ergab:



Von den Gebieten, über die noch abzustimmen ist, hat Oberschlesien in Heft 1 dieser Zeitschrift eine ausführliche Darstellung erfahren; über den auf das Saargebiet entfallenden Teil werden in einem der nächsten Hefte eingehende Angaben mitgeteilt werden.

Das besetzte Gebiet umfaßt von den Ländern

Preußen	23 399,6	qkm	mit	4 974 620	Einwohnern	
Bayern	5 928,0	"	"	937 085	"	
Hessen	1 930,7	"	"	465 464	"	
Baden	203,3	"	"	29 848	"	
Birkenfeld	502,8	"	"	50 496	"	
zusammen		31 964,4	qkm	mit	6 457 513	Einwohnern

Der bayerische Teil (die Pfalz), der hessische (Brückenkopf Mainz), der badische Teil (Brückenkopf Kehl) und Birkenfeld werden unter der Voraussetzung, daß Deutschland seinen ihm auferlegten Verpflichtungen nachkommt, 15 Jahre nach Abschluß des Friedens von den Besatzungstruppen geräumt; von dem preußischen Gebiet werden unter der gleichen Voraussetzung

6 415,3 qkm mit 2 305 666 Einwohnern nach 5 Jahren
 6 416,1 " " 1 121 092 " " 10 "
 10 568,3 " " 1 547 862 " " 15 "
 von der Besetzung befreit.

Die abgetretenen Gebiete innerhalb der alten Reichsgrenzen: Elsaß-Lothringen, der größte Teil der Provinz Posen, die Hälfte der Provinz Westpreußen, der nördliche Teil der Provinz Schleswig-Holstein, kleinere Bezirke von den Provinzen Ostpreußen und Schlesien sowie die Kreise Eupen und Malmedy wurden auf die Länder Polen, Frankreich, Dänemark, Belgien und Tschecho-Slowakei verteilt. Danzig machte man zum Freistaat, über das Memelgebiet ist noch nicht verfügt. Die abgetretenen Gebiete außerhalb der alten Reichsgrenzen, die deutschen Kolonien Ostafrika, Kamerun, Togo, Südwestafrika, Neu-Guinea mit Karolinen- und Marschallinseln, Samoa und Kiautschou sind den Staaten England, Frankreich, Belgien, Australien und Japan als Mandatsgebiete zugesprochen worden.

Die Verteilung des Flächeninhalts der abgetretenen Gebiete auf die verschiedenen Länder zeigt das folgende kleine Bild:

Die Verteilung der Deutschen Abtretungs-Gebiete.



Nach der Volkszählung von 1910 hatte Elsaß-Lothringen 1 874 014 Einwohner.

Die an Polen abgetretenen Teile der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien zählten 2 963 685 Einwohner.

In der Provinz Schlesw.-Holstein kamen 166 895 Einwohner unter dänische, in der Provinz Schlesien 45 396 Einwohner unter tschech.-slow. Oberhoheit.

Von den Einwohnern der Provinz Westpreußen wurden 330 252 dem Freistaat Danzig zugeteilt.

Die an Belgien abzutretenden Kreise Eupen und Malmedy umfaßten 60 924 Einwohner.

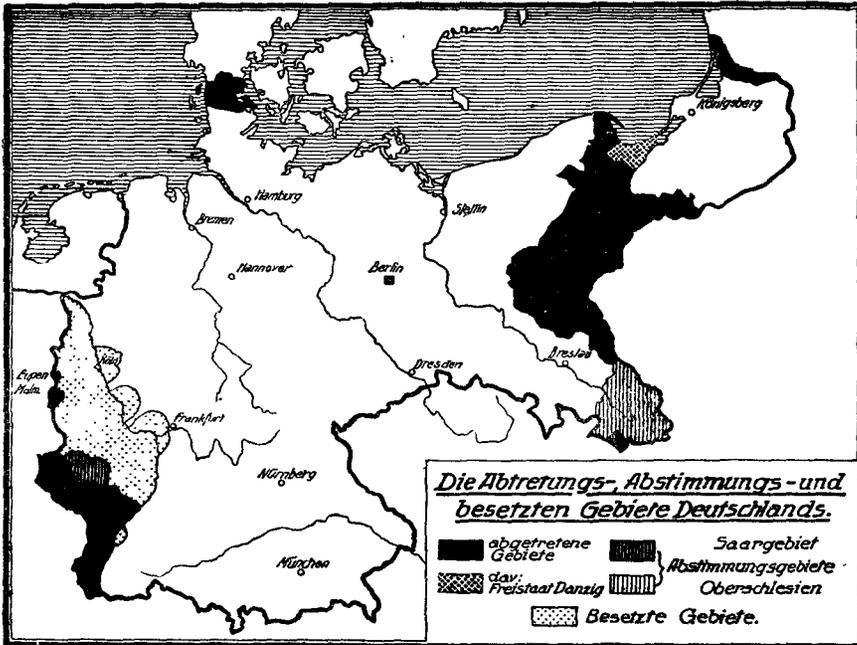
Von diesen 5 579 912 Personen sprachen u. a. 3 217 053 oder 58 v. H. deutsch als Muttersprache, 1 731 457 oder 30,1 v. H. polnisch, 123 906 oder 2,2 v. H. dänisch und 204 496 oder 3,6 v. H. französisch. Römisch-katholischen Glaubens waren 3 669 049, evangelischen Glaubens 1 817 979. Die Zahl der Juden in Deutschland verminderte sich um 67 590 oder 11 v. H. aller in Deutschland 1910 befindlichen Juden, da besonders in Elsaß-Lothringen und Posen der Anteil der Juden über dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte. Die starke Einwanderung vom

Osten hat hier aber zweifellos schon wieder einen Ausgleich geschaffen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der einzelnen abgetretenen Gebiete liegt teils in ihrem ausgesprochen landwirtschaftlichen Charakter und damit in ihrer Eigenschaft als Nahrungsmittel-lieferant für das übrige Deutschland, teils in ihrem Reichtum an Bodenschätzen: Erz, Kohle und Kali und damit in ihrer Eigenschaft als Rohstofflieferant für das übrige industriell hochentwickelte Deutschland und teils in ihrer reichen, ausgebreiteten Industrie und damit in ihrer Eigenschaft als Lieferant hochwertiger Exportgüter.

Die landwirtschaftliche Bedeutung.

Bei einem Gebietsverlust von 12,4 v. H. seiner Fläche hat Deutschland (nach der Bodenbenutzungsstatistik von 1913) mit den Abtretungen 13,7 v. H. seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche und 14,8 v. H. seiner Ackerländereien verloren. Am empfindlichsten in dieser Beziehung ist der Verlust Posens. Auf den Ackerländereien wurden 1913



5 948 573 dz Weizen gleich 12,8% d. Gesamtternte Deutschlands
 20 027 875 dz Roggen " 16,4% " "
 6 211 965 dz Gerste " 16,9% " "
 9 954 802 dz Hafer " 10,2% " "
 93 550 424 dz Kartoffeln " 17,3% " und
 30 955 208 dz Zuckerrüben sowie
 20 905 024 dz Futterrüben geerntet.

Für Weizen war das Hauptanbaugebiet Elsaß-Lothringen, demnächst die Provinz Posen; für Roggen die Provinz Posen und die Provinz Westpreußen; für Hafer desgleichen; ebenso für Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben. An Viehweiden und Hutungen gingen 11,5 v. H. verloren. Hier hat Westpreußen den größten Anteil.

An Vieh wurden
 701 499 Stück Pferde gleich 15,5% d. Gesamtzahl Deutschlands
 2 346 073 " Rindvieh " 11,2% " "
 528 878 " Schafe " 9,6% " "
 2 884 020 " Schweine " 11,2% " "
 291 531 " Ziegen " 8,2% " "

gehalten. Die größte Anzahl Pferde stellte die Provinz Posen, das meiste Rindvieh Posen und Westpreußen (in dem Abtretungsgebiet Posen kamen auf 2 Einwohner ein Stück Rindvieh, während in ganz Deutschland erst auf 3 Einwohner eins entfiel), die meisten Schweine ebenso die Provinzen Posen und Westpreußen.

Verhältnismäßig den größten Verlust hat durch die Abtretungen, insbesondere Elsaß-Lothringens, der Weinbau Deutschlands erlitten. Nicht weniger als 24,0 v. H. seiner Weinberge hat Deutschland hergegeben.

Die Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den abgetretenen Gebieten auf die einzelnen Nutzungsarten zeigt die folgende Zusammenstellung:

Die landwirtschaftliche Nutzfläche in den Abtretungsgebieten.

Landesteile	Landwirtschaftliche Nutzfläche				Forsten und Holzungen (1000 ha)
	überhaupt (1000 ha)	Garten- und Ackerländereien (1000 ha)	Wiesen (1000 ha)	Viehweiden und Hutungen (1000 ha)	
Ostpreußen . . .	222,3	150,1	39,2	33,1	41,8
Westpreußen . . .	1200,5	994,6	112,0	93,6	391,8
Posen	1976,4	1707,9	199,0	68,9	49,9
Schlesien	55,7	47,1	7,4	1,1	19,1
Schleswig-Holstein	380,8	241,6	43,2	46,0	20,2
Eupen-Malmedy . .	51,4	21,6	11,2	18,7	31,4
Elsaß-Lothringen .	929,5	666,3	197,1	35,6	436,3
überhaupt	4766,6	3829,2	609,1	297,0	1410,5
Auf 100 der 1913 für das deutsche Reich ermittelten Zahlen .	13,7	14,7	10,2	11,5	9,9

Die landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907 hatte in diesen Gebieten eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 4 326 137 ha ergeben, die über 606 697 Betriebe verteilt war und auf der 1 773 118 Personen beschäftigt wurden. Besonders der landwirtschaftliche Großbetrieb hat durch die Abtretungen große Einbußen erlitten. Während 10,6 v. H. aller Betriebe abgetreten wurden, gingen 18,2 v. H. der Betriebe mit 100 und mehr Hektar Land verloren. Für die landwirtschaftliche Fläche sind die entsprechenden Zahlen 13,6 v. H. und 19,9 v. H. Posen ist hierbei am stärksten beteiligt. Bei 1 887 663 ha abgetretener landwirtschaftlicher Fläche kamen hier allein 858 940 ha oder 45,5 v. H. auf die großen Güter mit einer Fläche von 100 und mehr Hektar.

Fortsetzung (Die industrielle Bedeutung) folgt in nächster Nummer.

Die Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich während der Jahre 1913 bis 1918.

Um die Säuglingssterblichkeit eines Kalenderjahres zu bestimmen, wird gewöhnlich berechnet, wieviel Sterbefälle im ersten Lebensjahre auf je 100 Lebendgeborene des betreffenden Jahres entfallen. In normalen Zeiten, wenn die Zahl der Geburten nur geringen Änderungen von einem Jahr zum andern unterworfen ist, ist das Ergebnis dieser Berechnung annähernd gleich dem hundertfachen Wert der Sterbenswahrscheinlichkeit im ersten Lebensjahre, d. h. der mathematischen Wahrscheinlichkeit eines lebendgeborenen Kindes vor Ablauf des ersten Lebensjahres zu sterben. In Zeiten aber, wenn die Zahl der Geborenen von Jahr zu Jahr starken Änderungen unterliegt, entweder wie in den Jahren 1915 und 1916 schnell abnimmt oder wie nach dem Kriege stark anwächst, weicht das Ergebnis recht beträchtlich von dem Wert der Sterbenswahrscheinlichkeit ab. Im Jahre 1915 beispielsweise ergab die Division der Sterbefälle des ersten Lebensjahres durch die Zahl der Lebengeborenen bei dem männlichen Geschlecht die Ziffer 0,182 und schien damit gegen 1913, wo diese Ziffer 0,164 war, eine bedeutende Verschlechterung der Säuglings-

sterblichkeit anzuzeigen, während die Sterbenswahrscheinlichkeit im Jahr 1915 in Wahrheit gleich 0,161 ist und somit eine geringe Besserung der Säuglingssterblichkeit anzeigt.

In Zeiten starker Geburtenänderung ist eine sichere Bestimmung der Säuglingssterblichkeit nur möglich, wenn die Sterbefälle des ersten Lebensjahres nach einzelnen Lebensmonaten gegliedert sind. Da nun seit dem Jahre 1910 im ganzen Deutschen Reiche die Sterbefälle des ersten Lebensjahres nach einzelnen Lebensmonaten ausgezählt werden, so konnte diese Auszählung benutzt werden, um auch für die Kriegsjahre eine genaue Bestimmung der Sterbenswahrscheinlichkeiten auszuführen.¹⁾

Ein Vergleich der Sterbenswahrscheinlichkeiten der Kalenderjahre 1914 bis 1918 mit den Sterbenswahrscheinlichkeiten des Jahres 1913 ist in der folgenden Übersicht in der Weise durchgeführt worden, daß die Wahrscheinlichkeiten des Jahres 1913 gleich 100 gesetzt und die Sterbenswahrscheinlichkeiten der folgenden Jahre darauf bezogen wurden.

Die Sterbenswahrscheinlichkeit der Lebensmonate des ersten Lebensjahres in den Kalenderjahren 1914—1918, wenn die entsprechenden Sterbenswahrscheinlichkeiten im Jahre 1913 gleich 100 gesetzt werden.

Alter in Monaten	Sterbenswahrscheinlichkeiten der Knaben in den Jahren						Sterbenswahrscheinlichkeiten der Mädchen in den Jahren					
	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1913	1914	1915	1916	1917	1918
0—1	100	103,5	94,1	94,2	99,9	107,2	100	104,1	95,6	96,8	103,1	110,4
1—2	100	108,9	92,5	83,4	99,7	96,7	100	111,5	95,2	87,2	104,0	99,7
2—3	100	114,5	94,5	83,6	96,6	89,1	100	114,0	93,7	84,9	96,0	88,6
3—4	100	114,6	96,2	84,6	93,1	90,3	100	117,4	98,9	86,7	92,7	88,7
4—5	100	113,5	99,4	86,8	89,2	94,9	100	116,1	101,9	86,5	91,7	90,1
5—6	100	114,2	103,8	91,4	94,8	99,8	100	114,6	102,1	88,2	92,0	98,2
6—7	100	110,4	105,1	99,3	96,5	112,6	100	110,2	101,7	90,1	89,9	103,4
7—8	100	111,2	108,6	98,0	97,3	119,5	100	112,4	105,2	97,1	98,0	110,9
8—9	100	105,3	110,1	100,1	99,6	120,3	100	106,6	106,7	96,4	96,9	116,5
9—10	100	109,2	112,3	109,2	106,8	134,7	100	103,4	105,9	103,7	99,2	121,6
10—11	100	101,7	111,1	102,3	106,4	130,2	100	101,4	108,3	106,1	106,3	124,5
11—12	100	104,8	114,8	109,6	115,3	132,5	100	100,0	108,2	108,6	113,0	134,5
0—12	100	107,8	98,9	92,9	98,6	104,9	100	108,4	99,1	93,6	99,3	104,6

¹⁾ Für Leser, denen an der Kenntnis der genauen Berechnung gelegen ist, sei nachstehend die Formel mitgeteilt, mit deren Hilfe die Sterbenswahrscheinlichkeiten eines jeden Lebensmonats und daraus abgeleitet die Sterbenswahrscheinlichkeit des ganzen ersten Lebensjahres für die Kalenderjahre 1913 bis 1918 nach Art der Sterbetafel berechnet wurden. Bezeichnet L die Zahl der Kinder, welche innerhalb eines Kalenderjahres den nten Lebensmonat vollenden, a die Zahl der Kinder, die am Anfang des

Kalenderjahres im Alter von n bis n + 1 Monaten stehen, und b die Zahl der Kinder, die am Schluß des Kalenderjahres in demselben Alter sich befinden, und ist ferner d die Zahl der Kinder, die während des Kalenderjahres im Alter von n bis n + 1 Monaten sterben, so ist die Sterbenswahrscheinlichkeit dieses Lebensmonats $q = \frac{d}{L + \frac{a-b}{2}}$. Eine nähere Beschreibung dieser Rechnung wird an anderer Stelle gegeben werden.

Der Vergleich läßt erkennen, daß die ersten Lebensmonate in den Jahren 1915 bis 1918 meist eine geringere Sterblichkeit aufwiesen als in dem Jahr 1913, während die letzten Lebensmonate in den Kriegsjahren eine höhere Sterblichkeit haben. Das Jahr 1914 hatte wegen seiner ungünstigen Witterungsverhältnisse durchweg eine größere Sterblichkeit als das normale Friedensjahr 1913. In den drei Jahren 1915, 1916 und 1917 ist die Verringerung der Sterblichkeit in den ersten Monaten so beträchtlich, daß auch die durchschnittliche Sterblichkeit des ganzen ersten Lebensjahres unter den normalen Stand des Jahres 1913 herabgedrückt wird, während im Jahre 1918 die Erhöhung der Sterblichkeit in den letzten Lebensmonaten eine Erhöhung der gesamten Jahressterblichkeit bewirkt.

Als Ursache für die verhältnismäßig geringe Sterblichkeit der ersten Lebensmonate ist wohl folgendes anzuführen: Einmal war die Zahl der Säuglinge während des Krieges wegen der Abnahme der Geburten sehr viel geringer als in der Friedenszeit und die Versorgung einer nahezu bis auf die Hälfte herabgeminderten Kinderzahl ist leichter zu bewerkstelligen als die einer großen Zahl. Dann mag wohl öfter auch das Fernsein der Väter die Pflege der kleinsten Kinder erleichtert haben und schließlich wird der Mangel an Lebensmitteln und besonders an Milch häufiger als sonst die Ernährung der Kinder mit Muttermilch veranlaßt haben. Und daß die Sterblichkeitsverhältnisse der mit Muttermilch ernährten Kinder weit günstiger sind als die Sterblichkeitsverhältnisse der mit Tiermilch oder mit Surrogaten ernährten, ist durch die Berliner statistischen Untersuchungen von Böckh unwiderleglich nachgewiesen worden. Die Jahre 1916 und 1917 bestätigen die Annahme, daß die häufigere Ernährung mit Muttermilch die Verminderung der Sterblichkeit bewirkt, da die Besserung

bis zum neunten Lebensmonat dauert und erst dann, wenn auch die Kinder an der Lebensmittellage teilnehmen, eine zum Teil recht beträchtliche Verschlechterung der Sterblichkeitsverhältnisse einsetzt.

Die Zunahme der Sterblichkeit in den letzten Monaten des ersten Lebensjahres leitet zu der großen Sterblichkeit der folgenden Kinderjahre herüber, über die in der nächsten Nummer dieser Zeitschrift berichtet werden wird. Wenn es gestattet ist, die gleichen Ursachen, welche die Verringerung der Sterblichkeit in den ersten Lebensmonaten bewirkt haben, vor allem das Fernsein der Väter und die Fürsorge, welche den Müttern und den schwangeren Frauen durch Behörden und gemeinnützige Vereine zuteil geworden ist, auch für den Schutz und die Pflege der noch nicht geborenen Kinder in Anspruch zu nehmen, so könnte hierdurch eine eigentümliche Erscheinung, die während der Kriegsjahre beobachtet worden ist, aufgeklärt werden. Das Verhältnis der Knaben- und Mädchengeburt hat sich nämlich geändert und zwar hat die Zahl der Knabengeburt merklich zugenommen. Nun ist bekannt, daß bei Fehlgeburten der Knabenüberschuß weit größer ist als bei gewöhnlichen Geburten. Während bei gewöhnlichen Geburten auf je 100 Mädchen 106 Knaben kamen, kommen bei Fehlgeburten auf je 100 Mädchen etwa 150 Knaben. Wenn nun durch bessere Fürsorge für die Mütter auch vor der Geburt des Kindes einige Fehlgeburten verhindert wurden, so müßte ihr stärkerer Knabenüberschuß jetzt den gewöhnlichen Geburten zugute kommen. Wenn nur zu je 100 gewöhnlichen Geburten 3 oder 4 hinzukommen, die sonst Fehlgeburten gewesen wären, so würde die beobachtete Zunahme der Knabengeburt aufgeklärt sein.

J. Rahts.

Geburten, Heiraten und Sterbefälle in Frankreich.

Ein Land, das schon in normalen Zeiten bevölkerungspolitisch um seinen Bestand gerungen hat, das bereits 1890 einen Überschuß der Todesfälle über die Geburten zu verzeichnen hatte und dessen Bevölkerungsstand sich seitdem nahezu gleich geblieben ist, muß naturgemäß durch den Krieg und seine Begleiterscheinungen in hohem Maße erschüttert worden sein. Seit 1914 ist Frankreich ein Land rapider Entvölkerung. Durch die sturzweise Abnahme der Geburten erreichte der Überschuß der standesamtlich eingetragenen Sterbefälle über die Geburten 1916 ein Maximum von 292 655 Personen. Dabei ist die Zahl der an der Front Gefallenen nicht berücksichtigt. Die hier mitgeteilten Zahlen beziehen sich ferner nur auf die 77 vom Kriege nicht betroffenen Departements. Das tatsächliche Bild ist

also noch ungünstiger. Im Jahr 1918 wurde das Maximum von 1916 noch übertroffen. Verursachend in diesem Jahr war allerdings nicht ein weiteres Sinken der Geburtenzahlen, sondern ein ungeheures Ansteigen der Sterbefälle. Im Jahr 1919 ging dann der Überschuß der Sterbefälle auf 217 181 zurück. Für 1920 ist mit einem weiteren Zurückgehen zu rechnen, da aus der ganz riesenhaft angeschwollenen Zahl der Eheschließungen auf eine Vermehrung der Geburten geschlossen werden darf. Die Zahl der geschlossenen Ehen stieg von 177 822 im Jahr 1918 auf 447 207 im Jahr 1919 oder von 53 auf 134 auf 10 000 Einwohner. Von diesen Heiraten entfielen 285 774 oder 63,9 v. H. auf die 2. Jahreshälfte. Die Entwicklung der Geburten, Heiraten und Sterbefälle seit 1913 zeigt folgende Übersicht:

Auf 10 000 Einwohner (nach der Volkszählung

von 1911) entfielen (in 77 Departements)

im Jahre	Eheschließungen	Geburten	Sterbefälle
1913	75	183	178
1914	51	180	196
1915	23	117	198
1916	33	95	184
1917	48	104	185
1918	53	121	238
1919 1. Halbjahr	98	103	218
„ 2. „	173	142	157
1919 Durchschnitt	134	122	187

Die Säuglingssterblichkeit war im Jahr 1919 nahezu auf den günstigen Vorkriegsstand zurückgekehrt. 1915 war sie am höchsten, am nächsthöchsten in dem allgemeinen Epidemiejahr 1918. 1919 starben 48 064 Kinder im Alter von unter 1 Jahr oder 119 auf 1000 Lebendgeborene gegenüber 65 855 oder 109 auf 1000 Lebendgeborene im Jahr 1913.

In Elsaß-Lothringen ist schon im Jahre 1919 der in den Jahren 1916, 1917 und 1918 ausgebliebene Geburtenüberschuß wiederhergestellt worden. Es wurden im Jahr 1919 28 192 Kinder lebend geboren, während nur 26 566 Personen starben. 804 Geburten waren Totgeburten. Der Geburtenüberschuß ist sowohl auf einen Rückgang der Sterbefälle als auf einen Anstieg der Geburten zurückzuführen; die Eheschließungen nahmen von 6476 im Jahr 1918 auf 23 977 im Jahr 1919 zu. 1913 waren 13 170 Ehen geschlossen worden.

Die außerordentlichen Steigerungen der Geburtenzahl und der Eheschließungen sind natürlich nicht als ein Zeichen zunehmenden Wohlstandes und erstarkter Volkskraft anzusehen. Es handelt sich hierbei im wesentlichen nur um Nachholungen. Die

gleichen Erscheinungen weisen alle übrigen am Krieg beteiligten Länder auf. Dagegen ist die günstige Entwicklung der Sterbeziffern — in Frankreich war die Sterbeziffer im 2. Halbjahr 1919 schon wesentlich niedriger als die Ziffer von 1913 — zweifellos auf eine zunehmende Gesundung der ökonomischen und sozialen Lage der Bevölkerung zurückzuführen. Hierin zeigt sich kraß der Unterschied von der Gestaltung in Deutschland. Wenn auch in Deutschland gegenüber dem Jahr 1915 mit seiner hohen Sterbeziffer eine geringe Besserung eingetreten ist, so ist doch die Sterbeziffer gegenüber 1913 noch um ein beträchtliches höher. 1913 starben nur 15,8 Personen auf 1000 Einwohner, im ersten Vierteljahr 1920 dagegen 20,37.

Flächeninhalt und Bevölkerung der Tschecho-Slowakei. Nach dem „Statistischen Handbuch der Tschecho-Slowakischen Republik“ beläuft sich der Flächeninhalt der Tschecho-Slowakei auf 140 968 qkm, auf denen im Jahre 1910 eine Bevölkerung von 13 636 390 Personen ansässig war.

Bei der Volkszählung im Jahre 1910 hatten von je 1000 Bewohnern angegeben als

Umgangs- bzw. Muttersprache	Glaubensbekenntnis
tschecho-slow. 589,8	römisch-katholisch . 859,0
deutsch 277,3	griechisch-kathol. . . 43,4
magyarisch 78,6	griech.-orientalisch. . 0,2
ruthenisch 31,7	augsburgisch 43,1
polnisch 12,3	reformiert 25,3
andere 3,8	israelitisch 26,5
	andersgläubig und konfessionslos 2,5
	11,3 von Tausend waren Staatsfremde.

VERSCHIEDENES

Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte 1919.

A. Rechtsprechung.

a) **Gewerbegerichte.** Die Zahl der während des Krieges anhängig gewordenen Klagesachen war allmählich auf fast ein Drittel des Friedensstandes zurückgegangen. Die niedrigste Zahl mit 39 055 im letzten Kriegsjahre hat sich wieder auf 59 820 im Berichtsjahre gehoben. Die Tätigkeit der Gewerbegerichte blieb hiernach gegenüber der Vorkriegszeit noch ganz bedeutend zurück. Über die Arbeitslast der Gewerbegerichte erhält man einen Einblick, wenn man die Zahl der durchschnittlich auf ein Gewerbegericht im Berichtsjahr entfallenden Klagesachen errechnet. Hiernach kamen auf ein Gewerbegericht 225 Klagesachen im Jahre 1901, die Zahl steigerte sich bis auf 280 im Jahr 1906 und fiel allmählich bis auf 229 im Jahr 1913 und im Laufe des Krieges sogar auf 72. Im Berichtsjahr stieg diese Durchschnittszahl wieder auf 122. Wie verschiedenartig die höchste und die niedrigste Beschäftigungszahl der einzelnen Gewerbegerichte im Geschäftsjahr 1919 war, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung:

Es wiesen auf					
anhängige Rechtsstreitigkeiten	Gewerbegerichte	v. H.	anhängige Rechtsstreitigkeiten	Gewerbegerichte	v. H.
keine	26	5,3	101— 150	23	4,7
1— 5	77	15,8	151— 200	10	2,0
6— 10	57	11,7	201— 300	12 ²⁾	2,5
11— 20	82	16,8	301— 500	17 ³⁾	3,5
21— 30	32	6,5	501— 1 000	9 ⁴⁾	1,8
31— 40	42	8,6	1 001— 2 000	7 ⁴⁾	1,4
41— 50	27	5,5	2 001— 5 000	4 ⁵⁾	0,8
51— 75	39	8,0	5 001— 10 000	1 ⁶⁾	0,2
76— 100	24	4,9	122 (Gesamt- 489 durchschnitt)	100,0	

¹⁾ Augsburg, Bln.-Reinickendorf, Gelsenkirchen, Halle a. d. S., Karlsruhe, Kassel, Mülheim a. d. Ruhr, Opladen, Pforzheim, Remscheid, Wiesbaden, Würzburg.

²⁾ Altona, Bln.-Schöneberg, Beuthen, Bochum, Bonn, Dortmund, Hannover, Krefeld, Magdeburg, Mannheim, Mülheim a. Rh., Neukölln, Saarbrücken, Schwelm, Stettin, Stuttgart, Vohwinkel.

³⁾ Barmen, Bremen, Breslau, Charlottenburg, Dresden-A. Amtehtpt., Duisburg, Essen, Frankfurt a. M., Nürnberg.

⁴⁾ Chemnitz, Dortmund, Düsseldorf, Eilberfeld, München, München-Gladbach, Solingen.

⁵⁾ Dresden-St., Hamburg, Köln, Leipzig-St.

⁶⁾ Berlin.

Untersucht man die Geschäftstätigkeit der verschiedenen Arten von Gewerbegerichten, so entfielen im Berichtsjahr auf ein kommunales Gewerbegericht 93 Streitsachen, auf ein Berggewerbegericht 166 Streitsachen und auf ein Landesgewerbegericht 1033 Streitsachen.

Von den 59 820 Rechtsstreitigkeiten des Geschäftsjahrs 1919 wurden nur insgesamt 44 (0,1 v. H.) zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers und 2981 (5,0 v. H.) auf Klage der Arbeitgeber und der Rest in Höhe von 56 795 (94,9 v. H.) auf Klage der Arbeitnehmer hin anhängig. Die Art ihrer Erledigung erfolgte

in 22 481 Fällen (37,6 v. H.)	durch Vergleich,
" 10 193 " (17,0 v. H.)	" kontradiktorische Endurteile,
" 450 " (0,8 v. H.)	" einen Verzicht im Sinne des § 306 C. P. O.,
" 795 " (1,3 v. H.)	" Auerkenntnis,
" 11 380 " (19,0 v. H.)	" Zurücknahme d. Klage,
" 2 904 " (4,9 v. H.)	" Versäumnisurteil,
" 8 132 " (13,6 v. H.)	auf andere Weise,

in 3485 Fällen (5,8 v. H.) blieben die Rechtsstreitigkeiten unerledigt.

Der Streitwert erreichte im Berichtsjahre eine Höhe von

20 M. in 7 682 Fällen (12,8 v. H.),
50 " " 10 193 " (17,0 v. H.),
100 " " 12 085 " (20,2 v. H.),
mehr als 100 " " 26 605 " (44,5 v. H.).

In 3255 Fällen (5,5 v. H.) wurde der Streitwert nicht ermittelt.

Berufung gegen die Endurteile der Gewerbegerichte, die noch bei Urteilen, deren Streitwert 100 M. betrug, zulässig war, wurde im Berichtsjahre in 951 Fällen eingelegt. Was die Dauer des Verfahrens anlangt, so wurden von 10 193 kontradiktorischen Endurteilen

1 191 in weniger als 1 Woche (11,7 v. H. gegen 31,4 v. H. 1910)
2 026 in 1 bis 2 Wochen (19,9 v. H. " 24,2 v. H. 1910)
4 112 in 2 Wochen bis 1 Mon. (40,3 v. H. " 26,0 v. H. 1910)
2 366 in 1 bis 3 Monaten (23,2 v. H. " 11,4 v. H. 1910)
498 in 3 Monaten und mehr (4,9 v. H. " 2,0 v. H. 1910)

gefällt. Im Vergleich zu der Dauer des Verfahrens während des Krieges ist eine Beschleunigung nicht festzustellen, vielmehr ist eine noch weitere Verlangsamung bis zur Erlangung eines Urteils zu beobachten. Gegenüber den Friedensjahren hat, wie aus den in Klammern mitgeteilten Ergebnissen für das Jahr 1910 zu ersehen ist, die Verlangsamung außerordentlich zugenommen.

b) Kaufmannsgerichte. Von den 11 235 Rechtsstreitigkeiten des Berichtsjahrs vor den Kaufmannsgerichten sind nur 435 (3,9 v. H.) auf Klage der Kaufleute, der Rest mit 10 800 (96,1 v. H.) auf Klage der Handlungsgehilfen und Lehrlinge hin anhängig geworden. Die Erledigung der Streitigkeiten erfolgte

in 4 875 Fällen (43,4 v. H.)	durch Vergleich,
" 1 386 " (12,3 v. H.)	" kontradiktorische Endurteile,
" 118 " (1,1 v. H.)	" einen Verzicht im Sinne des § 306 C. P. O.,
" 67 " (0,6 v. H.)	" Auerkenntnis,
" 2 300 " (20,5 v. H.)	" Zurücknahme der Klage,
" 710 " (6,3 v. H.)	" Versäumnisurteil,
" 1 195 " (10,6 v. H.)	auf andere Weise,

in 584 Fällen (5,2 v. H.) blieben die Rechtsstreitigkeiten unerledigt.

Der Streitwert erreichte eine Höhe von

20 M. in 181 Fällen (1,6 v. H.),
50 " " 477 " (4,2 v. H.),
100 " " 972 " (8,7 v. H.),
100-300 " " 3 628 " (32,3 v. H.),
mehr als 300 " " 5 000 " (44,5 v. H.),

in 977 Fällen (8,7 v. H.) wurde der Streitwert nicht ermittelt, in 233 Fällen wurde Berufung eingelegt.

Was die Dauer des Verfahrens vor den Kaufmannsgerichten anbetrifft, so zeigt sich folgendes Bild: Von den 1386 Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Endurteil gefällt wurde, wurden

133 (9,6 v. H. gegen 13,7 v. H. 1910)	in weniger als 1 Woche,
242 (17,5 v. H. " 24,8 v. H. 1910)	" 1-2 Wochen,
478 (34,5 v. H. " 32,2 v. H. 1910)	" 2 Wochen bis einschl. 1 Monat,
390 (28,1 v. H. " 22,3 v. H. 1910)	" 1-3 Monaten,
143 (10,3 v. H. " 7,0 v. H. 1910)	" 3 Monaten und mehr erledigt.

Auch bei den Kaufmannsgerichten hat, wie die Gegenüberstellung mit dem Jahre 1910 ergibt, die Tendenz der Verlangsamung der Prozeßführung bis zur Erlangung eines Urteils fortgedauert und ist ebenfalls als außerordentlich stark zu bezeichnen.

Um einen Maßstab für die Beurteilung der Geschäftstätigkeit der Kaufmannsgerichte zu erhalten, muß man, wie oben bei den Gewerbegerichten, den Durchschnitt der bei einem Kaufmannsgericht anhängig gewordenen Rechtsstreitigkeiten ermitteln. Im Berichtsjahr betrug diese Durchschnittszahl 41. Sie hat sich gegenüber dem letzten Kriegsjahr fast verdoppelt, sie bleibt aber gegenüber dem Friedensjahr 1913, in dem die auf ein Kaufmannsgericht durchschnittlich entfallenen Rechtsstreitigkeiten den Höchststand mit 100 erreicht hatten, noch mehr als um das Doppelte zurück.

Wie verschiedenartig die höchste und die niedrigste Beschäftigungszahl der einzelnen Kaufmannsgerichte im Jahre 1919 war, zeigt nachfolgende Zusammenstellung:

Die Zahl der Rechtsstreitigkeiten betrug

0	bei 27 Kaufmannsgerichten,	9,9 v. H.
1-5	" 98 "	35,8 " "
6-10	" 50 "	18,2 " "
11-30	" 48 "	17,5 " "
31-50	" 10 "	3,6 " "
51-100	" 21 "	7,7 " "
101-150	" 5 "	1,8 " "
151-200	" 5 "	1,8 " "
201-300	" 1 ¹⁾ "	0,4 " "
301-500	" 6 ²⁾ "	2,2 " "
501-1000	" 2 ³⁾ "	0,7 " "
201-5000	" 1 ⁴⁾ "	0,4 " "

¹⁾ Düsseldorf. — ²⁾ Charlottenburg, Breslau, Frankfurt a. M., München, Dresden-St., Leipzig-St. u. Amtsh. — ³⁾ Köln, Hamburg. — ⁴⁾ Berlin.

B) Einigungsamtliche Tätigkeit.

a) Gewerbegerichte. Die Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte hat zum Gegenstand die Entscheidung von Einzelstreitigkeiten. Die einigungsamtliche Tätigkeit dieser Sondergerichte besteht in der Erledigung von Gesamtstreitigkeiten. Die einigungsamtliche Tätigkeit war im Berichtsjahr weit lebhafter als in den vorausgegangenen Kriegsjahren und in den Vorkriegsjahren. Sie spiegelt sich in nachfolgender Zusammenstellung wieder. Es betrug:

I. Zahl der Anrufungen der Gewerbe-gerichte als Einigungsämter:	1919	1918
a) von beiden Teilen	173	204
b) nur seitens der Arbeitgeber	19	18
c) nur seitens der Arbeiter	397	140
II. 1. Es kamen zustande:		
a) Vereinbarungen	270	167
b) Schiedssprüche	159	75
c) weder Vereinbarung noch Schieds-spruch	146	75
2. Es blieben unerledigt:	13	
III. Zahl der Fälle der Unterwerfung unter den Schiedsspruch:		
a) seitens beider Teile	129	58
b) nur seitens der Arbeitgeber	4	10
c) nur seitens der Arbeiter	25	7
d) seitens keines Teils	1	1
IV. Zahl der abgegebenen Gutachten	6	17
V. Zahl der gestellten Anträge	1	9

Im Berichtsjahre waren im ganzen 60 Gewerbe-gerichte als Einigungsämter tätig. Durchschnittlich trafen demnach auf ein Gewerbegericht rund 10 An-rufungen. Das Gewerbegericht München stand in altgewohnter Weise mit seiner einigungsamtlichen Tätigkeit an der Spitze. Betrachtet man die einigungsamtliche Tätigkeit der Gewerbegerichte, die eine größere als die durchschnittliche Wirksamkeit aufzuweisen hatten, so ergibt sich folgende Reihen-folge: Im Jahre 1919 folgten auf München mit 314 An-rufungen (53,4 v. H. der Gesamtanrufungen) Berlin mit 75 (12,8 v. H.), Krefeld mit 18 (3,1 v. H.), Köln mit 14 (2,4 v. H.), Alzey mit 13 (2,2 v. H.) und Dresden mit 12 (2,0 v. H.).

b) Kaufmannsgerichte. Das Kaufmannsgericht kann bei Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und Handlungsgehilfen oder Handlungslehrlingen über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederauf-nahme des Dienst- oder Lehrverhältnisses als Ein-igungsamt angerufen werden. Wenn auch die ein-igungsamtliche Tätigkeit der Kaufmannsgerichte ab-solut betrachtet als sehr gering zu bezeichnen ist, so hat sie relativ betrachtet im Berichtsjahr gegenüber der außerordentlich geringen Tätigkeit in früheren Jahren schwache Ansätze zu einer Entwicklung ge-zeigt. Im ganzen haben im Berichtsjahr 11 Kauf-mannsgerichte einigungsamtliche Tätigkeit ent-wickelt und zwar wurden angerufen die Kaufmanns-gerichte München 48mal, Berlin 6mal, Nürnberg, Dresden und Hamburg je 2mal, Bochum, Hamm, Krefeld, München-Gladbach, Kulmbach und Schweinfurt je einmal. Die Anrufung erfolgte seitens beider Teile in 13, nur seitens der Kaufleute in 5 und seitens der Lehrlinge bzw. Gehilfen in 48 Fällen. Das Er-gebnis war in 14 Fällen eine Vereinbarung, in 17 Fällen ein Schiedsspruch, in 33 Fällen wurde weder eine Vereinbarung noch ein Schiedsspruch er-zielt und 2 Fälle blieben unerledigt. Bei den 17 Schiedssprüchen unterwarfen sich beide Teile in 12 Fällen und nur jeweils die eine Seite und zwar nur die Kaufleute in 2 Fällen und nur die Ange-stellten in 3 Fällen. In den Jahren 1905 bis 1918 wurden die Kaufmannsgerichte im ganzen nur 41mal als Einigungsamt angerufen.

C. Gutachtliche Tätigkeit.

Gutachten wurden im Berichtsjahre von den Ge-werbegerichten 6 und von den Kaufmannsgerichten

12 abgegeben, Anträge an die Regierung hatten während des Berichtsjahres die Gewerbegerichte 1 und die Kaufmannsgerichte 2 gestellt.

D. Ergebnis.

Die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmanns-gerichte hat gegenüber den vorausgegangenen Kriegs-jahren im Jahre 1919 zwar zugenommen, sie hat aber noch lange nicht die Höhe der Friedens-zeit erreicht. Zum ersten Male ist bei der statisti-schen Aufbereitung eine Aufteilung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nach der Zahl der anhängig gewordenen Rechtsstreitigkeiten gemacht. Aus dieser Zusammenstellung erhellt, daß nur eine ganz geringe Zahl von Gewerbegerichten eine umfangreichere Tätigkeit zu entfalten Gelegenheit hatte; es waren dies die Gewerbegerichte der ganz großen Industrie-städte. Wollte man den jeweiligen Beschäftigungs-grad benoten, so dürfte nachfolgendes Bild dies ver-anschaulichen:

Zahl der Rechts-streitigkeiten	Beschäftigungsgrad	v. H.
0—200	ungenügend beschäftigt	89,8
201—500	schwach	5,9
501—1000	mittelmäßig	1,0
1001—2000	gut	1,4
über 2000	sehr gut	1,0

Nimmt man die bisherige Beschäftigung der Ge-werbe- und Kaufmannsgerichte, die den Grundstock für besondere Arbeitsgerichte bilden sollen, als Maß-stab für die Beurteilung des wahrscheinlichen Be-schäftigungsgrades der geplanten Arbeitsgerichte an, so dürften die Bedenken, die gegen Errichtung selb-ständiger Arbeitsgerichte bisher geltend gemacht worden sind, sehr beachtenswert erscheinen. Ferner wäre auf einen weiteren Gesichtspunkt hinzuweisen, der für die Beurteilung der Lebensfähigkeit selb-ständiger Arbeitsgerichte nicht gering zu veran-schlagen ist. Je stärker nämlich die Berufsverbände sich entwickeln und mit ihnen der Gedanke der Tarifverträge sich verbreitet, und je erfahrener und sachkundiger die Vertreter der Verbände werden, um so klarer wird der Inhalt der Tarifverträge und um so weniger Anlaß wird zu Einzelstreitigkeiten gegeben werden. Nach einigen Jahren dürfte deshalb, selbst wenn sämtliche Arbeitsstreitigkeiten aller Ange-stellten und Arbeiter ohne Unterschied der Gehalts-grenzen und des Wertes des Streitgegenstandes den Arbeitsgerichten überwiesen werden sollten, die über-wiegende Mehrzahl der Arbeitsgerichte ein ähnliches Bild der Geschäftstätigkeit, wie es bis-her die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zeigten, bieten. Wenn somit voraussichtlich bestenfalls nur 40—50 der geplanten Sondergerichte eine größere Beschäftigung zu gewärtigen haben werden, so darf die Frage berechtigt erscheinen, ob nicht die nament-lich von Richterseite befürwortete Angliederung be-sonderer Abteilungen an die Amtsgerichte für sämt-liche Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Ange-stelltenverhältnis unter Erhaltung der Vorteile des Verfahrens der bisherigen Sondergerichte den Vor-zug verdient. Auch der Gesetzgeber hat im Jahre 1901 bei Ergänzung des Gewerbegerichtsgesetzes die Lebensfähigkeit der Gewerbegerichte für Gemeinden

mit mehr als 20 000 Einwohnern zu Unrecht angenommen und die Errichtung eines Gewerbegerichts diesen Gemeinden zur Pflicht gemacht. Von den 261 Gewerbegerichten, die für die Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern (Volkszählung vom 8. Oktober 1919) zwar zum größeren Teile für die Bezirke der Gemeinden allein, jedoch zu einem nicht geringen Teil auch noch für weitere anschließende Bezirke gleichzeitig errichtet waren, waren zwar alle tätig gewesen, jedoch hatten 18 v. H. hiervon eine kaum nennenswerte Tätigkeit entfaltet und zwar hatten 5 Gewerbegerichte (Ansbach, Bocholt, Erlangen, Landshut und Straubing) nur 1—5, 16 Gewerbegerichte 6—10 und 26 Gewerbegerichte 11—20 Streitsachen im Berichtsjahre 1919 zu erledigen.

A. Müller.

Automobilunfälle in Amerika. Nach einer soeben erschienenen Veröffentlichung sind in den Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1919 fast 10 000 Personen durch Automobile tödlich verunglückt; es kamen demnach 93,61 Todesfälle auf eine Million Einwohner gegen 4,36 im Jahre 1906 und 39,34 im Jahre 1913. In Deutschland waren für das Jahr 1906 und 1913 die betreffenden Zahlen 2,34 und 7,53. Die Zunahme der Gefährdung war also in Deutschland wesentlich geringer als in den Vereinigten Staaten. Der Kraftfahrzeugverkehr in den Vereinigten Staaten hat sich schon vor dem Kriege in erheblich schnellerem Tempo vermehrt. In dem Zeitraum 1912 bis 1919 stieg hier die Zahl der registrierten Automobile von 1 900 513 auf 7 523 664. Im Jahre 1920 soll sie bereits auf 10 Millionen angewachsen sein. Damit kommt in Amerika auf durchschnittlich 10 Personen ein Automobil.

Die gefährdetste der größeren Städte war im Jahr 1919 Hartford mit 42 Todesfällen oder 309 auf eine Million Einwohner; auf New York kamen 767 Todesfälle oder 138 auf 1 Million Einwohner. Die meiste Gefahr, durch ein Automobil getötet zu werden, besteht nach der amerikanischen Statistik in den Monaten Oktober und November. Von den Tagesstunden sind die Stunden zwischen 7½ und 9 Uhr nachmittags, demnächst die zwischen 9 und

10½ Uhr abends die bei weitem gefahrvollsten. Nach einer Statistik der Stadt Newark fanden von allen Wagenunfällen in diesen drei Stunden allein 48,1 v. H. statt. Die Zahl der durch Automobile verursachten Todesfälle ist 1919 zum ersten Male größer als die bei der Eisenbahn. An der Gesamtzahl der durch Verkehrsmittel hervorgerufenen Todesfälle war das Automobil im Jahre 1919 mit 42,2 v. H. beteiligt.

Ergebnis der Preußischen Landtagswahlen am 20. Februar 1921.

Über das vorläufige Gesamtergebnis der Landtagswahlen in Preußen am 20. Februar 1921 werden im Deutschen Reichsanzeiger vom 23. Februar 1921 folgende Angaben veröffentlicht: Es entfallen auf

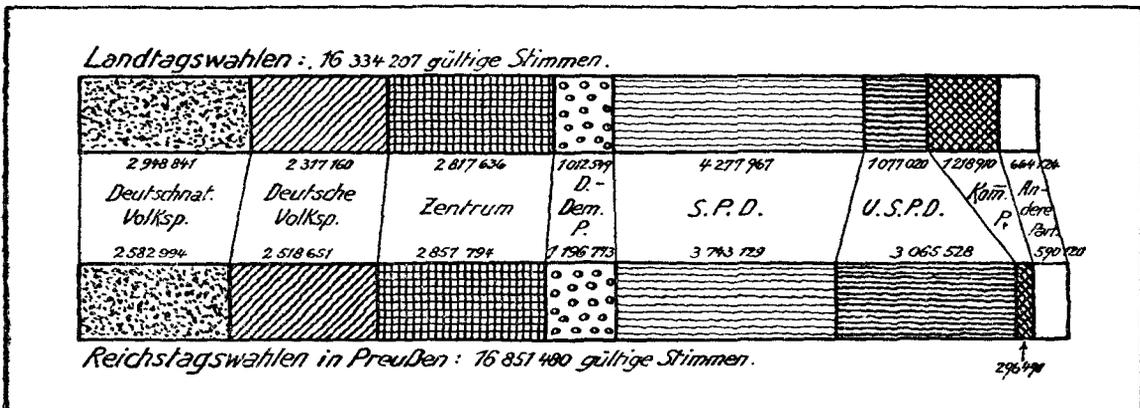
Parteibezeichnung	Gültige Stimmen	Gewählte Abgeordnete	Außerdem Abgeordn. in Ober-schlesien
Deutschnationale Volkspartei	2 948 841	74	1
Deutsche Volkspartei	2 317 160	58	—
Zentrum	2 817 636	70	11
Deutsche Demokr. Partei	1 012 549	25	1
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	4 277 967	107	7
Unabhängige Sozialdemokr. Partei Deutschlands	1 077 020	27	2
Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands	1 218 910	30	—
Andere Parteien und zwar:			
Deutsch-Hannov. Partei	438 680	11	—
Wirtschaftspartei d. dtsh. Mittelstandes	192 726	4	—
Christliche Volkspartei	14 183	—	—
Polnische Partei	11 950	—	—
Schleswigscher Verein	4 684	—	—
Fraktionslose Partei	980	—	—
Christlichsozial	921	—	—
Zusammen:			22

Vergleicht man die Ergebnisse der Preuß. Landtagswahlen mit den letzten Reichstagswahlen in Preußen vom 6. Juni 1920, wobei diesen die Ergebnisse der gleichzeitig mit der Landtagswahl stattgefundenen nachträglichen Wahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein zuzuzählen sind, so ergibt sich folgendes Bild:

Ergebnisse der Preußischen Landtagswahlen am 20. Februar 1921

verglichen mit den Ergebnissen der Reichstagswahlen in Preußen vom 6. Juni 1920 einschließlich der Ergänzungswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein am 20. Februar 1921.

(Abgegebene gültige Stimmen).



Der Andrang bei den Arbeitsnachweisen. Nach der Veröffentlichung im Reichsarbeitsblatt kamen im Monat Januar auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 257 Arbeitsgesuche (gegen 232 im Dezember 1920), bei den weiblichen 135 (gegen 143 im Vormonat). Die Zahlen sind in den Deutschen Wirtschaftskurven (Seite 54 dieser Nummer) graphisch dargestellt.

Die **Technische Nothilfe** konnte am 30. September 1920 auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. Oktober 1919 war sie offiziell anerkannt worden; im besetzten Gebiet mußte sie allerdings ihre Tätigkeit am 3. Juni 1920 auf Anordnung der Rheinlandkommission wieder einstellen. Sie umfaßte am Ende des Berichtsjahrs 132 815 Mitglieder; von den Ende September v. J. nach Berufen ausgezählten 108 284 Mitgliedern waren (einschl. weiblicher Mitglieder) 24 835 Studierende und Schüler, 14 521 freien Berufen Angehörige, 5646 Maschinisten, Maschinenwärter, Maschinenmeister, 4359 Ingenieure, 1287 Eisenbahnbeamte, 1197 Post- und Telegraphenbeamte, 5542 ungelernete Arbeiter. Bergbaulichen Be-

rufen gehörten (einschl. Ingenieure und Maschinisten) 1729, landwirtschaftlichen 10 836 an.

Die Zahl der Alarmierungen, der eingesetzten Nothelfer und der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden belief sich in den einzelnen Vierteljahren des Berichtsjahrs auf:

	Okt.— 1919	Dez.— 1920	Jan.—März 1920	April—Juni 1920	Juli—Sept. 1920
Alarmierungen	18	326	125	104	104
Eingesetzte Nothelfer	137	15 125	2 207	2 925	2 925
Geleistete Arbeitsstunden	604	581 660	157 124	252 851	252 851

Von den im Berichtsjahr eingesetzten 20 394 Nothelfern wurden 6588, also ein Drittel, in Berlin eingesetzt, 3289 in Schlesien, 1624 in Pommern, 1296 in Ostpreußen, 1209 in Brandenburg, 1121 in Hamburg, 1039 in Provinz Sachsen. Außerhalb Preußens und Hamburgs sind Nothelfer nur in Württemberg in größerer Zahl (913, davon 808 in der Zeit vom 29. August bis 4. September 1920) in Tätigkeit getreten. 11 899 Nothelfer, also über die Hälfte, kamen in der Woche vom 14. bis 20. März 1920 zur Verwendung, davon 5530 in Berlin, 2900 in Schlesien, 1026 in Brandenburg.

Unterstützt wurden 546 Betriebe und Gewerbe, davon 88 Elektrizitäts-, 49 Gas-, 52 Wasserwerke, 118 Transportgewerbe.

NEUERSCHEINUNGEN.

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich ist diesmal später als gewöhnlich erschienen. Ein großer Teil der Übersichten, die nach einer Unterbrechung während der Kriegsjahre in die Berichterstattung wieder aufgenommen werden sollten, war nur unter Schwierigkeiten und unter erheblichen Verzögerungen zu beschaffen. Die Verschiebung des Erscheinungstermins hat es aber ermöglicht, in die Ausgabe für das Jahr 1920 neuere Übersichten aufzunehmen. Von großem Vorteil ist auch die Verschiebung für den internationalen Teil gewesen, da hierdurch die erst seit kurzer Zeit allmählich sich wieder einstellenden Nachweisungen der fremden Länder noch verarbeitet und die neuesten Ergebnisse, besonders auf dem Gebiete des Bevölkerungsstandes und der Bevölkerungsbewegung berücksichtigt werden konnten. Als neuer Abschnitt ist insbesondere der Teil IA „Die Abtretungs-, Abstimmungs- und besetzten Gebiete Deutschlands“ eingefügt worden. Damit wird zum ersten Male über die gesamten Verluste des Deutschen Reichs durch die Abtretungen, Abstimmungen und durch die Besetzung Quellenmaterial veröffentlicht.

Das Jahrbuch ist wiederum im Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin, erschienen (Bezugspreis 6 M.).

Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts im Deutschen Reichsanzeiger

in der Zeit vom 1. Januar bis 20. Februar 1921.

Kohlenproduktion des Deutschen Reichs in den Monaten Januar bis Dezember 1920: Reichsanzeiger Nr. 22 vom 27. 1. 1921.

Fangergebnisse der deutschen Seefischerei und Bodenseefischerei im Dezember 1920: Nr. 24 vom 29. 1. 1921.

Betrieb der Zuckerfabriken des deutschen Zollgebietes, Rübenverarbeitung und Inlandsverkehr mit Zucker im November 1920: Nr. 21 vom 26. 1. 1921.

Desgl. im Dezember 1920: Nr. 34 vom 10. 2. 1921.

Mutmaßliche Ergebnisse der Rübenverarbeitung in dem Betriebsjahr 1920/21: Nr. 21 vom 26. 1. 1921.

Marktverkehr mit Vieh auf den 36 bedeutendsten Schlachtviehmärkten im Monat Dezember 1920: Nr. 19 vom 24. 1. 1921.

Desgl. im Januar 1921: Nr. 38 vom 15. 2. 1921.

Nachweisung der Rohsolleinnahme an Reichsstempelabgaben für Gesellschaftsverträge und für Wertpapiere im November 1920: Nr. 8 vom 11. 1. 1921.

Desgl. im Dezember 1920: Nr. 39 vom 16. 2. 1921.

Herstellung und Besteuerung sowie Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen, die der Leuchtmittelsteuer unterliegen im Rechnungsjahr 1919: Nr. 8 vom 11. 1. 1921.